

**Minderjährige mit und ohne Fluchtmigrationserfahrung im
Konflikt mit dem Gesetz. Eine explorativ-ethnographische
Studie in Luxemburg.**

© Prof. Dr. phil. habil. Gilles Reckinger

Zum Autor

Prof. Dr. phil. habil. Gilles Reckinger, Europäischer Ethnologe und Soziologe, zur Zeit Rektor des Institut supérieur de l'économie, Luxemburg, sowie Privatdozent an der Karl Franzens Universität Graz, zuvor Professor für Interkulturelle Kommunikations- und Risikoforschung an der Universität Innsbruck. Forschungsinteressen: Migration, Prekarisierung, Europäisches Grenzregime, Globalisierte Arbeitsmärkte, Mittelmeerstudien, ethnographische Methoden, Jugendforschung. Relevante Monographien: *Bittere Orangen. Ein neues Gesicht der Sklaverei in Europa*, 2. Aufl., Wuppertal 2019; *Lampedusa. Begegnungen am Rande Europas*, 3. Aufl., Wuppertal 2015 (Theodor Körner Preis, Bruno Kreisky Preis für das politische Buch, Shortlist Opus Primum Volkswagenstiftung); *Perspektive Prekarität. Wege benachteiligter Jugendlicher in den transformierten Arbeitsmarkt*, Konstanz 2010; *Bürgerschreck Punk. Lebenswelten einer unerwünschten Randgruppe*, Wien 2006.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
<i>Ausgangslage</i>	4
<i>Aufbau dieser Arbeit</i>	5
<i>Weitergehendes Forschungsdesign</i>	5
1 Zum Unbehagen an gesellschaftlichen Veränderungen	7
2 Kriminalitätsfurcht	11
2.1 <i>Jugend</i>	13
2.2 <i>Migration, europäisches Grenzregime und Illegalisierung</i>	16
Zur Konstruktion von Migrant_innen als <i>victims and villains</i>	19
2.3 <i>Delinquenz und Kriminalität</i>	22
2.3.1 Kriminalität und Kriminalisierung von (jugendlichen) Migrant_innen	23
2.3.2 Straftaten, die nur von Migrant_innen begangen werden können	28
3 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge/Jugendliche : Wer sind sie, was wissen wir ?	30
3.1 <i>Genese und Konstruktion eines Phänomens</i>	30
3.1.1 Begriffsgeschichte	30
3.1.2 Schaffung einer administrativen Kategorie	33
3.1.3 Die Zahlen sind nicht zuverlässig	36
3.2 <i>Wissen über unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus der Forschungsliteratur</i>	38
3.2.1 Typologisierungen und ihre strukturellen Lücken	38
3.2.2 Zur Situation in den Herkunftsländern	44
3.2.3 UMF im Spannungsfeld zwischen Migrationspolitiken und Kinderschutz	46
3.2.4 Die schwierige und gewaltvolle Frage des Alters	48
3.2.5 Ausblick: Luxemburg	53
4 Kriminelle Jugendliche aus dem Ausland in Luxemburg: Zur medialen Konstruktion eines Problems ...	55
4.1 <i>Gesellschaftliche Diskurse und die Medien</i>	55
4.2 <i>Minderjährige Unbegleitete in den Medien</i>	57
4.3 <i>Der Beitrag der Luxemburger Medien zur aktuellen Aufregung um Migration/Jugend/Kriminalität</i>	59
4.4 <i>Sicherheitsdiskurse</i>	67
5 Methodische Herausforderungen	71
6 “One month I’m happy, two months I’m fucked up.” Fallanalyse Rohullah	74
Conclusio	83
Literaturverzeichnis	85

Einleitung

Ausgangslage

In den letzten Monaten häufen sich in Luxemburg mediale Berichte über Inhaftierungen von straffällig gewordenen, oftmals minderjährigen Geflüchteten, von denen einige über keine Wohnsitzmeldung in Luxemburg zu verfügen scheinen. Während die Zeichen auf Abschreckung stehen, ist über die Hintergründe der Jugendlichen wenig bekannt. Zugleich erscheint das repressive Vorgehen des Staates ebenso wie die Kriminalisierung dieser besonders vulnerablen Gruppe aus menschen- und kinderrechtlicher Sicht problematisch. In Radio, Fernsehen, Zeitungen, Kommentarspalten unter Artikeln und sozialen Medien werden schnell harte Urteile gefällt und eine gesteigerte Kriminalitätsbereitschaft ausgemacht. Die betroffenen Jugendlichen kommen nicht zu Wort.

In diesem aufgeladenen Klima erhöhter Aufmerksamkeit für das Themenkonglomerat *Kriminalität – Jugend – Minderjährigkeit – (irreguläre) Migration* erreichte den Autor die Anfrage des OKAJU, eine explorative qualitative Studie zu entwickeln, um mehr über die Jugendlichen zu erfahren. Die Mitarbeiter_innen des Ombudsman/CELPL und des Ombudsman fir Kanner a Jugendlecher sollten parallel dazu ihrerseits die Prozesse und Abläufe um die Luxemburger Unité de Sécurité (Unisec) in den Blick nehmen und auf Basis ihrer Analysen Empfehlungen an die Regierung aussprechen (Ombudsman/Ombudsman fir Kanner a Jugendlecher 2021).

Da die sozialwissenschaftliche Beschäftigung mit dem Zusammenhang Kriminalität und Migration auf einem „politische[n] und ideologische[n] Minenfeld“ erfolgt (Eisner 1998, 11), stellt die vorliegende erste konzeptuelle Studie das Phänomen in den größeren gesellschaftlichen Kontext.

In der Tat stehen soziale Phänomene nie isoliert und für sich allein. Sie müssen im Gegenteil stets in ihrem Kontext und in ihrer sozialen und kulturellen Gemachtheit analysiert werden.

Die tiefgreifende gesellschaftliche Verunsicherung, die seit dem Niedergang der Industriegesellschaft seit den 1970er Jahren zu beobachten ist und deren Auswirkungen von Soziolog_innen eingehend beschrieben worden sind, äußert sich u.a. in verstärkter Kriminalitätsfurcht breiter Teile der etablierten Gesellschaft. Diese Angst wird in breite Feindseligkeit der Bevölkerung gegen Sozialleistungsempfänger_innen und Kleinkriminelle transformiert, die als Schwesterkategorien verhandelt werden, die die soziale Ordnung aufgrund ihrer unterstellten fehlenden Moral und ihres devianten Verhaltens unterminieren würden. Dementsprechend streng müsse der staatliche Umgang mit ihnen sein (Wacquant 2010). Diese mehr oder weniger diffusen Ängste artikulieren sich meistens (auch) an der Altersgruppe der Jugend.

Die Lage von prekarierten Jugendlichen mit Migrationserfahrung in Luxemburg kann nicht losgelöst betrachtet werden von diesen gesellschaftlichen Stimmungslagen und der Ausgestaltung von Grenz- und Migrationspolitiken in Europa und den anderen Ländern des globalen Nordens. Diese beiden sozio-ökonomischen und politischen Kraftlinien haben sich in den letzten 30 Jahren deutlich transformiert. Seit einigen Jahren verstärken sich diese Problemlagen durch die Effekte des Klimawandels, die die Perspektivlosigkeit marginalisierter Personengruppen allgemein und in bzw. aus Ländern des globalen Südens im Besonderen weiter verschärft.

Die Realität unbegleiteter Jugendlicher ist einerseits ein Effekt globalisierter (Ungleichheits-)Verhältnisse, andererseits wird sie weitgehend erst durch europäisches politisches und administratives Handeln hervorgebracht. Die Arbeit wirft daher sowohl einen analytischen Blick auf politische und administrative Prozesse und die ihnen inhärente Produktion von institutioneller und prozeduraler Gewalt, als auf die Rolle der Medien, insbesondere mit Blick auf Luxemburg. Die Effekte dieser politischen und bürokratischen Entscheidungen werden anhand einer ersten empirischen Luxemburger Fallanalyse nachvollziehbar.

Aufbau dieser Arbeit

Nach einer gesellschaftlichen Einordnung der aus den oben genannten Transformationsprozessen entstehenden Kriminalitätsfurcht, werden die Kampffelder beschrieben, in denen um die Deutungshoheit darüber gerungen wird, wie diesen Phänomenen zu begegnen sei. Anschließend werden die daraus erwachsenden Narrative um Jugend, Migration/Grenzregime/Illegalisierung und Delinquenz/ Kriminalität untersucht. Im nächsten Teil wird der Forschungsstand aus der internationalen Literatur zu unbegleiteten Minderjährigen vorgestellt. Daran schließt eine Analyse der medialen Konstruktion des Problems krimineller Jugendlicher aus dem Ausland in Luxemburg an. Nach einer kurzen Darstellung methodischer Herausforderungen für die ethnographische Forschung mit der Zielgruppe unbegleiteter und kriminalisierter Jugendlicher wird eine empirische Fallanalyse aus Luxemburg präsentiert. In der Conclusio wird der Bedarf einer vertiefenden Studie für Luxemburg aufgezeigt.

Weitergehendes Forschungsdesign

Neben den hier skizzierten Analysen gibt die vorliegende Arbeit das Forschungsdesign für eine tiefergehende Beschäftigung mit der Thematik vor. Mit dieser zweiten Arbeit könnte dem Alarmismus der Notstandsdiskurse entgegengetreten werden, indem ein wissenschaftlicher, sorgfältiger Blick auf die verschiedenen Ebenen, aus denen die Realität zusammengesetzt ist, geworfen wird.

In der Tat sollte in einer zweiten Studie eine differenzierte Analyse mit starker empirischer Fokussierung auf Luxemburg vorgenommen werden: Ausbau der Diskursanalyse, Interaktionen der unterschiedlichen Stakeholder_innen, Expert_inneninterviews, verstehende Interviews, teilnehmende Beobachtung, ethnographische Feldforschung. So könnten exemplarische biographische Verläufe sowie sozialräumliche und geographische Mobilitäten erhoben werden. Das Ziel wäre eine ethnographische Kartierung von Jugendlichen ohne Aufenthaltsstatus in Luxemburg. Dabei wäre durch Einbeziehung der Realitäten anderer Gruppen prekariisierter Jugendlicher in und aus Luxemburg ein Dualismus zwischen „uns“ und „ihnen“ zu vermeiden, der einem analytischen Verständnis im Weg steht.

Ein tieferes Verständnis der Realitäten der Jugendlichen kann so mittelfristig dazu führen, die Treffsicherheit und Wirksamkeit von Präventionsmaßnahmen zu erhöhen.

Dabei sind jedoch erhebliche methodische und forschungsethische Probleme zu bedenken (siehe Kapitel 5), bleibt doch die Gefahr bestehen, dass die Befunde in die polizeiliche bzw. juristische Ermittlungsarbeit einfließen und damit der Exekutive in die Hände spielen, während die menschenrechtliche Vulnerabilität der Zielgruppe sich nicht verbessert.

Die zweite Studie sollte bis Sommer 2023 abgeschlossen werden. Im Verlauf der Forschung sind zwei Präsentationen von Zwischenergebnissen vorgesehen.

Diese erste Studie entstand unter hohem Zeitdruck. Dies bedeutet nicht, dass wissenschaftliche Standards nivelliert wurden. Jedoch braucht es zu einer umfassenden Ausleuchtung des Themas, die der Komplexität des Themenkonglomerats gerecht wird, eine weitere, längerfristig angelegte Forschung.

Die Aufbereitung der nach eigenem wissenschaftlichem Ermessen gesichteten Forschungsliteratur gewährt einen guten Einblick in die aktuellen interdisziplinären Debatten. In einer länger angelegten Studie wird jedoch eine breitere Sichtung einzuplanen sein.

Alle Übersetzungen im Text sind vom Autor.

1 Zum Unbehagen an gesellschaftlichen Veränderungen

Die gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Transformationen im Übergang von der Phase des Fordismus zum Postfordismus in den letzten Jahrzehnten haben zu tiefgreifenden gesellschaftlichen Verunsicherungen geführt, die sich insbesondere in gesteigerter Kriminalitätsfurcht weiter Teile der Bevölkerung kanalisieren.

Laut Zygmunt Bauman wird in der Postmoderne die Sicherheit auf dem Altar der Freiheit geopfert, aus dem ein allgemeines „Unbehagen an der Postmoderne“ erwächst (Bauman 1999), ein endemisches Unsicherheitsbewusstsein, das sich nicht daran stößt, dass objektive und subjektive Sicherheitslage immer weiter auseinander fallen, nachdem real in vielen Bereichen ein historisch neues Niveau verbesserter Sicherheitsverhältnisse erreicht wurde (Hirtenlehner 2009). „Angst verliert damit den Bezug zu ihren Begründungen. Einmal in die Welt gesetzt, erfasst sie Vieles, das nicht im Mindesten mit ihrem Ursprung zu tun haben braucht, färbt mannigfaltige Elemente des Erfahrungsraumes von Menschen ein und stattet diese mit einer Bedeutung aus, die ihnen bei rationaler Betrachtung nicht zukommen würde.“ (Hirtenlehner 2009, 15)

Die medial verbreitete und im öffentlichen Diskurs auch gerne so verstandene Vorstellung, dass Kriminalitätsangst überwiegend als präzise abgrenzbare Reaktion auf tatsächliche oder potentielle Kriminalitätsgefahren zu lesen sei, wird von soziologischer und kriminologischer Seite zunehmend in Frage gestellt und stattdessen als „Materialisierung unausgesprochener unterschwelliger Existenz- und Zukunftsängste betrachtet.“ (Hirtenlehner 2009, 13) Tatsächlich ist Kriminalitätsfurcht kein von anderen Ängsten abgrenzbares Phänomen. Sie zeigt sich vielmehr mit allgemeinen sozialen und existentiellen Ängsten verknüpft.

Unterschwellige Befürchtungen werden auf Kriminalität projiziert, die dann als greifbare Vergegenständlichung der ansonsten schwer zu benennenden Formen von Unsicherheit dient. „Kriminalität wird damit zum kleinsten gemeinsamen Nenner einer Fülle anders gelagerter – sozialer, kultureller, ökonomischer, ökologischer und politischer – Unsicherheiten.“ (Hirtenlehner 2009, 17) Dabei hat die Metapher der Kriminalitätsfurcht auch ein einmahnend-forderndes Moment: „Kriminalität macht einen Unmut bezüglich der Verhältnisse im näheren und weiteren Lebensraum beschwerdefähig. Durch die Mitteilung hoher Verbrechensfurcht kann an Politik und Verwaltung signalisiert werden, „dass endlich etwas geschehen müsse“, wobei sich der Handlungsbedarf mehr auf soziale und ökonomische Aufgaben, auf die Gestaltung der städtischen Infrastruktur und die Qualität kommunaler Versorgungsleistungen richten dürfte als auf die Bekämpfung der Kriminalität mit den Mitteln des Strafrechts.“ (Hirtenlehner 2009, 17)

Die im vorliegenden Fall sichtbar werdende moralische Panik (Cohen 1972), in der sich zunächst Befürchtungen über das Verhalten einer bestimmten sozialen Gruppe artikuliert, die medial

aufgegriffen und verstärkt wird und Handlungen der Autoritäten einfordert, führt zu kollektiver, disproportionaler Feindseligkeit gegenüber einer somit stereotypisiert und als homogen und ganz anders als ein imaginiertes „wir“ konstruierten Gruppe. Die Gefährlichkeit rührt daher, dass solche Vorstellungen anschlussfähig sind an rezente rechtsextreme Theorisierungen eines sogenannten „Ethnopluralismus“, nach dem klar voneinander abgrenzbare ethnisch-kulturelle Gruppen allenfalls nebeneinander existieren sollten (siehe Reckinger/Bauer 2018).

Auch David Garland (2001, zit. in Wacquant 2010) sieht die sozialen, ökonomischen und kulturellen Verwerfungen der Spätmoderne als Grund für eine kollektive Erfahrung von Kriminalität und Unsicherheit. Die „Kultur der Kontrolle“ die sich im Spannungsfeld zwischen hohen Kriminalitätsraten und den Grenzen der Strafjustiz entwickelt bringe sowohl ein politisches Scheitern zum Ausdruck, als dass es dieses Scheitern verschleierte. Wacquant legt im Gegenteil dar, dass die strafrechtlichen Anstrengungen auf der Ebene der politischen Strategie ein großer Erfolg waren. Sie haben einen wichtigen Gründungsmythos moderner Gesellschaften revitalisiert, nach dem der souveräne Staat in der Lage ist, Recht und Ordnung aufrecht zu halten. Diese Diagnose gilt für die USA, aber auch für Europa, wo das martialische Auftreten als Kriminalitätsbekämpfer_innen Politiker_innen regelmäßig Wahlsiege einträgt (Wacquant 2010).

Indem die Sicherheit zur Top-Priorität von Regierungen gemacht wurde, haben Politiker_innen die diffusen klassenspezifischen Ängste und die brodelnden ethnisch-rassistischen Ressentiments, die durch die Durchsetzung des neoliberalen Modells¹ erzeugt werden in Richtung des (häufig ethnisierten, meist männlich imaginierten) Straßenkriminellen umgeleitet. Diese Figur ist – neben jener des/der „Sozialschmarotzer_in“ – der ausgemachte Schuldige für die soziale und moralische Unordnung in der Stadt. Die Entfaltung des strafenden Staates im Tandem mit dem *workfare* (siehe Fußnote 1) hat der Politik erlaubt, das Legitimitätsdefizit, das sie zu verbuchen haben, sobald sie

¹ Wacquant beschreibt den Neoliberalismus als transnationales politisches Projekt, der darauf abziele, die Verhältnisse zwischen Markt, Staat und Bürger_innen „von oben“ zu reorganisieren. Das Projekt werde von einer im Entstehen begriffenen globalen herrschenden Klasse betrieben, die sich aus Konzernchefs, hochrangigen Politikern, hohen Beamten und Managern internationaler Organisationen, aber auch aus mit kulturellen und technischen Kompetenzen ausgestatteten Expert_innen zusammensetze, die alle vergleichbare Ausbildungen durchlaufen haben und in den unterschiedlichen dominierenden Ländern über ähnliche mentale Kategorien verfügen (Wacquant 2010).

Für Wacquant zeichnet sich das neoliberale Projekt neben der Dominanz von Kapitalinteressen und der Förderung des freien Marktes durch vier institutionelle Logiken aus, die eng miteinander verschränkt sind:

1. Ökonomische Deregulierung.
2. Rückzug, Dezentralisierung und Wiederezusammensetzung des Sozialstaates (*welfare*) hin zum *workfare*. Damit ist eine quasi-vertragliche Beziehung gemeint zwischen dem Staat und den Empfänger_innen, die nicht mehr als Bürger_innen, sondern als Klient_innen oder Untertanen behandelt werden.
3. Ein expansiver, intrusiver und proaktiver Strafapparat, der in die unteren Regionen des sozialen Raumes vordringt um die Unordnung und die Verzweiflung zu fassen, die durch die soziale Unsicherheit und die Vertiefung der sozialen Ungleichheit generiert werden, um so die disziplinarische Kontrolle der prekarierten Teile des postindustriellen Proletariates zu erlauben. Zugleich behauptet der Strafapparat die Autorität des Staates und restauriert die angeschlagene Legitimität der Gewählten.
4. Die kulturelle Erzählung der individuellen Verantwortung für Erfolg oder Scheitern (Wacquant 2010, 165-166).

soziale Sicherungsmaßnahmen abbauen, auszugleichen. Die Bestrafung der Armut ist in diesem Sinne zu lesen als Werkzeug, die Souveränität des Staates im theatraisierten, reduzierten Bereich der urbanen Sicherheit ritualisiert und symbolisch wieder herzustellen (Wacquant 2010).

Daraus folgt für Wacquant dreierlei:

1. Der strafende Staat antwortet nicht auf eine kriminelle Unsicherheit, sondern auf soziale Unsicherheit.
2. Das System ist kohärent, wenn man jenseits des Begriffspaares Verbrechen und Strafe die komplette Bandbreite der Politiken, die die prekäre Bevölkerung betreffen, einbezieht. Es geht dann lediglich um eine organisationelle Arbeitsteilung der Verwaltung der Armen.
3. Die Bestrafung der Armut ist kein Schritt in die Vergangenheit, sondern eine institutionelle Innovation, und sie ist kein Privileg (neo-)konservativer Politik. Im Gegenteil wurde der strafende Staat gerade um die Jahrtausendwende maßgeblich unter gemäßigten bis progressiven Regierungen vorangetrieben. In der Tat ist der Motor des strafenden Staates nicht die Spätmoderne, sondern der Neoliberalismus, ein Projekt, das von rechten und linken Politiker_innen gleichermaßen vorangetrieben wird (Wacquant 2010, 161).

In der Realität stellt sich der neoliberale Staat sehr unterschiedlich dar: in den oberen sozialen Feldern zeichnet er sich durch eine Haltung des *laissez-faire* aus, am unteren Rand der sozialen Leiter ist davon keine Rede. Hier ist der Staat paternalistisch, interventionistisch, dominierend und – in Bezug auf das strafende Element – freigiebig: „Un visage accueillant et rassurant envers les classes moyennes et supérieures et un faciès effroyable et grimaçant à l’égard de la classe inférieure.“ (Wacquant 2010, 169)

Dieser doppelgesichtige liberal-Paternalismus entspringt keinem konzertierten Plan, der von allwissenden Lebern entworfen worden wäre, und auch nicht aus einer systemischen Notwendigkeit einer abstrakten Struktur wie der fortgeschrittene Kapitalismus, der Rassismus oder Panoptismus. Vielmehr ist diese Konstruktion das Ergebnis von Kämpfen innerhalb und um das bürokratische Feld (Bourdieu 1993), die darauf abzielen, zu definieren, welche Aufgaben und Prioritäten die öffentliche Hand gegenüber den problematischen Kategorien und Gebieten wahrnehmen soll. In diese Kämpfe sind auch zivilgesellschaftliche sowie staatliche Institutionen involviert, vor allem aber bekämpfen sich darin die unterschiedlichen Sektoren des bürokratischen Feldes, die um die Deutungs- und Gestaltungshoheit spezifischer sozialer Probleme kämpfen. Damit streichen sie ihre jeweilige Autorität und Expertise hervor: medizinisch, erzieherisch, sozialarbeiterisch, strafend, wirtschaftlich etc. Im Bereich des strafenden Sektors: die Polizei, die Gerichte, die unterschiedlichen Haftanstalten und die „programmes de contrôle post-pénal.“ (Wacquant 2010, 170)

Für Wacquant ist es also nicht das wirtschaftliche Scheitern, sondern im Gegenteil der wirtschaftliche Erfolg, der das aggressive Aufgebot der Polizei, der Gerichte und des Gefängnisses in den unteren Zonen des sozialen und physischen Raumes hervorruft. Er unterstreicht, dass es gerade nicht die Ängste vor einer offenen, durchlässigen und mobilen Gesellschaft von Fremden sind, die die strafende Antwort gegen untere soziale Schichten – die als *undeserving*², deviant und verloren angesehen werden – hervorgebracht haben, sondern die spezifisch soziale Unsicherheit, die durch die Fragmentierung der Lohnarbeit, die Verhärtung der Klassenverhältnisse und die Erosion der etablierten ethnorassistischen Hierarchie (in den USA die Weißen, in Europa die Staatsangehörigen) ausgelöst wird (Wacquant 2010).

Diskursive Praxen in und außerhalb Europas deuten die ärmeren Klassen zu gefährlichen Klassen um und weisen die Verantwortung für das Scheitern den verwundbarsten Mitgliedern der Gesellschaft zu (Vacchiano 2010, auch Schultheis/Frauenfelder/Delay 2007). Dadurch wird der unerbittliche, aktive soziale Prozess der Fragilisierung breiter Teile der Bevölkerung verschleiert (siehe auch Vacchiano 2010). Auch der janusgesichtige Verwandte des Kindes als Opfer, der falsche Minderjährige muss in Zusammenhang einer langen Tradition moralischer Panik in Bezug auf migrantische, mobile und proletarische Jugendliche (Cohen 1972) gelesen werden (Lems/Oester/Strasser 2020). (siehe Kapitel 2.1) Die Umdeutung unautorisierter grenzüberschreitender Mobilität zu einem kriminellen Tatbestand verwandelt die so kriminalisierte globale, weitgehend immobile und entrechtete Klasse in eine illegale, kriminelle und gefährliche „underclass.“ (Fuchs et al. 2016, 107) Die Wirkung auf den Abschottungsdiskurs ist immens (siehe Kapitel 2.2). Der Diskurs, dass sich die ganze Welt auf den Weg in den globalen Norden machen möchte, beherrscht sämtliche Debatten, obwohl die objektiven Zahlen globalen Fluchtmigration im Gegenteil regelmäßig das Gegenteil belegen. Laut UNHCR waren Ende 2020 83,4 Millionen Menschen weltweit „forcably displaced“. 86% davon fanden in so genannten Entwicklungsländern Zuflucht. Die überwältigende Mehrheit war innerhalb der Grenzen ihres Herkunftsstaates auf der Flucht (48 Millionen). Insgesamt fanden 73% Schutz in Nachbarländern.³

² Bereits im 19. Jahrhundert wurde diskursiv eine moralische Unterscheidung der Unterschichten eingeführt – jene in *deserving* und jene in *undeserving poor*, respektablem Arbeiter_innenmilieu und Lumpenproletariat, in der Bedürftigkeit an die Erfüllung von Voraussetzungen für öffentliche Gnade geknüpft wurde (Lindner 2008).

³ <https://www.unhcr.org/refugee-statistics/> [4.10.2021]

2 Kriminalitätsfurcht

Die aus diesen Befunden resultierende Kriminalitätsfurcht äußert sich auf drei Ebenen:

1. Bürger_innen
2. Medien
3. Staatsanwaltschaft, Polizei und Verwaltung

Mehr oder weniger diffuse Ängste (1.) der Bürger_innen werden (2.) von den Medien aufgegriffen und verstärkt (und oftmals überhaupt erst erzeugt), was in der Folge (3.) Staatsanwaltschaft, Polizei und Verwaltung auf den Plan ruft, um die diagnostizierten Gefahren administrativ – und strafend – zu bearbeiten.

In Anlehnung an Robert Castel, der darauf hinweist, dass niemand außerhalb des Sozialen existiert, „et pas même l'exclu“ (Castel 2003: 47), ist festzuhalten, dass Journalist_innen ebenso wie Staatsanwält_innen und Polizeibeamt_innen zugleich Mitglieder der Gesellschaft sind, in der sie arbeiten. Sie sind also sowohl an der Diskursproduktion beteiligt als auch Adressat_innen der Nachrichten, auf die sie als Bürger_innen und mit ihrer Arbeit reagieren und die sie durch ihre Arbeit mit hervorbringen. Tatsächlich unterscheiden sich Polizist_innen und Staatsanwält_innen nicht wesentlich „von der Bevölkerung insgesamt und den sozialen Segmenten, aus denen sich die verschiedenen Berufsgruppen der Strafverfolgung rekrutieren“ (Albrecht 2002).

Der Kampf um die Deutungshoheit des Ausmaßes der Bedrohlichkeit und der ausgerufenen Neuartigkeit des jeweils ausgemachten Problems, sowohl was dessen Qualität als auch dessen quantitative Bedeutung betrifft, wird zwischen Staatsanwaltschaft, Medien und rechtspopulistischen Parteien ausgetragen.

Sie stützen sich dabei sowohl auf Insider Lobbying – direktes Lobbying bei Politiker_innen –, vor allem aber auf Outsider Lobbying – indirekte Einflussnahme über die Medien und die Öffentlichkeit (Weiler 2016), als auch auf die Möglichkeiten des *framing* – die Auswahl einzelner Teilbereiche eines Themas, die so aufeinander bezogen werden, dass eine bestimmte Interpretation, Beurteilung oder Lösung als richtig gesehen wird. Es geht dabei darum,

„das eigene Handeln, die eigenen Überzeugungen erfolgreich, mit Hilfe der Medien, als richtig und „alternativlos“ darzustellen, den oder die Gegner respektive deren Weltbilder dagegen als unfähig, naiv, unpatriotisch, gefährlich etc. Framing spielt auch und vor allem auf der Ebene des Unbewussten. Es handelt sich (...) um eine Verkaufstechnik, die darauf abzielt, möglichst viele Kunden für ein bestimmtes Meinungsprodukt zu gewinnen. Framing arbeitet vielfach mit Gut-und-böse-Narrativen: es setzt den Rahmen für das Plakative.“ (Lüders 2021, 150)

Dass sich in Luxemburg bislang mit Ausnahme des ADR, die vor allem auf populistische Ressentiments setzt, keine rechtsextremen Parteien durchsetzen konnten, hat landesspezifische

Gründe.⁴ Für die Ausgestaltung des Kampffeldes hat dies jedoch keine Relevanz, denn seit dem Erstarken rechtspopulistischer Parteien in Europa können diese ihrer Wähler_innenschaft glaubhaft versichern, die etablierten Parteien in Kriminalitäts- und Migrationsfragen vor sich herzutreiben (Bauböck 2001). Auch die größeren politischen Parteien in Europa haben ihre Kommunikation zum Thema Migration zunehmend an die Rhetoriken bzw. die Stimmungsmache der extremen Rechten angepasst und spiegeln deren Tendenzen wider – womit sie sie verstärken – anstatt sie aufzudecken und bloßzustellen (Hammarberg 2010).

Dabei bleibt die ständige Wiederholung rechtspopulistischer Parolen natürlich auch in Luxemburg nicht ungehört, und befördert durch den Austausch in sozialen Netzwerken kommen auch hierzulande nicht nur in Alltagsdiskursen zunehmend rassistische, Zuwanderungsbeschränkungen fordernde Diskurse auf.

Die Aushandlungen zwischen den drei Ebenen bringen im vorliegenden Fall unbegleiteter jugendlicher Migrant_innen starke Narrative hervor (die jedoch bei genauerer Betrachtung nicht neu sind, siehe die folgenden Kapitel).

Es sind dies:

- Jugend
- Migration/Grenzsicherheit/Illegalisierung
- Delinquenz/Kriminalität

Diese drei Narrative werden in den folgenden Unterkapiteln genauer in den Blick genommen.

Die drei weiter oben genannten Felder, in denen um die Deutungshoheit um die Narrative gerungen wird beeinflussen sich und schaukeln sich auf, ohne dass der Effekt den betroffenen Akteur_innen bewusst wird.

Im Ergebnis verstärkt sich dadurch eine Aufmerksamkeitsökonomie, die sich in Politiken mit starken Ankündigungseffekten verlängert (siehe Kapitel 4). Dabei fühlen sich Akteur_innen, die vor Ort direkt von den negativen Auswirkungen dieser Aufmerksamkeitsregime betroffen sind, alleine gelassen bzw. sehen sie ihre Arbeit von Maßnahmen, die unter dem Primat der Eile gesetzt werden, unterminiert (Interview mit einer Mitarbeiterin eines Luxemburger Vereins im Bereich Asylwesen, 10.9.2021).

⁴ Erstens ist weithin bekannt, dass der im internationalen Vergleich enorme Wohlstand, den die wahlberechtigte Bevölkerung im Schnitt erreichen konnte ohne die Offenheit der Luxemburger Wirtschaft und eingewanderter Arbeitskraft bzw. Grenzpendler_innen nicht denk- und schon gar nicht haltbar ist. Zweitens würde der Dienstleistungssektor ohne diese Arbeitskraft schlicht zusammenbrechen, weil von den Etablierten (Elias/Scotson 1993) kaum noch die Bereitschaft besteht, die unteren Tätigkeiten zu verrichten, die zum Funktionieren der Gesellschaft notwendig sind, bzw. in entgegengesetzter Richtung die Qualifikationen oft fehlen. Letzteres würde zuletzt in der Covid-19-Pandemie in den Krankenhäusern sichtbar. Am wichtigsten ist aber drittens, dass über den Staatsdienst, der wie ein paralleler Arbeitsmarkt innerhalb des ersten Arbeitsmarktes nur Staatsbürger_innen offensteht, ein diskursiv in anderen Ländern von Rechtspopulist_innen beschworener Verdrängungswettbewerb in Luxemburg erst recht keine Grundlage hat (siehe De Jonge 2021).

2.1 Jugend

Von der besonderen Bedeutung, die der Jugendphase an der Schwelle zum Erwachsenenalter zukommt, zeugt die breite Präsenz des Themas Jugend in den politischen, medialen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskursen. Berichte über jugendliche Bandenkriminalität, Schlagzeilen über jugendliche Amokläufer_innen und Werteverfall, Bestürzung über hohe Jugendarbeitslosigkeitsquoten – so unterschiedlich die öffentlichen Auseinandersetzungen mit dem Thema „Jugend“ auch sind, eines ist ihnen gemeinsam: sie sind ein Zerrspiegel der Gesellschaft, in dem sich Phänomene von Revolte bis Kulturwandel, von Zukunftsängsten bis Bedrohungsszenarien an einer gesellschaftlichen Gruppe abzubilden scheinen, die prädestiniert für Zuschreibungen erscheint (siehe auch Kapitel 3). Als das gesellschaftlich Andere ist „die Jugend“ seit sokratischen Zeiten ein gesellschaftspolitischer Spielball und eine Projektionsfläche für Klagen, Zuschreibungen, Phantasmen und Phantasien der Erwachsenengesellschaft (Reckinger 2010).

Auf dem Feld der „Jugend“ werden wissenschaftliche und gesellschaftliche Diskurse und Konflikte ausgetragen. Auch in den Sozial- und Kulturwissenschaften konstruieren eine Vielfalt von Untersuchungsgegenständen, die in der Jugendforschung bedeutenden Raum einnehmen, Jugend als eine in sich geschlossene Phase, deren eigene Regeln – etwa *Peer Group*-Verhalten, Netzwerke, Subkulturbildungen, Jugendstile und -kulturen, Gewalt, Devianz etc. – sie von der Erwachsenengesellschaft trennen. Dabei wird allzu leicht übersehen, dass Jugendliche keine homogene „Gruppe“, sondern ebenso wie Erwachsene durch ihre habituellen und feld- und milieuspezifischen Dispositionen geprägt sind, die entlang der Trennlinien sozialer Felder ungleich verteilt sind und die Möglichkeiten und Chancen Jugendlicher wesentlich mitbestimmen (Reckinger 2010).

Deshalb ist es von zentraler Bedeutung, jugendliche Lebenswelten innerhalb des sozialen Raumes zu begreifen, der von unterschiedlichen ökonomischen, institutionellen und psychosozialen Bedingungen geprägt ist (Reckinger 2010).

Anthropolog_innen haben seit langem theoretische Konzepte dekonstruiert, die Kindheit als „natürlich“ oder als universellen Entwicklungszustand ansehen. Vielmehr haben sie überzeugend aufgezeigt, dass Kindheit und Jugend weitgehend sozial und kulturell konstruierte Kategorien sind (Lems/Oester/Strasser 2020). Denn keineswegs handelt es sich um transhistorische und transkulturelle Kategorien. Soziale Kategorien sind nie selbstverständlich, sondern Ergebnis partikularer historischer, politischer und sozialer Entwicklungen (Lems/Oester/Strasser 2020). Mit der sich seit dem 19. Jh. zunehmend verlängernden allgemeinen Schulpflicht setzte sich in Europa und Nordamerika eine Konstruktion der Jugend durch, die (mit der institutionellen Festsetzung

des Alters der Statuspassage auf das Ende der Schulpflicht) eine deutliche Trennung zwischen Erwachsenenstatus und Jugend zog. „Adolescents came to be seen as humans in the process of ‘becoming’, rather than as ‘beings’ in their own right” (Bucholtz 2002, zit. in Lems, Oester/Strasser 2020, 328). Es entstand damit ein institutionalisiertes Moratorium der Jugendphase (Zinnecker 1991), das sich bis in die Gegenwart zunehmend verlängerte und dessen Funktion die Bildung und Erziehung der Jugendlichen ist, in deren Rahmen universelle Werte und Normen vermittelt werden. Der Widerspruch zwischen diesen idealistischen Bildungswerten, die von Schule und Erziehungsmaßnahmen vermittelt werden – Gerechtigkeitssinn, Empathie, Solidarität, Selbstlosigkeit, Idealismus – und den Normen der Arbeitsgesellschaft, in der Konkurrenz, Profit und Rationalität herrschen, zeigt, dass die Jugend als das gesellschaftlich Andere eine komplementäre Funktion einnimmt. Der Jugend kommt als Phase des „noch nicht“ die Rolle zu, die Zwecklogik des Kapitalismus zu verschleiern und die jungen Generationen in eine *illusio* zu sozialisieren, die die Logiken der Erwachsenenwelt legitimiert und kompensiert. Dieser Widerspruch drückt sich auch in der Ambivalenz zwischen der legitimen Freistellung von Normen und fehlender Autonomie der Jugendlichen auf der einen und gesellschaftlicher Partizipation auf der anderen Seite aus. Die Adoleszenz ist so auf der Ebene sozialer Bedingungen durch die Abwesenheit von eigenen Rechten, von Mitsprache und Wahlrecht, von öffentlicher medialer und politischer Vertretung, von der Teilhabe an der Arbeitsgesellschaft und damit verbundenen sozialen Positionen und Anerkennung sowie mangelnder Autonomie infolge der ökonomischen und räumlichen Abhängigkeit von der Herkunftsfamilie gekennzeichnet. Damit fehlen Jugendlichen wesentliche Elemente gesellschaftlicher Einbindung und Teilhabe (Reckinger 2010).

Zugleich erlauben aber die zeitlich beschränkte Freiheit von sozialen Pflichten und der legitime Sonderstatus, spezifische Lebensweisen, Handlungsformen, kulturelle Muster, politisch-gesellschaftliche Grundhaltungen und Identitäten auszubilden (Zinnecker/Silbereisen 1996). Die Gleichaltrigengruppe (*Peer Group*) wird dabei zum zentralen Bezugsrahmen, in dem Werte und Normen verhandelt und eigenständige Kulturen gebildet werden können. Jugendkulturen sind Ausdruck des Entfaltungs- oder Symbolisierungsbedürfnisses, das die Adoleszenz in modernen Gesellschaften prägt. Einerseits ist mit Freud die Adoleszenz als zweite Chance von durch die familiäre Sozialisation verhinderten Entwicklungsbedürfnissen anzusehen, andererseits liegt die Besonderheit der Adoleszenz in modernen Gesellschaften im besonders entwickelten Bedürfnis und einer Fähigkeit zur Symbolisierung, die sich durch die Ablösung von der Familie in die Kultur als Referenzsystem in kultureller Produktion ausdrückt. Sie ist die Bedingung für Kulturwandel in modernen Gesellschaften (Erdheim 1998). Dabei wird das Potenzial des Kulturwandels, das der Adoleszenz als Phase der Ablösung von der primären Bezugsgruppe der Familie und der Enkulturation in die Gesellschaft innewohnt, kanalisiert und nutzbar gemacht, indem das Potenzial

der nach alternativen Normen sozialisierten Jugendlichen als Ressource in die dominanten Diskurse integriert wird. So tragen einerseits der Anti-Konformismus und das Kritikpotenzial der neuen Generationen zu einer perpetuellen Modernisierung des Kapitalismus bei. Andererseits wird jedoch an der staatlichen Repression gegenüber Devianz und Normverstößen Jugendlicher deutlich, dass die adoleszente Modernisierungskritik und jugendliche Gegenbewegungen, die zeitgleich mit dem Rationalisierungsprozess der Institutionalisierung der Jugendphase entstanden sind, sich auf einem schmalen Grat zwischen legitimer Kritik und Devianz bewegen. Die Masse der Institutionen, die in präventiver, erzieherischer und in repressiv-straftender Weise agieren, sowie die mächtigen *Rites de Passage* (Van Gennep 2005 [1908]) die die Statuspassage flankieren, weisen darauf hin, dass der Adoleszenz ein ungemeines ordnungsgefährdendes und revolutionäres Potenzial des Kulturwandels unterstellt wird, das die Gesellschaften einerseits zu ihrer Erneuerung brauchen, das aber unterschwellig als Gefahr eingeschätzt wird. Moralische Diskurse um „gefährliche Jugendbanden“, um Amoralität und Werteverfall machen die Angst vor dem Unkontrollierbaren, und besonders vor der gefährlichen Jugend der unteren Schichten deutlich, die bereits seit dem 19. Jahrhundert als Bedrohung der gesellschaftlichen Ordnung gilt und zur bevorzugten Zielscheibe sozialarbeiterischer und disziplinarisch-repressiver Maßnahmen wird. (Chamboredon 1971) Gerade in der sozialen Stigmatisierung und Dämonisierung (Cohen 1972) kommen dabei symbolische soziale Grenzziehungen zwischen Jugend- und Erwachsenenalter zum Ausdruck (Reckinger 2010).

Die Rolle der Jugendphase ist also hochgradig ambivalent. Während Jugendliche mit großen Erwartungen bezüglich Innovation belegt werden, verkörpern sie zugleich tief liegende soziale Ängste, die rassifiziert und vergeschlechtlicht sind und Jugendliche als liminale Wesen außer Kontrolle sehen (Lems/Oester/Strasser 2020).

Bourdieu (1984) begreift in diesem Sinne die sozial getrennte Jugendphase als eine sozial konstruierte Kategorie, die in den Kämpfen der Verteilung von Macht und Ressourcen die Älteren vor der Konkurrenz der Jungen schützt. So werden dem Jugendalter Eigenschaften zugeschrieben – etwa Unverantwortlichkeit, Unselbstständigkeit, Unzuverlässigkeit –, die als Gegenfolie die den Älteren zugeschriebenen Kompetenzen als Legitimitätsanspruch erscheinen lassen (Reckinger 2010). Das spiegelt sich auch in der sich nach dem 2. Weltkrieg durchsetzenden Vorstellung von Kindheit als einer Zeit der Unschuld, die es weltweit zu beschützen galt, was insbesondere in der Schaffung der Unicef (1946), der Unterzeichnung der Erklärung der Rechte des Kindes (1959) und der UN Kinderrechtskonvention (1989) zum Ausdruck kommt. Die Figur des kindlichen Opfers, das aktuellen Debatten über unbegleitete minderjährige Flüchtlinge inhärent ist, ist der rechtlichen und politischen Definition von Minderjährigen also bereits von Anfang an eingeschrieben. Das fundamentale Paradoxon an der UN Kinderrechtskonvention ist, dass sie Kinder zwar als Inhaber

von Rechten einführt, sie dabei aber nicht als moralische Akteur_innen ansieht, die in der Lage sind, diese Rechte selbst zu bestimmen (Lems/Oester/Strasser 2020).

2.2 Migration, europäisches Grenzregime und Illegalisierung

Die gegenwärtige Definition des physischen Raumes im Sinne nationalstaatlich verfasster Territorien, deren Idee sich auf die erst im 19. Jahrhundert konstruierte Einheit von Staatsgrenzen und politischer Souveränität gründet, spielt im aktuellen europäischen Grenzregime eine ambivalente Rolle. Einerseits wird die Abwehr von irregulären, dokumentierten und damit Kontrolle unterworfenen Grenzübertritten unter dem Aspekt der „Sicherheit“ legitimiert und irreguläre Migration als Grenzverletzung kriminalisiert (Reckinger 2017). Der kontinuierliche Prozess, die Grenzen Europas immer stärker abzuschotten, ist ein Kollateraleffekt des Schengener Abkommens, das neben der Einführung der Personenfreizügigkeit und der Nivellierung nationalstaatlicher Grenzen im Inneren auch zur „Erfindung“ der europäischen Außengrenze geführt hat: einer juristischen Entität, die seither supranational regiert werden muss (Walters 2002). Während so die staatliche Souveränität betont wird, werden zugleich in der Kontrolle der EU-Außengrenzen Tendenzen der Auslagerung deutlich, die weit über die Prinzipien territorialer Souveränität hinausgehen. In der Tat ist seit 30 Jahren ein kontinuierlicher Prozess zu beobachten, die Grenzsicherung Europas zu externalisieren bzw. zu exterritorialisieren, d.h. nach außen zu verlagern. Damit wird Grenze zunehmend nicht mehr als physisch gesetzte Linie, sondern als dynamischer (Handlungs-)Raum konzipiert, der sowohl nach innen als nach außen wirkt. Die Abwehr von Migrationsbewegungen nach Europa soll schon weit außerhalb des souveränen Territoriums der Europäischen Union erfolgen, unter Einbeziehung außereuropäischer staatlicher und nichtstaatlicher Akteure.

Das Postulat ist dabei, dass einerseits die Bewegung von Menschen, die aus wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit oder vor Verfolgung und Krieg in Europa landen, aufgrund ihrer in utilitaristischer Perspektive oft mangelhaften Kapitalausstattung – Bildungstitel, soziale Position oder ökonomisches Vermögen – als illegitim angesehen wird. Andererseits beruft man sich auf das souveräne Recht der Europäischen Union und der Nationalstaaten, Kontrolle über die Außengrenzen zu erhalten, um diese als Bedrohung konstruierte Erscheinungsform von Migration zurückzudrängen oder einzudämmen (Reckinger 2017). Darüber hinaus werden Kontrollpraxen von physischen Grenzen durch technisch veränderte Überwachungstechniken und Digitalisierung (Stichwort *smart border*) zunehmend weniger greifbar.

Der Eingrenzung, Abschottung und administrativen Be-Sonderung von Migrant_innen geht die Definition eines gesellschaftlichen Außen voraus, „von imaginären und realen Demarkationslinien zwischen Uns und den Anderen (s.u.), die den Nationalstaat konstituieren“ (Benhabib 2008: 29):

Das Prinzip des Nationalstaats ist das der Zugehörigkeit über Exklusivität. Den Konflikt zwischen dem Nationalismus souveräner Selbstbestimmung und der universalistischen Dimension der Menschenrechte sieht Benhabib daher als „konstitutives Dilemma freiheitlicher Demokratien“ an (Benhabib 2008: 14).

Die Krisenterminologie in Metaphern, die an Naturkatastrophen denken lassen – „ungebrochene“ „Migrationswellen“ oder „Flüchtlingsströme“, die Europa angeblich „überschwemmen“ oder die seit 2015 beschworene „Flüchtlingskrise“ verweist auf den Umgang einer sich homogen konzipierenden Gesellschaft mit dem als „fremd“ Identifizierten: das, was als „Migration“ in die Aufmerksamkeiten rückt, hat nicht nur mit der Transgression von Grenzen zu tun, die im aktuellen Gesellschaftsverständnis mit den Grenzen nationalstaatlicher Territorien oder den Grenzen von Staatenverbünden wie der Europäischen Union zusammenfallen, sondern auch mit der Vorstellung von Sesshaftigkeit als Normalfall und (niedrig-qualifizierter bzw. prekarisierter) Wanderung als Abweichung. Da die Politiken der europäischen Länder die Ankünfte von Migrant_innen in Europa weiterhin als Aneinanderreihung von Notständen behandeln und nicht als strukturelle Tatsache, die eine gestaltende, konstruktive Politik erfordert (Ritaine 2015), zielen sie nicht vordergründig auf die Integration der neu Ankommenden, sondern auf Kontrolle und Abschreckung. Die europäischen Asylsysteme rechtfertigen mit dieser Krisenterminologie das zunehmende Schaffen von auf kurzfristige humanitäre Ausnahmen zielenden Maßnahmen (Lems/Oester/Strasser 2020). Denn die Abschottung der physischen Grenzen von nationalstaatlichen Territorien, die sich emblematisch an der Errichtung von Grenzzäunen und Mauern v.a., aber längst nicht mehr nur an den Staatsgrenzen des Mittelmeerraums ausdrückt, führt nicht zu einer Verhinderung von Migrationsbewegungen, sondern zu Zonen des Elends für die in den Vorhöfen dauerhaft Festgesetzten.

Die europäischen Politiken haben längst zu einem *encampment* der europäischen Grenzen in Form eines „Exilcouloirs“ (Agier 2010; Agier 2014) geführt, das eine wachsende Zahl irregulär eingewanderter Menschen in den Zonen des Mittelmeerraums festsetzt. In diesen *de facto* Transit-Zonen, erhöht sich die Verwundbarkeit von Transitmigrant_innen, die innerhalb der EU gestrandet sind aufgrund ihrer immer fragmentierteren oder nicht-linearen Migration (de Massol de Rebetz 2020, Reckinger 2018, Reckinger 2021). Für diese Menschen gibt es nur zwei Wege zu überleben: gestützt auf Solidaritätsnetzwerke oder durch Arbeit in der irregulären Ökonomie (Reckinger 2018, Reckinger 2021, de Massol de Rebetz 2020).

Der Ausnahmezustand – *état d'exception* (Bigo 2007) – wird für die Betroffenen zum Dauerzustand, sie werden sowohl von Rechten als auch von der Teilhabe an den Gesellschaften ausgeschlossen (Reckinger 2018a). Es geht dabei um die gesellschaftliche Vorstellung des unberechtigten Zutritts, so als sei die Europäische Union (und die Nationalstaaten) ein Privatraum.

Mobilität – im Diskurs der Moderne vorrangig positiv codiert als Bewegung der Wissenseiten (Lutz 2009) – und Migration gehören sowohl in historischen wie aktuellen (nicht nur) europäischen Gesellschaften zum Alltag.⁵

Die kulturelle Konstruktion des Primats der Sesshaftigkeit hingegen ist Bestandteil einer durch die im 20. Jahrhundert vollzogene „Institutionalisierung des Lebenslaufes“ (Kohli 1985) und die daraus zum Modell der Moderne avancierte „Normalbiografie“ (Castel 2000; Schönberger 2007). Dabei handelt es sich um eine kulturelle Konstruktion, die gerade aus der Übereinstimmung biographischer Erfahrungen mit gesellschaftlichen Strukturen ihre Wirkmächtigkeit bezieht (Bourdieu 1998b) – und die im Übrigen in den letzten Jahren zunehmend unter Druck geraten ist (Reckinger/Reiners 2014).

Bei der Frage der Abgrenzung zwischen Mobilität und Migration geht es um Zugehörigkeit; darum, ob und wie die neuerlich Hinzugezogenen als Teil der Gesellschaft anerkannt werden. Entweder, weil sie mit der dominanten bzw. der Mehrheitsgruppe der innerhalb eines Territoriums Lebenden eine gemeinsame Sprache und kulturell geprägte Normen und Alltagspraxen teilen, und dieser deshalb nicht „fremd“ erscheinen, oder weil sie über andere Kapitalien verfügen, die ihren Status und damit ihre soziale Anerkennung sichern. Dies gilt gleichermaßen für das ökonomische Kapital, wie für das symbolische Kapital, wenn dieses global einlösbar ist – etwa die *immigration dorée* transnationaler Eliten der oberen Wirtschaftsetagen, Diplomat_innen oder internationaler *scholars*. Herkunft verliert in der Klasse des transnationalen Jetsets an Bedeutung und wird abgelöst von Bildungstiteln, Zugehörigkeit zu multinationalen Organisationen, politischen Institutionen oder Unternehmen.

Diejenigen aber, deren Kapitalien durch die Migration entwertet werden, weil sie im Ankunftscontext nicht einlösbar sind, etwa ausländische Bildungstitel, informelle berufliche Kompetenzen oder sozialer Status (dazu gehört auch das Lebensalter Jugend), werden in der Konkurrenz mit den Etablierten zu Außenseitern gemacht (Elias/Scotson 1993).

Dabei dient die Konstruktion des „Anderen“ – implizit – als Negativfolie für die Konstruktion des „Eigenen“. Wie aktuell ausgehend von Ungarn und anderen osteuropäischen Staaten in den meisten Ländern Europas nachzuvollziehen ist, führt der Weg der nationalistischen Konstruktion einer ethnisch homogenen Gemeinschaft, die sich mit Mythen historischer Kontinuität und Überlegenheit adelt, über die Ausgrenzung des Anderen, von Migrant_innen ebenso wie von einheimischen ethnischen und Sprachminderheiten.

⁵ Von durch Klima und Ressourcen vorgezeichneten Mobilitäten wie der Almwirtschaft oder der Transhumanz, von den durch alle Epochen den Austausch von Waren und Moden beflügelnden Handelsrouten, Traditionen der Lehr- und Wanderjahre im Handwerk bis zu in der Architektur- und Kunstgeschichte nachvollziehbaren künstlerischen Einflüssen hochmobiler Auftragskünstler oder bis zu durch die *Just in Time*-Produktion auf die Straße verlagerten Lagerhallen und transnationalen, über soziale Netzwerke in Kontakt bleibenden Familienkonstellationen: die Liste mobiler Lebens- und Arbeitswelten ließe sich nahezu beliebig fortsetzen (Reckinger 2019; Rollinger/Stadler 2019).

Es ist diese essentialistische, kulturalisierende Dichotomie, mittels derer angenommene kulturelle Unterschiede als Erklärungsmodelle für individuelles Verhalten herangezogen werden und mittels derer Migrant_innen zumeist lediglich als homogene Träger_innen von geerbten – und als statisch imaginierten – Kulturen und Traditionen gesehen werden (Dahlstedt/Lozic 2017). Dass das zur Norm erhobene „wir“ in Wirklichkeit genauso – vorläufiges – Ergebnis eines kulturellen Konstruktionsprozesses ist, wird dabei übersehen. „Kulturelle Eigenheiten“ haben in dieser hegemonialen Vorstellungswelt immer nur die anderen.

Zur Konstruktion von Migrant_innen als *victims and villains*

Seit den 1990er Jahren wird internationale Mobilität zunehmend unter Sicherheits- und/oder Kriminalitätsaspekten verhandelt (Transit Migration 2007, Hess/Kasperek 2010). Die Durchlässigkeit und das Lebensgefährdende der Grenze sind dem Schengener System immanent, und ihre medialen Repräsentationen sind der Einsatz, mit der europäische Innenpolitik gemacht wird (Kasperek/Tsianos 2014).

Durch zunehmend restriktiver werdende Politiken der Länder des Globalen Nordens wird das Asylsystem zu einem der wenigen legitimen Wege, über den Menschen mit geringer ökonomischer, kultureller oder sozialer Kapitalausstattung noch in diese Länder migrieren können⁶ (Griffiths 2015). Diese Realität erwächst keineswegs aus dem Nichts. Die europäischen Asylpolitiken basieren auf “ambiguous moral delineations of deservingness, turning asylum into a deeply precarious construct in which questions of truth and legitimacy are continuously shifting.” (Lems/Oester/Strasser 2020, 322) Neu ist daran nur das Ausmaß und die Geschwindigkeit, mit der der Rückbau des Asylsystems der Nachkriegszeit vorangetrieben wird, und die Art und Weise wie die Debatte darüber nahezu alle europäischen Länder auf politischer, rechtlicher und gesellschaftlicher Ebene infiltriert hat (Lems/Oester/Strasser 2020). Durch diese progressive Priorisierung sogenannter gefährdeter Migrant_innen wächst im europäischen Kontext die Zahl jener, die sich als unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ausgeben (siehe Kapitel 3.2.4). Das wiederum provoziert ein angespanntes institutionelles Klima, das von Misstrauen gegenüber den potentiellen Asylanwärter_innen geprägt ist (Senovilla Hernández 2021).

Dabei führt die zunehmende und kontinuierliche Einschränkung legaler Migrationswege und zunehmende Grenzkontrollen, auch innerhalb des Schengener Raumes, zu einer Fragmentierung

⁶ Dabei ist bekannt, dass der Arbeitskräftebedarf in zentralen EU-Staaten v.a. aus Wissensarbeiter_innen und Hilfsarbeiter_innen besteht. Da die europäischen Arbeitsmärkte aber rassistisch strukturiert sind, werden letztere lieber von innerhalb der EU, nämlich aus Osteuropa bezogen (Kasperek/Tsianos 2014), womit im Übrigen an eine jahrhundertalte Tradition angeknüpft wird, diesen Teil Europas als flexibles Dienstleistungsreservoir auszunutzen (Chomsky 2000).

der Migrationsrouten irregulärer Migrant_innen, die sich bereits in der Europäischen Union befinden. In den letzten zehn Jahren wurde die Art und Weise, wie sich Migrationsrecht und Strafrecht zunehmend aufeinander zubewegen zunehmend problematisiert. Legislation und politische Entscheidungsprozesse zur Migrations- und Grenzkontrolle haben schrittweise zur Kriminalisierung jener geführt, die keinen Zugang zu legaler, sicherer und geordneter Migration haben (Sanchez 2021).

Obwohl Forscher_innen bereits seit langem die bürokratischen und rechtlichen Zuschreibungsprozesse kritisiert haben, die rigide Unterschiede zwischen erzwungenen und freiwilligen Formen der Migration schaffen, verstärkten die Narrative der „Krise“ seit dem sogenannten langen Sommer der Migration (Hess et al. 2016) 2015 diese Unterscheidung (Lems/Oester/Strasser 2020):

“The framing of the increased arrival of refugees as ‘crisis’ allowed for the creation of a binary opposition between ‘genuine’ refugees and ‘bogus’ economic migrants. While ‘real’ refugees were framed as deserving protection and care, the overriding suspicion was that the majority of the people who made their way to Europe were driven by economic opportunism rather than political persecution and therefore did not deserve protection.” (Lems/Oester/Strasser 2020, 322, auch Bigo 2006)

Das ideologische Konstrukt des „echten Flüchtlings“ hat indessen starke Folgen für jene, denen diese Identität verwehrt wird (Griffiths 2015). Darüber hinaus werden auch starke Geschlechterstereotype festgeschrieben. Frauen und Kinder haben höhere Chancen, als Opfer von Menschenhandel identifiziert zu werden, so lange sie dem prototypischen Profil eines reinen und unschuldigen Opfers ohne Handlungsfähigkeit entsprechen. Männer werden hingegen zumeist als so genannte Wirtschaftsflüchtlinge gesehen, die die volle Kontrolle über ihre Reise hätten, so dass sie eher als geschleppte Individuen klassifiziert werden (de Massol de Rebetz 2020, Griffiths 2015, Sanchez 2021).

Der „echte Flüchtling“ entspricht normativen und hoch moralisierten Vorstellungen von Verwundbarkeit, Opfersein, Passivität und Zwang, eine Figur, die nicht lügt und keine Regeln bricht. In dieser Vorstellung werden Flüchtlinge imaginiert als “feminized and passive “suffering bodies,” rather than political agents, with protection framed accordingly as a matter of sympathy and humanitarianism, rather than rights.” (Fassin 2001, zit. In Griffiths 2015, 472) Dieser Stilisierung der Figur des echten, reinen Flüchtlings ist in der Realität kaum zu entsprechen (Griffiths 2015).

Die Negativrolle zu diesem Bild trifft abgelehnte Asylwerber_innen mit voller Härte.

Die überwiegend männlich imaginierten unechten oder betrügerischen – auf Englisch „*bogus asylum seekers*“ – werden mit vergeschlechtlichen Verdachtsmomenten und Erwartungen in Bezug auf

Handlungsfähigkeit, Stärke und Gerissenheit belegt. Medial werden sie oft stereotypisiert als sexuell oder moralisch abweichend, illiberal, ultrareligiös, autoritär, hypersexuell, hyperfruchtbar, nutzlos, oder als Terroristen, Schwerverbrecher, oder Sozialschmarotzer (Griffiths 2015). Dieser Prozess gipfelt in einer prototypischen Konstruktion von „*victims and villains*“ (de Massol de Rebetz 2021). Versicherheitlichung und Kriminalisierung führen zu einer Moralisierung des Diskurses und ermöglichen eine öffentliche Problematisierung von *human trafficking* und *migrant smuggling*, obwohl sie Nebeneffekte der restriktiven EU Migrationspolitiken sind. In der Tat haben die *United Nation Convention against Transnational Crime* (UNTOC) und die beiden ergänzenden Protokolle, die als Palermo Protokoll zusammengefasst werden, im Jahr 2000 eine strikte Dichotomie produziert zwischen den beiden Phänomenen des *migrant smuggling* und des *human trafficking* (de Massol de Rebetz 2020). Bereits der Name des UNTOC zeigt an, dass die beiden Phänomene durch das Spektrum internationaler Zusammenarbeit und Grenzschutz behandelt werden, weil sie als Formen organisierter Kriminalität gelten, die aus der Globalisierung entstehen. In der EU und dem Europarat wurde dieser Zugang minimal abgeschwächt, da hier auch ein menschenrechtlicher Zugang Eingang fand. Dennoch blieb auch hier die Demarkationslinie zwischen den beiden Straftaten erhalten.

An dieser Bruchlinie wird die Schlacht um Souveränität und den Nationalstaat ausgetragen (Dauvergne 2008, zit. in de Massol de Rebetz 2020). Die Kontrolle der Mobilität von Individuen ist eines der Werkzeuge, mit denen staatliche Souveränität zum Ausdruck gebracht werden kann, und die Unterscheidung zwischen den beiden rechtlichen Kategorien – die definitiv nicht die vieldeutige Realität widerspiegeln – erlaubt es, die Grenze zwischen „uns“ und „den anderen“ aufrecht zu erhalten.⁷ (de Massol de Rebetz 2020, Reckinger 2013, Reckinger 2018)

Jenseits der Zuordnung zu einer der beiden rechtlichen Kategorien wird die reale Verwundbarkeit der Betroffenen, die oftmals gerade nicht in eine dieser Kategorien hineinpassen, verstärkt.

Auch ihre oft für sie gefährlichen Bemühungen, an andere Orte zu gelangen und ihr Leben zu gestalten werden zunehmend kriminalisiert. Dabei erhöht sich dadurch vor allem potentiell ihre Verwundbarkeit, weil sie sich gezwungen sehen können, sich auf professionelle Netzwerke von Schmuggler_innen einzulassen, ihre Schulden zu vergrößern oder sich in ausbeuterische Arbeitsverhältnisse zu begeben, in der Hoffnung, zu einem späteren Zeitpunkt weiterreisen zu können (de Massol de Rebetz 2020).

⁷ Bemerkenswert ist dabei insbesondere die auch in Luxemburg durchgehend negative Bewertung des europaweit geführten Diskurses um Schlepperei – wobei ein neutralerer Begriff *Fluchthilfe* wäre – während die Figur des *passeur* – der/die unter hegemonialen heutigen Verhältnissen wohl auch als Schlepper_in kriminalisiert würde – Teil der nationalen Erzählung ist, der sogar ein Denkmal in Differdingen gewidmet ist.

Insgesamt werden in diesem gesellschaftlichen Klima auch von Wissenschaftler_innen einige migrantische Flugbahnen öfter diskutiert als andere, was oftmals zu einer Verstärkung ihrer diskursiven Konstruktion als problematisch führt. So werden die Bewegungen meist als eindimensional beschrieben, mit dem alleinigen Ziel, Destinationen im globalen Norden zu erreichen, oder als Sicherheitsbedrohung. Auf diese Weise haben zahlreiche Forschungsarbeiten US- oder eurozentrierte Perspektiven verlängert. Trotz ihres kritischen Anspruchs haben viele dieser Arbeiten, indem sie den Fokus auf kriminelle Aktivitäten legten, Ängste vor dem migrantischen Anderen reproduziert (Sanchez 2021). Neue ethnographische Forschungen haben jedoch gezeigt, dass die behördlich etwa durch Abschiebungen erzwungenen zirkulären Formen der Mobilität zu neuen Raumanweisungen inner- und außerhalb Europas führen, die die Vorstellungen einer linearen Vorher-/Nachher-Dichotomie der Bewegung von erwachsenen und jugendlichen Migrant_innen dekonstruiert (Lems/Oester/Strasser 2020).

Dabei hat insbesondere die Fokussierung auf die europäische Außengrenze dazu geführt, dass übersehen wurde, dass Migrant_innen erneuter Kriminalisierung ausgesetzt sind, wenn sie Grenzen innerhalb Europas überqueren (Sanchez 2021).

2.3 Delinquenz und Kriminalität

In einer gesellschaftlichen Stimmungslage, die von weitreichender Verunsicherung geprägt ist, ist das, was mit dem schwammigen Begriff „Kriminalität“ und seinen Offenheiten für Zuschreibungen und Zuordnungen, die er als Sammelbegriff bereithält, bezeichnet wird, eine naheliegende Projektionsfläche.

Es gehört zum soziologischen Basiswissen, dass die Grenzen des Tolerierbaren lange erreicht sind, bevor das Verhalten eines Individuums oder einer sozialen/sozial konstruierten Gruppe strafrechtlich relevant wird. Die gesellschaftliche Sanktionierung erfolgt, sobald ein von einer sozialen Norm abweichendes Verhalten ausgemacht wird. Zugleich erwächst für weite Teile der Bevölkerung eine voyeuristische Lust an kriminellen Abgründen – nicht nur die Regenbogenpresse lebt davon.

Wenn zur Kriminalität andere Kategorien hinzukommen, wie eben Jugend und insbesondere das Thema Migration, sind die verstärkenden Effekte erheblich.

Daher soll in diesem Abschnitt die vielbeschworene „Ausländer_innenkriminalität“ kontextualisiert werden.

Dabei ist schon der Begriff der „Ausländer_innenkriminalität“ in den Wissenschaften umstritten, da ein solcherart gelabelter Forschungsgegenstand bestehende Vorurteile schüren und weitere wecken kann. Während einige ein Stillschweigen darüber fordern, bevorzugen andere eine

differenzierte Beschäftigung mit dem Phänomen, während wiederum weitere polemisch für eine besonders restriktive Kriminal- und Zuwanderungspolitik eintreten.⁸ Dabei ist bereits die Bezeichnung irreführend, weil die Staatsangehörigkeit nicht das alleinige Abgrenzungsmerkmal darstellt (Haverkamp 2017, 287). Lukas (2011) sieht die Dominanz der migrationsbezogenen Perspektive in der kriminalsoziologischen Forschung ohnehin als Folge der politischen und medialen Brisanz des Reizthemas „Ausländerkriminalität“ (sic!) an. Er sieht eine offensichtliche Tendenz, die Problemwahrnehmungen von Kriminalität eher auf solche Täter_innengruppen zu fokussieren, die ohnehin marginalisierte soziale Positionen innehaben, weil diese sich in besonderer Weise für die negative Abgrenzung zwischen „Uns“ und den „Anderen“ eignen würden (Lukas 2011, siehe auch Kapitel 2.3.1).

Eine gravierende Verzerrung in der Diskussion sieht Haverkamp (2017) darin, dass das angenommene Gefährdungspotential von und unter Zuwanderern die öffentliche Aufmerksamkeit erregt, während Proteste gegen und Übergriffe auf Flüchtlingsheime und Asylsuchende in den Hintergrund gerückt werden, obwohl in diesem Bereich eine ganze Reihe an strafbaren Handlungen zu verzeichnen ist (Haverkamp 2017).

2.3.1 Kriminalität und Kriminalisierung von (jugendlichen) Migrant_innen

Kriminologische Arbeiten unterscheiden häufig zwischen Hellfeld- und Dunkelfeldanalyse. Dem so genannten Hellfeld werden Straftaten zugeordnet, die in den offiziellen Statistiken dokumentiert sind. Weil die polizeiliche Erfassung von Straftaten von Migrant_innen erhebliche statistische Defizite aufweist, bildet das Hellfeld der Zuwandererkriminalität die Straftatenhäufigkeit nicht realitätsgetreu ab. Das Dunkelfeld besteht einerseits aus vom Opfer nicht wahrgenommenen Straftaten, andererseits aus nicht angezeigten Straftaten (Haverkamp 2017). So einleuchtend diese Kategorisierung in Bezug auf die Einordnung von Daten sein mag, so problematisch ist diese Unterscheidung methodisch in Bezug auf den empirischen Erkenntnisgewinn:

„Die Überrepräsentation im „Hellfeld“ der offiziellen Kriminalstatistiken wird einerseits immer wieder herangezogen, um xenophobe Argumentationen und Stereotype zu bekräftigen. Andererseits ist sie (...) nichts anderes als das Ergebnis rassistischer oder fremdenfeindlicher Praktiken der Strafverfolgungsorgane.“ (Fuchs et al. 2016, 109, siehe auch Walburg 2007)

⁸ Auch in der Politik gibt es besonders in Bezug auf die Stärkung des repressiven Elements starke Stimmen. So wies etwa Herbert Kickl, ehemaliger österreichischer Innenminister der rechtsextremen FPÖ die Polizei an, in ihren Kommunikationen über von ausländischen Staatsangehörigen begangene Straftaten systematisch deren Nationalität zu nennen.

Tatsächlich verfügen die Staatsanwaltschaften „mit der Entscheidung für Anklageerhebung oder Verfahrenseinstellung über eine erhebliche Definitionsmacht im Prozess der staatlichen Sozialkontrolle.“⁹ (Lukas 2011, 45) Allerdings weisen Fuchs et al. (2016) darauf hin, dass die Kriminalrechtspraxis nicht nur das ist, was professionelle Rechtsanwender_innen daraus machen, und Kriminalität nicht nur das ist, was jene dazu erklären. Vielmehr seien Kriminalrecht und Kriminalität vor allem dadurch bestimmt, wozu das Strafrecht und seine Organe im gesellschaftlichen Alltag für brauchbar und angemessen befunden werden (Fuchs et al. 2016). Gesetze sind soziale Konstruktionen und spiegeln keine neutrale Beschreibung der Realität (Mertz 1994). Dabei beschreiben Fuchs et al. (2016) das Recht im Alltag zum einen als ein praktisches Instrument zur Durchsetzung von individuellen Zielen, zum anderen aber auch als ein kommunikatives Mittel zur symbolischen Bekräftigung von Kultur, Institutionen und sozialen Machtstrukturen:

„Die Kategorien Recht, Rechtmäßigkeit/Legalität spielen im gesellschaftlichen Alltag in der Deutung von Normalität und Abweichung, in der Konstruktion von Gesellschaft insgesamt eine wesentliche strukturierende und stabilisierende Rolle. (...) Überproportionale „Kriminalitätsraten“ innerhalb unterprivilegierter Gruppen (migrantisch oder nicht) sind insofern Ausdruck eines ungleichen und gespaltenen Rechtszugangs.“ (Fuchs et al. 2016, 115)

Die Polizei, die Gerichte und das Gefängnis sind keine einfachen technischen Anhänge, die der Aufrechterhaltung der gesetzlichen Ordnung dienen – so wie es das Recht und die Kriminologie sehen – sondern Vektoren politischer Produktion von Wirklichkeit und Überwachung abgewerteter, mittelloser Bevölkerungsgruppen (Wacquant 2010).

In einer Folgestudie wird daher zu analysieren sein, ob die Luxemburger Staatsanwaltschaft das existierende Dispositiv Unisec eventuell auch deshalb mit einer hohen Zahl an Insassen beschickt und damit an die Grenzen bringt, um im Kampf um die oben besprochene Deutungshoheit (siehe Kapitel 2) als Partei Druck aufzubauen, ob sie also mit ihren Entscheidungen zur Klageerhebung Lobbying betreibt.

Jene Bevölkerungsteile, die am direktesten von den negativen Auswirkungen der zunehmenden Veränderungen des Arbeitsmarktes und der Verteilung der Sozialleistungen betroffen sind, sind auch jene, die sich am meisten in Strafvollzugsanstalten wiederfinden. Dies gilt nicht nur für die USA, sondern auch für Westeuropa, wo sich im wachsenden Gefängnisapparat überwiegend

⁹ Auch wenn die Luxemburger Staatsanwaltschaft in Bezug auf unbegleitete Minderjährige ohne Wohnsitz in Luxemburg auf Anklage verzichtet (Gespräch mit Guy Aeckerlé, 4.10.2021), bleibt ihre Definitionsmacht ungebrochen.

Arbeitslose, prekäre Arbeitnehmer_innen, postkoloniale Migrant_innen und Drogenabhängige aus der Unterschicht wiederfinden (Wacquant 2010).

Kriminologische Befunde, die sich auf administrative Strafverfolgungsdaten stützen, sind dementsprechend nur begrenzt aussagekräftig:

„Abgesehen davon, dass sie nicht für wissenschaftliche Zwecke erhoben werden, sondern vor allem der Selbststeuerung und -darstellung der einschlägigen Organisationen dienen, spiegeln sie als Anzeigen- und Tätigkeitsstatistiken nichts anderes als „Bilder der gesellschaftlich stattfindenden Kriminalisierungen“ wider. Über die Verbreitung kriminalisierbarer Handlungen, die im „Dunkelfeld“ der nicht angezeigten oder entdeckten Straftaten verbleiben, können amtliche Statistiken nichts aussagen.“ (Fuchs et al. 2016, 110)

Die Antwort der Kriminologie auf die im letzten Satz aufgeworfene Problematik seit den 1990er Jahren ist, mittels Umfragestudien – zumeist an Schulen – einen eigenen empirischen Zugang zum „kriminellen Geschehen“ im Bereich der Jugend zu finden. Die Datenerhebung dieser Befragungen stützt sich ausschließlich auf die subjektiven Angaben der Jugendlichen. Dabei werden neben Viktimisierungs- und Täter_innenerfahrungen auch sozioökonomische Merkmale und Einstellungsdimensionen erhoben. Die Ergebnisse sind aufgrund unterschiedlicher Zielpopulationen, Stichprobenzusammensetzungen, Erhebungsinstrumenten und Auswertungsmethoden weder leicht vergleichbar noch einheitlich (Fuchs et al. 2016, 111). Vor allem tragen sie aufgrund ihrer quantitativen Anlage einen erheblichen *bias* fort.

Insgesamt erweist sich ein großer Teil der gesichteten Literatur zum Konglomerat *Jugend – Migration – Kriminalität* als widersprüchlich und häufig problematisch.

So kommt eine psychiatrisch-forensische Studie aus Zürich bezüglich der Frage nach erhöhter Jugendkriminalität durch Migrant_innen zum Schluss, dass diese Gruppe familiär und schulisch stärker belastet sei als gleichaltrige Jugendliche mit Schweizer Staatsangehörigkeit. Sie seien häufiger von Gewalt in der Familie, geistigen/körperlichen Behinderungen von Familienmitgliedern, niedrigem sozioökonomischem Status, niedrigem Schulniveau, häufigen Schulabbrüchen betroffen. Zudem sei häufiger eine Störung des Sozialverhaltens diagnostiziert worden als bei Schweizer Jugendlichen (Kilchmann/Bessler/Aebi 2015). Neben einer nicht ausgewogenen Stichprobe zuungunsten der Migrant_innen erscheint die Studie vor allem diskutabel, weil sie einen *bias* transportiert, der in mehreren Studien aus dem juristisch-forensischen, kriminologischen und psychiatrischen Bereich augenfällig wird: der in Teilen unreflektierten Übernahme gesellschaftlicher Problemdiskurse, v.a. aber einer unbewussten Normativsetzung mittelständisch-westlicher Vorstellungen einer mehr oder weniger bürgerlichen Normalbiografie (Castel 2000) (z.B. auch Bessler et al. 2019, Ille et al. 2005, Vökl-Kernstock et al. 2014). So schlagen etwa Bessler et al. (2019) vor, im Sinne der Vermeidung von Rückfällen bei männlichen jugendlichen

Gefängnisinsassen eine jugendpsychiatrisch-psychologische Untersuchung und Behandlung nicht so sehr für deren eigene verbesserte Versorgung, als um „auch den Anforderungen eines effektiven Opferschutzes und dem Sicherheitsbedürfnis unserer Gesellschaft“ (Bessler et al. 2019, 1) zu entsprechen. Insbesondere der Zugang zu leicht zugänglichen Gesprächspartner_innen und dem damit fahrlässig in Kauf genommenen Ausschluss zahlreicher anderer Personengruppen, die Übernahme spontansoziologischer Kategorisierungen – etwa Unterschicht/ Mittelschicht/ Oberschicht (Ille et al. 2005) – sowie der Rückgriff auf unter einem administrativen Gesichtspunkt erstellte Datensätze erscheint dabei bei einigen dieser Arbeiten problematisch.¹⁰ In Summe sind zahlreiche Studien methodisch und ideologisch gebiased und nicht neutral:

„Jenseits kulturalistischer Zuschreibungen geht es (...) stets um die durch Machtungleichgewichte strukturierten Beziehungen zwischen „Etablierten“ und „Außenseitern“, in denen erstere dazu neigen, letztere als „unbändige Übertreter von Gesetzen und Normen“ wahrzunehmen.“ (Fuchs et al. 2016, 109)

Dennoch sind insbesondere aus schulischen Dunkelfeldbefragungen aus Deutschland einige bemerkenswerte Tendenzen erkennbar:

- In der „Gesamtdelinquenzbelastung“, die stark durch jugendspezifische Bagatelldelikte geprägt ist, gibt es kaum Unterschiede
- Migrantische Jugendliche begehen weniger Eigentumsdelikte als Staatsangehörige
- Migrantische Jugendliche geben öfter an, Gewaltdelikte begangen zu haben. Dabei wird jedoch eher ein Kokettieren mit Gewalt verzeichnet. Solche Orientierungen sind jedoch nicht kulturalistisch zu deuten, sondern müssen mit den sozioökonomischen Lebensbedingungen verglichen werden, womit sich die Unterschiede wieder nivellieren (siehe auch Lukas 2011)
- Die Anzeigebereitschaft bei Konflikten zwischen Jugendlichen hängt ganz wesentlich von der ethnischen Täter-Opfer-Konstellation ab: Jugendliche ohne Migrationshintergrund weisen ein deutlich geringeres Risiko auf, von Opfern angezeigt werden, als solche mit Migrationshintergrund. Migrantische Jugendliche sind demnach einem größeren Risiko selektiver Kriminalisierung ausgesetzt (Fuchs et al. 2016, 111).

Auch Haverkamp (2017) hat Gefährdungsmerkmale für Kriminalisierung unter Geflüchteten in Deutschland untersucht. Sie hält fest, dass sich unter den Geflüchteten überproportional viele junge Männer im Alter von 16 bis unter 30 Jahren finden. Zum einen habe diese Altersgruppe gute Ausgangsbedingungen für die Teilhabe an (Aus-)Bildungschancen und die Integration in den Arbeitsmarkt. Zum anderen weise sie nicht nur wegen ihres jungen Alters und des männlichen

¹⁰ Zur Problematik solcher spontansoziologischer und administrativer Kategorisierungen, siehe auch Kapitel 3.1.2.

Geschlechts kriminologische Gefährdungsmerkmale auf. Weitere kriminologische Faktoren, die Haverkamp ausmacht sind prekäre Lebensverhältnisse, ungewisse Bleibeperspektive, Probleme bei der Wohnungssuche, Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche mangels Sprachkenntnissen und Vorbildung, aber auch aufgrund von Überqualifizierung, Traumatisierung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge. Zudem hält sie fest, dass Flüchtlinge häufig in Ballungszentren leben, in denen die Kriminalitätsbelastung angesichts der Anonymität und der vielfältigen Tatgelegenheiten höher liege als in ländlichen Gebieten:

„Bei Kontrolle dieser Belastungsfaktoren kommt es zu einer Angleichung der sonst höher belasteten Ausländer_innen und der Deutschen. (...) Ein Vergleich ist daher schwer möglich.“ (Haverkamp 2017, 293)

Im Ergebnis bestätigen die Forschungsergebnisse, dass sich keine großen Unterschiede in der „Delinquenzbelastung“ zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund zeigen. In der Gesamtbetrachtung sind migrantische Jugendliche sogar weniger belastet, wenn ihr in der Regel niedrigerer sozioökonomischer Status berücksichtigt wird. Das signifikant häufigere Berichten von Gewaltdelikten bleibt nur für das vergleichsweise harmlose Delikt der „Gruppenschlägerei“ erhalten und nur bei Jugendlichen der „zweiten Generation“. Bei Jugendlichen, die im Ausland geboren wurden, zeigt sich generell eine niedrigere Wahrscheinlichkeit, delinquentes Verhalten zu berichten (Fuchs et al. 2016).

Derartig entlastende Befunde sind geeignet, „das „Minenfeld“ der Debatte um Kriminalität und Migration [zu] entschärfen“ (Fuchs et al. 2016, 113). Dennoch bleiben erhebliche methodische Probleme bestehen, da in Self-Report-Studien letztlich nicht Kriminalität, sondern lediglich die Bereitschaft, in der Befragungssituation das Begehen oder Erleiden potentiell kriminalisierbarer Verhaltensweisen zu berichten, erhoben wird (Fuchs et al. 2016). Somit zeichnen „Dunkelfeldbefragungen ein ganz bestimmtes Kriminalitätsbild, das nicht „echter“ als die amtlichen Statistiken ist und daher nicht mit „der“ Wirklichkeit verwechselt werden sollte.“ (Fuchs et al. 2016, 114) Forschungsethisch bleibe die Frage heikel. Auch wenn man als Wissenschaftler_in dem Mythos der besonderen Kriminalität von Migrant_innen empirisch gestützte Analysen entgegensetzt, besteht doch die Gefahr,

„die schrillen thematischen Rahmungen, die man eigentlich versachlichen möchte, indirekt zu unterstützen. Widerlegungen dummer Vorurteile sind anfällig dafür, sich der impliziten Logik dessen zu fügen, was sie (...) in Frage stellen wollen.“ (Fuchs et al. 2016, 114)

Bezüglich der Einbeziehung von Dunkelfeldvermessungen mittels Self-Report-Studien attestieren Fuchs et al. (2016) der kriminologischen *scientific community* durchaus wohlwollend die Bereitschaft, eine reflexiv-pragmatische Haltung zu dieser Form der Datensammlung einzunehmen. Die Erkenntnis, dass Kriminalität nicht objektiv zählbar ist, erfordere jedoch weitere ergänzende

Forschungsbemühungen, die die Logik des Zählens von Ereignissen hinter sich lassen (Fuchs et al. 2016, siehe auch Kapitel 3.1.3).

2.3.2 Straftaten, die nur von Migrant_innen begangen werden können

Immerhin gehört es im Lichte des oben gesagten

„heute unzweifelhaft zum gesicherten kriminologischen Wissen, dass ein allenfalls kriminalstatistisch nachweisbarer erhöhter Fremdenanteil nichts über eine erhöhte Kriminalitätsbelastung der ausländischen Wohnbevölkerung auszusagen vermag. Da die Kriminalstatistiken auch Straftaten mobiler Populationen von Menschen mit fremder Staatsangehörigkeit erfassen, die über gar keinen ordentlichen Wohnsitz im Inland verfügen (Tourist_innen, Durchreisende, Austauschstudierende, irregulär Zugewanderte etc.), ist es grob verzerrend, die gesamte Ausländer_innenkriminalität auf die bevölkerungsstatistisch erfasste Ausländer_innenwohnpopulation zu beziehen. Hinzu kommt, dass bestimmte Straftaten des Fremdenrechts begreiflicherweise fast ausschließlich von Personen begangen werden, die nicht dem Staat angehören, in den sie einwandern.“ (Fuchs et al. 2016, 110)

Griffiths (2015) weist unter Bezugnahme auf Coutin (2010, zit. in Griffiths 2015) in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Entwicklungen des europäischen Grenzregimes zu einer Multiplikation von neuen möglichen Verbrechen geführt hat, bei denen die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass sie von Migrant_innen begangen werden bzw. sogar ausschließlich von ihnen begangen werden können. Dies sind u.a. Straftaten in Bezug auf Identität und Einwanderung wie etwa das Zerstören eines Reisepasses, illegales Arbeiten, Kooperationsverweigerung bei Abschiebung, oder illegaler Aufenthalt. So wird etwa Ladendiebstahl, ein Bagatelldelikt, wenn er von Staatsbürger_innen begangen wird, als schwere Straftat umdefiniert, wenn er von Nicht-Bürger_innen begangen wird und kann dramatische Konsequenzen bis hin zur Abschiebung nach sich ziehen (Griffiths 2015).

Dabei haben die qualitativen Forschungen von Griffiths (2015) gezeigt, dass viele kriminalisierte Migrant_innen schockiert darüber waren, als Gesetzesbrecher_innen gesehen zu werden, nur weil sie unangemeldet gearbeitet hatten. Andere argumentierten, dass die gesetzlichen Restriktionen sie gezwungen hatten, illegal zu arbeiten, während wieder andere den Verdacht äußerten, dass hinter diesen restriktiven Regelungen die Taktik stand, sie zum Gesetzesbruch zu bringen, um sie anschließend leichter wegsperren und abschieben zu können (Griffiths 2015).

Während also einerseits der legislative und administrative Rahmen Menschen zunehmend in die Devianz drängt, werden dadurch zugleich die Kriminalitätsstatistiken um einen zusätzlichen Verzerrungsfaktor erweitert. Im Ergebnis kann dieser Prozess das Vertrauen in die Gesellschaft

bei den Betroffenen reduzieren und zu „einem beschädigten Gerechtigkeitsgefühl führen. Diskriminierungserfahrungen durch Polizei oder Gerichte gefährden die Integration und können Tendenzen der Re-Ethnisierung befördern.“ (Lukas 2011, 43, siehe auch Griffiths 2015, siehe auch Kapitel 6)

In Bezug auf die Bedingungen und Auswirkungen von Freiheitsentzug bei Jugendlichen sei in dieser Vorstudie lediglich auf den Bericht von Ombudsman und Ombudsman für Kinder a Jugendlecher (2021), sowie auf einen rezenten UN-Bericht verwiesen (Nowak 2019).¹¹ Eine wissenschaftliche Untersuchung für Luxemburg kann erst in einer Folgestudie vorgenommen werden.

¹¹ Online unter <https://omnibook.com/global-study-2019/liberty/page-001.html> [12.10.2021]

3 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge/Jugendliche : Wer sind sie, was wissen wir ?

Um mittelfristig zu einer adäquateren Betreuung zu kommen, müssen wir genauer wissen, wer die Menschen sind, an die sich die Maßnahmen richten (Senovilla Hernández/Touzenis 2010). Dabei ist es Aufgabe der Wissenschaften, “to ‘confront the messiness and untidiness of social reality, not reduce it.’” (Bluebond-Langner/Korbin 2007, zit. in Lems/Oester/Strasser 2020, 331)

3.1 Genese und Konstruktion eines Phänomens

3.1.1 Begriffsgeschichte

Die rezent gestiegene Aufmerksamkeit für das Phänomen junger Menschen, die ohne ihre Eltern migrieren, entsteht auch aus seinen begrifflichen Neufassungen und der in der Folge gestiegenen öffentlichen Aufmerksamkeit. Tatsächlich jedoch knüpft das Phänomen an eine längere Geschichte der Migration an. Neben der Stadt-Land-Bewegung Jugendlicher im England des 19. Jh. und der Fluchtmigration von Kindern im 2. Weltkrieg (Lems/Oester/Strasser 2020) sind diese Formen der Migration insbesondere in den Metropolen der europäischen Kolonialmächte bereits früh dokumentiert und als Resultat des gesellschaftlichen Ausschlusses innerhalb der Kolonialreiche analysiert worden (Long 2021). Das Migrationsphänomen der Unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge/*mineurs non accompagnés* wird z.B. in Frankreich erstmals in den 1970er Jahren identifiziert (Créoff 2021).

Ein Blick auf die Begriffsgeschichte zeigt: das Phänomen ist heterogen und empirisch schwer fassbar – und keineswegs neu, ebenso wenig wie seine Thematisierung als krisenhaft (Lems/Oester/Strasser 2020). In dieser Vorstudie erfolgt diese Analyse am Beispiel Frankreichs, in einer Folgestudie könnte auch die spezifische Entwicklung in Luxemburg erhoben werden.

Seit 2016 ist *mineur non accompagné*, MNA (deutsch UMF, englisch URM (unaccompanied refugee minors) die offizielle Bezeichnung, zuvor sprach man in Frankreich u.a. von „enfant“, „jeune“, „adolescent“, „mineur“, aber auch von „isolé“, „seul“, „non accompagné“ oder auch „sans domicile fixe“, „errants“, „étrangers“, „sans papiers“, „vulnérables“, „demandeurs d’asile“ (Créoff 2021).

Jeder dieser Begriffe bezeichnet unterschiedliche Situationen und Wahrnehmungen, denen variable Interpretationen und Betrachtungen über die *trajectoires* und die Mobilitäten in Bezug auf Gefahr, Isolierung und Verfolgung zugrunde liegen. Die unterschiedlichen Semantiken zeugen von der

Schwierigkeit, eine Gruppe zu identifizieren, zu definieren und zu kategorisieren, die als besonders heterogen gilt (Créoff 2021).¹²

Mit jedem Begriff werden eine Vielzahl von Migrationslaufbahnen und soziokulturellen Realitäten abgedeckt (Créoff 2021). Jedoch produziert das Verwerfen eines Begriffs zugunsten eines anderen immer auch Ausschlüsse, Unsichtbarkeiten, Diskriminierungen und blinde Flecken.

Das Konzept taucht zuerst in Notizen und interner Literatur der europäischen Verwaltungen auf, die sich mit Migration beschäftigen, in der Folge aber auch bei Tagungen, an denen auch Wissenschaftler_innen beteiligt sind (Péraldi 2013, Lems/Oester/Strasser 2020). Es handelt sich um ein präadministratives und präjuristisches Setting, in dem jene Argumente und juristische Konstruktionen erarbeitet werden, die vor der strikt juristischen Produktion stehen, die den juristischen Instanzen vorbehalten ist (Péraldi 2013).

Der erste in den öffentlichen Verwaltungen Frankreichs etablierte Begriff ab den 1990er Jahren lautete *Mineur isolé étranger*. Die Definition spannt damit drei Komplexe auf, die den Blick bestimmen, der auf diese jungen Menschen gerichtet wird, sei es von Seiten des Rechts, der Institutionen oder der Akteur_innen der Sozialdienste (Créoff 2021).

Das Konzept der *errance*, das insbesondere in Frankreich, Italien und Spanien hervorgetreten ist, wurde ab den späten 1990er Jahren in der wissenschaftlichen Analyse und der sozialen Intervention in Frankreich populär, eine Zeit, die einerseits von einem Versicherheitlichungs- und einem Diskurs autoritärer Polizeiarbeit in Bezug auf marginalisierte Jugendliche geprägt war (Mauger 2006), und in der andererseits als Reaktion darauf humanitäre Haltungen entstanden.

Einige Jugendrichter waren besorgt um die Situation von jungen Ausländer_innen, die sie vermehrt in Delinquenzakte verstrickt sahen und deren Zustand von Vernachlässigung und Verwahrlosung die heilsuchendsten von ihnen erkannten, während sie gleichzeitig verstanden, dass es eine institutionelle Leerstelle gab, die eine Übernahme in die reguläre Betreuung, wie sie die französische Sozial- und Strafgesetzgebung vorsah, verunmöglichte (Péraldi 2013). Weil also rechtliche und politische Instanzen begannen, unbegleitete junge Asylsuchende und Migrant_innen zu sehen, nahm die Figur nach und nach in spezifischer Weise Form an (Lems/Oester/Strasser 2020).

Für Nicola Mai (2010) ist *errance* einerseits ein machtvoller pathologisierender Diskurs, der junge Menschen, die damit gefasst werden als ohne moralische und soziale Koordinaten begreift. Andererseits ermöglichte das Konzept, nicht-repressive und verstehendere sozialarbeiterische Maßnahmen zu entwickeln in einer Zeit, in der die französische Politik in Bezug auf Migration zunehmend konservativ und kriminalisierend wurde (Mai 2010):

¹² Diese Heterogenität geht in Bezug auf die gegenwärtige Situation in Luxemburg auch aus den Gesprächen von Ombudsman/Ombudsman fir Kanner a Jugendlecher (2021) mit Vertreter_innen der Unisec und ihren daran anschließenden Analysen sowie dem Autor (Interview mit dem Leiter der Unisec, Guy Aeckerlé, 4.10.2021) hervor.

„Overall, both the *errance* and the separated child frameworks play the ‘politics of compassion’ leitmotiv, which is the hegemonic strategy used to legitimize social support in current neoliberal times.” (Mai 2010, 76, in Bezugnahme auf Fassin 2005 und Ticktin 2008)

Im Jahr 2016 wird der Begriff im Zuge der Umsetzung der EU-Richtlinie in MNA harmonisiert: „En théorie, cette appellation fait donc primer avant toute chose la condition d’enfant sur la condition d’étranger, qui n’apparaît plus.“ (Créoff 2021, 14) Positiv an dem neuen Begriff wird bewertet, dass das Prinzip der Nicht-Diskriminierung respektiert wird, während andererseits kritisiert wird, dass die Verwundbarkeitssituation minimiert wird (Créoff 2021).¹³

Über die Verwendung von Begriffen verordnet der Staatsapparat mit seinen Institutionen eine bestimmte soziale Realität und weist den betroffenen Personengruppen ihre soziale Platzierung zu. Damit verlängern und verstärken die verschiedenen Verwaltungen und Institutionen identitäre und soziale Zuweisungsprozesse (Bouamama, zit. in Créoff 2021, 14). In der Tat tragen die verwendeten Kategorien direkt zur Herausbildung einer kollektiven Identität bei, gleichzeitig ist die Zuweisung aber auch sozial, weil sie jene soziale Position anzeigt, die legitim eingenommen werden kann. Der Prozess, den diese doppelte Zuweisung in Gang setzt, ist reich an Folgen. Einerseits werden mit der administrativen Produktion dieser Kategorisierungen die Handlungsräume der Staatsanwaltschaft und der Gerichte angezeigt, andererseits auch jene der Statistik, die zur Bewertung des Phänomens herangezogen wird (Créoff 2021).

Die offiziellen begrifflichen Konstruktionen sind reich an Folgen für die von den Maßnahmen Betroffenen: „Assujettis par des représentations parcellaires de leurs parcours et de leurs besoins, ces jeunes sont conduits à raconter leur passé et à penser leur avenir dans le langage de l’institution.“ (Créoff 2021, 13)

Auch die Forschung kann sich der dominierenden Ideologie nicht entziehen:

„Plus que tout autre objet social, il n’est de discours à propos de l’immigré et de l’immigration qu’un discours imposé: plus que cela, c’est même toute la problématique de la science sociale de l’immigration qui est une problématique imposée. Et une des formes de cette imposition est de percevoir l’immigré, de le définir, de le penser ou d’en parler toujours en référence à un problème social.“ (Sayad, zit. In Créoff 2021, 15)

Der aktuelle, exklusive Begriff UMF ist auch Ergebnis des dualistischen Konstruktes des Konzeptes sogenannter *mixed migration flows*. Ursprünglich beschrieb dieser bereits in den 1990er Jahren in den Migrationswissenschaften entwickelte Begriff die heterogene und uneinheitliche Zusammensetzung der Migration, mit dem Ziel, auf die zu enge Flüchtlingsdefinition der Genfer Konvention hinzuweisen. Zuerst wurde der Begriff vom UNHCR, später auch von allen anderen

¹³ In englischsprachigen Texten taucht zunehmend auch die Abkürzung UAM auf: *Unaccompanied Minor*.

Akteur_innen des Migrationsmanagements aufgegriffen. Im Unterschied zu den Forscher_innen betont der UNHCR jedoch die Unterscheidung zwischen beiden Kategorien: legitime und illegitime Migrant_innen. Die kategoriale Trennung soll die einen ihrem wohlverdienten Schutz, die anderen der Abschiebung zuführen. Mit diesem Narrativ wird die Perfektionierung von Grenz- und Migrationskontrollen als humanitäre Maßnahme konstruiert und legitimiert (Ratfisch/Scheel 2010, Kasperek 2010).

3.1.2 Schaffung einer administrativen Kategorie

Im westlichen politischen und sozialen Kontext evoziert der Begriff jedoch mehr als nur eine juristische Kategorie, nämlich eine Situation gesellschaftlicher Alarmierung, die mit der Distanz der Betroffenen zu einer dominierenden Norm zu tun hat. Wenn die große Mehrheit der Kinder beschult wird und in einem familiären Kontext lebt, in dem elterliche und institutionelle Betreuung dem Kind ein schützendes Umfeld bieten, sind jene, die sich außerhalb dieses Rahmens befinden oder nicht hineinpassen eher selten, administrativ besonders sichtbar und erscheinen fragil. In Europa bedeutet minderjährig sein, institutionell und sozial als Kind definiert zu sein, das die meiste Zeit zwischen Schule und Familie verbringt. Unbegleitet zu sein bedeutet keine Betreuung und keinen familiären oder institutionellen Schutz zu haben (unabhängig davon, ob migrantisch oder nicht). So wird schnell ein herausragender, seltener Fall identifiziert, der eine Behandlung benötigt. In Summe heißt das – auch wenn man weiß, dass die administrativen Kategorien nicht dazu dienen, zu beschreiben, sondern nur zu behandeln – dass Begriffe eine bestimmte Fähigkeit haben können, eine reale Bevölkerung zu bezeichnen, die für jedermann verständlich ist (Péraldi 2013).

Mehrere anthropologische Arbeiten haben überzeugend nachgewiesen, dass diese Kategorisierung brüchig wird in Ländern und Gesellschaften, in denen der soziale und institutionelle Status der Kindheit radikal unterschiedlich ist (Péraldi 2013). Péraldi et al. fragen, was Minderjährigkeit bedeutet in Kontexten, in denen nur eine Minderheit von Kindern beschult wird, in denen viele Kinder arbeiten oder auf die eine oder andere Weise in die ökonomische Sphäre integriert sind; wenn Armut und soziale Verwahrlosung die Grenzen zwischen familiärem Leben und Leben auf der Straße verwischen; oder wenn die institutionelle Obhut schwach ist; oder wenn elterliche Betreuung komplexe, mehrdeutige Formen annimmt, die weit entfernt von der europäischen Vorstellung sind: „Rien en somme n'est donc plus faussement évident que l'apparition de cette catégorie, juridico-politique, presque spontanée, de „mineurs migrants non accompagnés.“ (Péraldi 2013, 7, siehe auch Kapitel 3.2.4)

In der Verwaltungsliteratur seit den 1990er Jahren artikulieren und kombinieren sich drei wiederkehrende Themen: eine erzieherische, eine repressive und eine institutionelle Seite.

Das erste Thema betrifft die Diskussion über die Art und Weise der Aufnahme, also ob die Betroffenen nur aufzunehmen, oder zu beschulen, oder hingegen in ihre prekären Familienkontexte zurückgeschickt werden sollten. Das zweite Thema betrifft die Kontroll- und Ortungsmodalitäten, das Aufhalten an den Außengrenzen oder sogar bereits in den Herkunft- und Transitländern, wobei hierzu die meiste Literatur produziert wird, ohne dass immer klar zwischen illegaler Einwanderung und Migration von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten unterschieden wird. Das dritte Thema wird in den verschiedenen europäischen Ländern sehr unterschiedlich behandelt und betrifft die Zusammenarbeit zwischen den Instanzen und Institutionen, denen die Verwaltung der Problematik obliegt.¹⁴ Tatsächlich beschäftigt die Kategorie UMF deutlich mehr Verwaltungsebenen als die anderen Figuren des politischen Migrationsparadigmas. Von UMF wird auf der lokalen Ebene ebenso gesprochen wie in globalen Dimensionen, in den zentralsten hoheitlichen Bereichen der Polizei und der Gerichte, in den aktivistischen Sektoren, wobei alle diese Ebenen die Internationalität des Phänomens unterstreichen (Péraldi 2013).

Es scheint so als hätten die UMF einigen Instanzen ermöglicht, sich selbst symbolisch oder real eine internationale Dimension zu geben, die ihnen erlaubt, in Sphären des öffentlichen Handelns vorzudringen, die ihnen zuvor verwehrt waren (Péraldi 2013). Es sollte daher nicht davon ausgegangen werden, dass die institutionelle und juristische Produktivität der letzten Jahre zu UMF notwendigerweise mit sichtbaren und empirisch beobachtbaren sozialen Phänomenen einhergeht. Im Gegenteil werden hier zwei Phänomene illusorisch und fälschlicherweise augenfällig in Perspektive gesetzt: einerseits die institutionelle Produktivität von Normen und die dahinterliegende disziplinäre Identitätssuche und die transnationale *errance* von Jugendlichen (Péraldi 2013). Während die Präsenz von UMF in Europa einer Evolution der urbanen Welten, aus denen sie kommen, entspricht, spiegelt die juristisch-ideologische Produktion eine allgemeine Entwicklung der Politik in Europa, für den UMF nur ein Symptom oder gar ein zufällig ausgewähltes Labor sind, um diese Entwicklung zu validieren (Péraldi 2013).

Die empirischen Studien von Péraldi et al. kommen zum Ergebnis, dass es „den“ UMF nicht gibt, weil die Realitäten zu komplex und polymorph sind, um sie in einer simplistischen Kategorie zusammen zu fassen. Dass es keine UMF gibt, liegt dabei den Autor_innen zufolge nicht daran, dass es keine Kinder gäbe, die in diese Kategorie fallen, sondern dass sie erst im Nachhinein hineinfallen, nachdem sie von den Verwaltungsstrukturen erkannt und so bezeichnet wurden. Bis dahin ist es eine städtische Kindheit, die in den Dynamiken der Mobilität stattfindet, die fester Bestandteil unserer zeitgenössischen Welt sind (Péraldi 2013).

¹⁴ So ist im März 2021 ein Bericht des EMN erschienen, der die unterschiedlichen Harmonisierungsbemühungen in Europa in den Blick nimmt (EMN 2021).

Nichts weniger als eine Perspektivenumkehr ist daher nötig: Migration – und insbesondere die Konstruktion UMF – muss als administrative Kategorie in den Blick genommen werden (Fuchs et al. 2016). Die Argumentation von Crawley/Skleparis (2017) geht in eine ähnliche Richtung: „Flüchtling“, „Migrant_in“, „unbegleitete/r Minderjährige/r“ sollten nicht als leere Gefäße behandelt werden, „into which people can be placed in some neutral ordering process“. (Crawley/Skleparis 2017, zit. in Lems/Oester/Strasser 2020, 322-323) Denn diese Kategorien sind ungeeignet, die komplexen Realitäten von Menschen in Bewegung zu erfassen. Es muss daher eine breitere Kritik an Kategorien geben, die die Art und Weise in den Blick nimmt, wie sie geformt werden und welchen politischen Zwecken sie dienen (Lems/Oester/Strasser 2020). Beim Schreiben über UMF als Krisenfiguren ist es also elementar, nicht nur zu vermeiden, in die Falle der unreflektierten Übernahme und damit Perpetuierung der „Krisen“-Logik zu fallen, die die Vorstellung eines Ausnahmezustandes (siehe Kapitel 4.2) nutzt, um rigide Unterscheidungen zwischen „deserving“ und „undeserving refugees“ zu installieren (siehe Kapitel 1). In die Falle zu tappen, politische und bürokratische Labels zu reproduzieren, bedeutet, deren Exklusions- und Spaltungsmechanismen zu verstärken (Lems/Oester/Strasser 2020). Diese stark verzahnten Widersprüche, die der Figur des UMF inhärent sind, unterstreichen einmal mehr die wichtige Rolle, die die Sozialwissenschaften darin zu spielen haben, ihren Blick über Labels und Kategorisierungen hinaus zu richten. Dies bedeutet nicht, dass sie sie ignorieren, oder dass sie neue einführen sollten und damit den Kategorienfetischismus (Crawley/Skleparis 2017, zit. in Lems/Oester/Strasser 2020) perpetuieren, durch den ein großer Teil der Fluchtmigrationsforschung gekennzeichnet ist. Im Gegenteil geht es dringend darum, zu zeigen, wie diese Labels, Ideen und Narrative gelebt werden, und wie ihnen im Alltagsleben Sinn verliehen wird (Lems/Oester/Strasser 2020).

Senovilla Hernández/Touzenis (2010) diagnostizieren, dass die dominierenden Debatten in den europäischen Ländern ohnehin nach wie vor stark auf die nationale Ebene beschränkt sind, manchmal sogar nur auf die regionale oder lokale Ebene. Dabei impliziert die doppelte oder dreifache Kompetenzverteilung in den meisten Nationalstaaten eine signifikante Bandbreite divergierender nationaler Praktiken in Bezug auf die Verwaltung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge. Die Kompetenzen bezüglich der Gewährung von Asyl liegen in der Regel auf nationaler Ebene. Das *care of children* liegt hingegen oftmals in der Kompetenz regionaler oder lokaler Autoritäten und variiert daher von Land zu Land stark. Diese Verteilung und Konfusion, aber auch das Fehlen adäquater Antworten auf die wichtigsten Ziele von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen führen dazu, dass eine bedeutende Zahl von ihnen außerhalb der Kontrolle (sic!) der jeweiligen Behörden bleibt. Im Ergebnis leben sie in Situationen erhöhter Verwundbarkeit (Senovilla Hernández/Touzenis 2010).

3.1.3 Die Zahlen sind nicht zuverlässig

Die Sichtung internationaler Forschungsliteratur ergab ein augenfälliges und irritierendes Problem: die unterschiedlichen Zahlen, die das Ausmaß des Phänomens UMF in Europa benennen, belegen und z.T. problematisieren wollen, divergieren stark. Péraldi (2013) kritisiert, dass die hohen Zahlen, die die administrative Literatur oder die europäische Grenzschutzagentur Frontex nennen, ohne je die Zahlen und die Quellen zu überprüfen, keinerlei empirische Fundierung haben. Zahlreiche Texte übernehmen unreflektiert Zahlen voneinander und perpetuieren sie damit. Aufgrund dieses einigermaßen erstaunlichen Befundes lohnt es sich, die Gründe für diese Datenlücken zu untersuchen.

Einerseits ist die fehlende Homogenität der Daten der Tatsache geschuldet, dass jedes Land eigene Methoden der Datenaufbereitung als Folge unterschiedlicher statistischer Erhebungsverfahren anwendet. So wurden UMF in den 2000er Jahren in Frankreich etwa gar nicht statistisch erfasst. Die mangelnde Exaktheit erklärt sich daraus, dass zumeist nur UMF, die ein Asylverfahren durchlaufen, registriert werden (siehe jedoch auch EMN 2021). Die mangelnde Kontinuität schließlich erklärt sich daraus, dass viele Länder nur unregelmäßig Daten veröffentlichen (Kanics/Senovilla Hernández 2010).

In Europa wurde lange Zeit wenig unternommen, umfassende und verlässliche Daten zu migrierenden Kindern zu erheben. Dabei führe laut Hammarberg (2010) der Mangel an Daten tendenziell zur Unsichtbarmachung migrierender Kinder, was es wiederum schwierig mache, die reale Dimension des Phänomens zu erfassen und effektive Strategien zu entwickeln, damit umzugehen. Hier wäre zu ergänzen, dass sowohl das Fehlen von Daten als auch das falsche Zusammensetzen vorhandener Daten ein erhebliches Risiko mit sich bringt, eine Projektionsfläche für Phantasmen zu bieten, die sich im öffentlichen, im journalistischen, im rechtlichen und im politischen Feld in Form verheerender Fehleinschätzungen niederschlagen kann. Créoff (2021) diagnostiziert eine fast zwanghafte „recherche (...) du ‚vrai chiffre‘“, um die betroffenen Populationen quantitativ – und in den Vorstellungen damit objektiv – zu identifizieren (Créoff 2021, 14). Die Schwierigkeit, seriöse Zahlen zu erheben, ist u.a. auch der Fluidität des Phänomens geschuldet (Péraldi 2013).

Unbestritten ist, dass das Phänomen in den letzten Jahren zugenommen hat, was sowohl die Aufnahme- als auch die Herkunftsländer vor neue Herausforderungen stellt. Für Frankreich gibt das Justizministerium zwischen 2016 und 2019 eine Verdoppelung an. Dabei bleibt es schwierig, die Zahlen realistisch einzuschätzen, insbesondere auch die jener jugendlichen Migrant_innen, denen die Instanzen die Minderjährigkeit absprechen (Masson-Diez/Gerbier-Aublanc 2021, siehe Kapitel 3.2.4). Insgesamt sind die in Verwaltungsprozessen generierten Zahlen wenig

aussagekräftig, weil sie keiner wissenschaftlichen, sondern ausschließlich einer administrativen Logik – und zwar nur der jeweils eigenen – nach erhoben werden. Masson-Diez und Gerbier-Aublanc (2021) gehen davon aus, dass aktuell in Frankreich mehrere Tausend junge Migrant_innen in Erwartung der Feststellung ihrer Minderjährigkeit auf der Straße leben, obwohl auch in Frankreich 1989 die UN Kinderrechtskonvention unterzeichnet wurde, die jedem Kind, das seinem familiären Umfeld entrissen ist, unabhängig von seiner Nationalität oder Herkunft das Recht staatlichen Schutzes und Unterstützung garantiert.

Die Sichtung relevanter Forschungsliteratur ergibt, dass sich die Profile dieser Jugendlichen ähneln, unabhängig von ihren Herkunftsländern: meistens verfügen sie über minimale oder unterbrochene Schullaufbahnen, sind abhängig von verschiedenen Suchtmitteln oder Beruhigungsmitteln. Sie sind wenige, selten mehr als 100 oder 200 in den am stärksten betroffenen Großstädten (Péraldi et al. 2013, Weiss/Enderlein 2002).

Dennoch muss das Phänomen ernst genommen werden – wegen der Dysfunktionalitäten, die es nach sich zieht und wegen der Krisen, die es anzeigt, auch wenn diese ihren Ursprung an anderen Orten und in anderen Gegebenheiten haben (siehe auch Péraldi 2013). Jedenfalls kann keinesfalls von einer Invasion oder von exponentiellem Wachstum gesprochen werden. Es ist davon auszugehen, dass die zahlenmäßige Entwicklung in Zusammenhang steht mit den jeweiligen Konjunkturen der Abschottung der europäischen Außengrenzen und den Ankünften von Bootsflüchtlingen in den europäischen Häfen. Doch gerade auch in Bezug auf die Bootsmigration ist den offiziellen Zahlen ebenfalls mit Vorsicht zu begegnen (Reckinger 2013, Reckinger 2018).

Um die Komplexität und die Ambivalenzen alltagskultureller migrantischer Beziehungsnetze dennoch analytisch zu fassen, bedarf es eines multidimensionalen Methodeninstrumentariums, das flexibel den Erfahrungen und Unwägbarkeiten, die sich in empirischen Feldkontexten ergeben oder von gesellschaftlich und politisch gesetzten Grenzziehungen markiert werden, angepasst werden und Rechnung tragen kann. Bei einer qualitativ-ethnographischen Herangehensweise steht ohnehin nicht Repräsentativität, sondern Repräsentanz im Vordergrund (Katschnig-Fasch 2003).

Dass damit keine letztabschließende Ordnung in die untersuchten sozialen und kulturellen Realitäten gebracht werden kann, wird bewusst in Kauf genommen, weil diese methodische Ambiguitätstoleranz der Vielschichtigkeit der sozialen Welt entspricht und Reduktionismen vermeidet. Dabei ist das übliche qualitativ-ethnographische Methodeninstrumentarium nicht orthodox anzuwenden, sondern im Dienste des Erkenntnisfortschritts (Rolshoven 2004, siehe auch Kapitel 5).

3.2 Wissen über unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus der Forschungsliteratur

3.2.1 Typologisierungen und ihre strukturellen Lücken

Die Schlaglichter, die in diesem Kapitel auf UMF geworfen werden, dienen der Identifizierung einiger soziologisch-anthropologischer Realitäten der Lebenswelten Betroffener. In einer Folgestudie müssten ethnographisch die Gegebenheiten in Luxemburg – und voraussichtlich den angrenzenden Regionen – in den Blick genommen werden.

Einige der hier vorgestellten Erkenntnisse aus der Literatur sind bereits seit mehreren Jahren publiziert. Dies spielt für die Einordnung des Phänomens jedoch nur eine geringe Rolle, denn die gesellschaftlichen Logiken der Abschottung, der Konstruktion bzw. Konzeptualisierung von Migration und populären Klassen als Bedrohung sind persistent. Die Grundrichtung der Politik ist nach wie vor nicht, die Armen zu entlasten, sondern, die Gesellschaft von den Armen zu entlasten (Wacquant 2010). Weder konservativ, noch progressiv dominierte Regierungen hinterfragen dieses Paradigma, was u.a. auch daran liegt, dass unabhängig von Regierungskoalitionen das von Max Weber als stahlhart beschriebene Gehäuse der Verwaltung mit seinen Akteur_innen und auf Bewahrung orientierten Haltungen bleibt (Bourdieu 1993).

Péraldi et al. (2013) führten seit den 2000er Jahren in Italien, Frankreich, Spanien, Marokko und Algerien ethnographische Studien durch. Die *enfants errants*, die sie getroffen haben, sind bei weitem nicht alle Straßenkinder nach historischer oder anthropologischer Definition – d.h. ganz auf der Straße zu leben, ohne jegliche Betreuung, abhängig von Zufällen und *business* um zu überleben, ohne andere Bildung und Sozialität als die der Bande. Viele der Jugendlichen behalten den Autor_innen nach familiäre Bindungen, gehen noch zur Schule, wenn auch nur gelegentlich oder regressiv, leben von familiären Einkommen. Aber es ist auf der Straße, wo sie die Ökonomie des Überlebens erlernen, die Möglichkeiten des *business*, das Sich-bewegen-können, die infra-Geopolitik der Grenzübertritte, die Lücken der rechtlichen und polizeilichen Dispositive. Auf der Straße erlernen sie auch die Übergangsrituale und -spiele, Rituale, Herausforderungen, Ehre, Risikobereitschaft. Die Heldenerzählungen ihrer Erfahrungen mit der Polizei stricken an ihrer eigenen Legende, und die Straße erzählt von ihren Heldentaten (Péraldi 2013).

Aufgrund dieser Einbettung der Erfahrung der *errance* in die Kultur und Ökonomie der Straße wollen Péraldi et al. ihre Bewegung nicht mit einer klassischen Migration verwechselt wissen. Die meisten Jugendlichen ihres Forschungssamples starteten nicht mit einem Migrationsprojekt, nicht mit einem gesellschaftlichen, beruflichen, räumlichen Ziel, und oft leben sie in Barcelona, Bologna oder Marseille ein Leben, das jenem ähnelt, das sie zuvor in Casablanca, Alger oder Oran gelebt haben (Péraldi 2013).

Die Singularität des Phänomens hängt zuvorderst mit dem transnationalen Charakter zusammen, innerhalb dessen sich ihre *parcours d'errance* entwickeln:

„C'est en effet (...) le caractère relativement banal de la mobilité transfrontalière des gamins des quais qui doit nous intriguer et nous étonner, à la fois par l'extension qu'il révèle des aires de parcours, mais davantage encore par sa banalité et la facilité avec laquelle, Bologne, Marseille, Barcelone ou Turin s'inscrivent dans l'espace imaginé et pratiqué des gamins marocains, algériens et tunisiens.“ (Péraldi 2013, 13)

Das radikal Besondere ist daher die transnationale räumliche Erweiterung des den Jugendlichen vertrauten und bespielten Raumes (Péraldi 2013), wobei diese pluridirektionalen Verflechtungen in der Literatur in den letzten Jahren bereits umfangreich dokumentiert wurden, jedoch bislang kaum für unbegleitete jugendliche Migrant_innen nachgewiesen wurden. Es ist die Präsenz in zwei Welten, die die transitive Eigenschaft der beiden urbanen Erfahrungen – der europäischen und der maghrebinischen – ermöglicht. Über ihre Hin- und Rückbewegungen schaffen die Jugendlichen Vertrautheit zwischen den beiden Welten und transnationalisieren ihre Erfahrungen und die kulturellen Codes. Aufgrund dieser Vertrautheit wird ihre migrantische Erfahrung alltäglich (Péraldi 2013).¹⁵

Dabei muss der diskriminierende, Exklusion und Marginalität produzierende Charakter dieser sozialen zeitlichen Räume unterstrichen werden. Das Paradox ist, dass die Bewegungen Konsequenz eines *imaginaire* und von Opportunitätsstrukturen sind, die mit der Transnationalisierung der Migrationsräume zusammenhängt, während die Jugendlichen selbst zugleich Ausgeschlossene sind (Péraldi 2013).

Péraldi et al. wollen mit ihren empirischen Erkenntnissen nicht die isolierte Präsenz von UMF auf den aktuellen irregulären Migrationsrouten negieren, und schon gar nicht die Komplexität der sozialen Phänomene, die sich darin zeigen – im Gegenteil. Ebenso wollen sie nicht behaupten, dass die institutionellen, politischen und Verwaltungsdispositive sowie Aktivist_innen diese Probleme „erfunden“ hätten, von dem aus sie nun bürokratische Normativität und Disziplinarität produzieren. Vielmehr sehen die Autor_innen die beiden Phänomene als relativ losgelöst voneinander an, die nur in ihrer Getrenntheit verstanden werden können (Péraldi 2013).

Um die beiden Seiten dieses Phänomens zu durchdringen, das also auf der einen Seite administratives Wissen und Diskurse produziert, während auf der anderen Seite die komplexen Lebenswelten der Betroffenen weitgehend unbekannt sind, ist eine langfristig angelegte empirisch-ethnographische Studie in Luxemburg nötig.

¹⁵ Dabei machen Guenatri et al. (2013) auf einen wichtigen Unterschied zwischen den Migrationsbewegungen von jugendlichen *errants* und Erwachsenen hin: während die Bewegung bei ersteren eher in den Jugendgruppen und unabhängig von Erwachsenen geplant wird, basieren sich letztere stärker auf familiäre Netzwerke.

Die Fokussierung auf UMF verstellt nämlich den Blick auf ein anderes soziologisches Phänomen, das hervortritt, sobald man sich ethnographisch den mobilen Kindheiten widmet: einerseits der Straßenkinder und der neuen Armut, die sie bezeugen, andererseits das Versagen der Institutionen und der konventionellen Formen der gesellschaftlichen Solidarität. Diese urbane Erfahrung benennen Péraldi et al. mit dem bedeutungsreichen italienischen Wort der *malavita* – in den italienischen Sozialwissenschaften nicht in der Alltagssprachlichen Bedeutung des Wortes als kriminelle Unterwelt verstanden, sondern als

„condition de vie, dans la rue, où la marginalité et la déviance, croisant économies criminelles et informelles, précarité des petits boulots, se combinent. Une vie de „galère“ (...), parfois revendiquée comme porteuse de valeurs opposables à la société dominante mais plus souvent symbole de mal-être et de fragilité.“ (Antonelli 2013, 247)

Die urbane *malavita* ist der konkrete soziale Ort, an dem die Jugendlichen die Migration erträumen, davon sprechen und ihren Traum in ihren Vorstellungen umsetzbar erscheinen lassen, und dort auch finden sie die prekären und abenteuerlichen konkreten Modalitäten zur Überfahrt, den Zugang zu den Netzwerken und die notwendigen Beziehungen. Dennoch sind nicht alle migrantischen Minderjährigen zuvor Straßenkinder – und damit die soziologische Schwäche des Terminus UMF einmal mehr empirisch offenbart (Péraldi 2013).

Auf den ersten Blick mag die Population der illegalisierten Minderjährigen, die im Zuge dieser Forschung in Marseille begleitet wurden, homogen erscheinen: arme, kinderreiche Herkunftsfamilien, meist Patchworkfamilien, oder ohne jegliche familiären Bindungen.

Für Luxemburg weist Adelaide (2021) darauf hin, dass exilierte Kinder die gleichen Problematiken aufweisen können als Kinder mit Wohnsitz: familiäre Gewalt, Vernachlässigung, psychische Probleme die mit Bindungsproblematiken zusammenhängen etc. Hinzu kommen weitere, exilspezifische Elemente. Dabei ist eine große Heterogenität des Migrationskontextes zu verzeichnen. Einige Kinder werden vorausgeschickt und von Familienmitgliedern unterstützt oder geleitet (etwa wenn nicht die gesamte Familie ein Konfliktgebiet verlassen kann oder wenn die Familie dem Kind ermöglichen will, ökonomisches Elend zu verlassen). Einige fliehen aus Kriegsgebieten, in denen sie traumatische Erfahrungen gemacht haben (als Zeug_innen oder Opfer). Die Heterogenität der Ausgangsbedingungen wird verdoppelt durch eine Heterogenität an Erfahrungen während der Migration. Viele sind vom Menschenhandel in Libyen gezeichnet.

Aus Gesprächen mit den Sozialarbeiter_innen und nach Auswertung der Akten erstellt Carrega (2013) drei Typologien¹⁶: die solidarischen Migrant_innen, die Abenteurer_innen und die Vagabund_innen (Carrega 2013).

¹⁶ Solchen Typologisierung ist mit Vorsicht zu begegnen, stellen sie doch immer Vereinfachungen, oftmals problematische Verallgemeinerungen, in jedem Fall aber Festschreibungen dar. Hier sollen sie daher nur angeführt

1. Solidarische Migrant_innen

Diese migrieren mit dem Ziel, durch Arbeit Geld zu verdienen, um ihre zurückgebliebenen Familien zu unterstützen. Sie reisen oftmals mit Unterstützung von gemeinschaftlich organisierten oder verwandtschaftlichen Netzwerken, oft mit ihren Vätern, oft mit Touristenvisa. Vermutlich stellen sie die größte Gruppe dar. Sie leben ein unauffälliges Leben (Carrega 2013).

2. Abenteurer_innen

Sie kennen die Welt der Straße bereits in ihren Herkunftsländern, haben dort aber noch ein Zuhause, in dem sie schlafen und das sie öfters aufsuchen. Meistens gehen sie noch zur Schule, leben jedoch in belastenden Familienverhältnissen. Ihre Schullaufbahn endet oft nach der Grundschule, danach arbeiten sie bei Arbeitgeber_innen, die sie in der Regel ausbeuten und ihnen keine Ausbildung zukommen lassen. In Europa suchen sie Arbeit, um zu überleben. Sie sind *débrouillards*, gewieft, und Kleinkriminalität gehört zu ihren Überlebensstrategien dazu, jedoch ist sie kein Selbstzweck. Sie kommen, um ihr Glück zu versuchen, sind innerhalb Europas mobil, so lange sie nicht finden was sie suchen: *une bonne situation*. Oft sind sie verbissen, weil sie die Einreise bereits zehnmal versucht haben – in den 2000er Jahren meistens als blinde Passagiere auf Warenschiffen. Sie wissen Bescheid über die Wege der illegalisierten Jugendlichen in Europa: die aufnahmewilligsten Städte, die Vereine, die Hausbesetzungen, die Transportmöglichkeiten und die Gesetze bezüglich ihres Status. Sie wollen nicht zurück, denn sie träumen davon, „jemand zu werden“, mit realem Sozialstatus nach ihren Vorstellungen. Ihr Vorbild sind die sommerlichen Heimkehrer mit Autos voller Geschenke. Sie träumen davon, sich in ihrem Herkunftsland ein Haus kaufen zu können oder in Europa zu bleiben, sind insgesamt wenig gebunden an ihr Herkunftsland. In diesem Sinne bezeichnet sie Carrega als „richtige Migrant_innen.“ Einige verbringen ihren Urlaub im Herkunftsland (v.a. in Marokko) und reisen illegal hin und her. Einige haben Verwandte in Frankreich, aber Konflikte flammen schnell auf: wenn die Familie bereits länger installiert ist und sich bemüht, das Stigma der Migration loszuwerden, passt ein junger Illegalisierter häufig nicht ins Bild. Einige heiraten, um bleiben zu können (Carrega 2013). In der Tat wollen viele Kinder möglichst schnell unabhängig werden, um ihre Position und ihre Zukunft innerhalb ihrer Familien zu verbessern, indem sie aktive Familienmitglieder sind, und halten auch in der Migration den Kontakt mit ihren Familien in den Herkunftsländern (Yaqub 2010, Mai 2010). Sein Land zu verlassen ist eine folgenreiche Entscheidung für das Individuum. Sie zu treffen bedeutet, sich zu behaupten, aktiv zu handeln (Thomas 2021).

werden, um eine erste grobe und provisorische Orientierung zu geben. Eine empirisch differenzierte Perspektive wäre eigens zu erheben. Insbesondere die Art der Generierung der Daten aus Gesprächen mit Dritten und aus Verwaltungsakten ist an dieser Stelle nicht unproblematisch.

In einer Folgestudie wäre zu untersuchen, ob und wie die Vorstellungswelt und Selbstbeschreibung insbesondere marokkanischer Jugendlicher als *barragas* (Vacchiano 2010) sich in den letzten Jahren transformiert haben, und inwieweit es Überschneidungen gibt zwischen diesen auf Europa bezogenen Formen der Migration und jenen der *dreamers* in den USA.

3. Die Vagabund innen

Die Jugendlichen dieser Gruppe haben ihre Familie schon relativ lange verlassen, sind seit vielen Jahren daran gewöhnt, sich allein durchzuschlagen. Sie entsprechen recht gut den Definitionen von Straßenkindern: mit zehn, elf Jahren weg von der Familie, sie können nicht oder kaum lesen und schreiben, leben von Raub, Gelegenheits-Hehlerei, vom Betteln, sie machen regelmäßig Gewalterfahrungen und setzen selbst Gewalt ein, um zu überleben, haben ihre *errance* mit einer Flucht aus der Familie oder einem Waisenhaus begonnen, haben im Herkunftsland auf der Straße gelebt, kennen diese Welt gut. Die Kühnsten und Anpassungsfähigsten wagen die Reise nach Europa. Sie vagabundieren von einem Land ins andere, geraten oft in delinquente Netzwerke, die sie aufgrund ihres jungen Alters und ihres Mutes für ihre Zwecke einsetzen. Sie reisen ohne Ziel. Auf den ersten Blick ähneln sie den Abenteurer_innen, nur der Grund der Abreise unterscheidet sich, sowie der Grad der Delinquenz, den sie anschließend erreichen (Carrega 2013).

Die wichtigsten Gründe, warum sie ihr Herkunftsland verlassen sind:

- die politischen Verhältnisse (v.a. in Algerien)
- die Familie hat sie nach partnerschaftlicher Neuordnung – *recomposition* – brutal verstoßen: die Teenager sind diejenigen, die hinausgeworfen werden
- unhaltbare Zustände in ihrer Familie, die in ökonomischem Elend lebt
- Beziehungsprobleme der Eltern, die sich auf das Kind auswirken: grundlos vom Vater geschlagen werden, keine Zukunft, niemand, der sich kümmert, nicht mehr wissen, was man tun soll, um nicht unterzugehen
- Flucht aus dem Waisenhaus, in dem sie bei Geburt untergebracht wurden (Carrega 2013).

Diese Jugendlichen konsumieren in den meisten Fällen chemische Drogen oder Klebstoff. Gerade die Abhängigkeit von Klebstoffen führt häufig zu erhöhter Gewaltbereitschaft und erschwert sozialarbeiterische Unterstützung. Einige prostituieren sich, aber nur sehr wenige tun es regelmäßig; einige waren im Herkunftsland schon im Gefängnis; in Marseille stehlen sie in den Straßen von Belsunce – Gambetta. Sie geben falsche Identitäten an, was charakteristisch ist für Kinder, die bei der Geburt aufgegeben wurden. In den Maghreb-Staaten ist ein Kind ohne Mutter erkennbar an seinem Familiennamen, denn die Säuglingsheime vergeben einen zweiten Vornamen, der als Familienname dient. Sie bleiben damit immer erkennbar und stigmatisiert. Selbst auf der Straße wechseln sie den Namen – denn auch hier wirken Klassenverhältnisse weiter. Viele weisen affektive Defizite auf, großes psychisches Leiden, Identitätsverlust, erfinden sich

Familiengeschichten: sie wollen ihren stigmatisierten Lebenslauf verändern. Die Flucht ins Ausland ohne Papiere schreibt sich dabei komplett in dieses Unterfangen einer Wiedergeburt ein. Jegliche sozialarbeiterische Maßnahme müsste psychologisch oder sogar psychiatrisch angelegt sein. Dabei erscheint die Feststellung der Herkunft als Vorbedingung für ein mögliches Ende der *errance*. Die Vagabund_innen sind in großer Gefahr und gefährden auch ihr Umfeld. Sie sind schwach, beeinflussbar und schnell vereinnahmt von organisierten Banden. Delinquenz ist oft ihre einzige Überlebensmöglichkeit; oft bereits im Herkunftsland, sie verfestigt sich aber in Europa, wo die Angst vor der Polizei und den Gesetzen weniger groß ist. Sie handeln zumeist in der Gruppe und oft in Zusammenhängen von Kauf und Verkauf. Anfang der 2000er Jahre waren sie in Marseille nicht im Drogenhandel impliziert, in Italien hingegen schon (Carrega 2013). In Europa zeigt sich, dass die Jugendlichen umso delinquenter werden, je länger sie auf der Straße sind.

Die Jugendlichen, die dieser Gruppe zugerechnet werden, treten nicht ein in sozialarbeiterisch-pädagogische Programme, bzw. nur für die unmittelbare Unterstützung, die sie dort bekommen können: Essen, Kleidung, Körperpflege, Taschengeld, kurzfristige Unterbringung, Unterstützung mit Aufenthaltspapieren. Sobald sie Widerstand spüren, flüchten sie – eine Erfahrung, von der auch Guy Aeckerlé aus der Unisec bzw. den angegliederten offenen Strukturen berichtet.¹⁷

Die wenigen Mädchen, die im Verein *jeunes errants* in Marseille auftauchten, wurden dieser Kategorie zugeordnet. Jedoch waren sie meistens von ihnen mit einem Verwandten gekommen und mit einem Tourist_innenvisum eingereist (Carrega 2013). Die Mehrzahl migrierender Kinder sind männlich. Weil die meisten weiblichen migrierenden Kinder unregistriert sind, tendieren nationale Autoritäten dazu, sie zu vergessen. Sie haben oftmals noch härtere Situationen erlebt als die Jungen. Krieg, Gewalt, Missbrauch, erzwungene Heirat und Vergewaltigung sind Teil ihres Hintergrunds und zumeist die Motivation, ihr Herkunftsland zu verlassen (Hammarberg 2010). Tatsächlich wird etwa PTSD bei weiblichen UMF häufiger diagnostiziert als bei männlichen (Völkl-Kernstock et al. 2014).

Viele der von Carrega (2013) untersuchten Jugendlichen reisen häufig herum in Südeuropa, zum Stehlen in Zügen, oder um polizeilichem Zugriff in einer Region oder einem Land zu entgehen. In der Regel kommen sie mit zunehmender Verweildauer immer öfter ins Gefängnis, bis sie mit 18 abgeschoben oder ausgewiesen werden. Eine Rückkehr ist aber nicht vorstellbar aufgrund der Ablehnung ihrer Eltern – sofern vorhanden –, sie wieder aufzunehmen. Häufig bitten die Eltern die Sozialarbeiter_innen, ihre Kinder zu behalten und „etwas aus ihnen zu machen.“

Da niemand da ist, der ihnen im Herkunftsland eine Erziehung bieten kann, ist eine Integration in soziale Strukturen theoretisch nur mit Unterstützung lokaler Vereine denkbar. Da diese selten sind

¹⁷ Interview mit Guy Aeckerlé, 4.10.2021.

und über wenig Mittel verfügen, stellt sich dies aber meistens als aussichtslos dar (Carrega 2013). (siehe Kapitel 3.2.2)

Die hier vorgestellten Daten von Péraldi et al. (2013) wurden in den 1990er Jahren bis etwa 2010 erhoben und sind somit möglicherweise in Teilen nicht mehr aktuell. Jedoch: Mit zunehmender Verschärfung des europäischen Grenzregimes, insbesondere der Hochrüstung der Grenzdispositive in den spanischen Exklaven Ceuta und Melilla sowie in der Straße von Gibraltar dürften sich diese Verhältnisse insofern verändert haben, als mit der Verlängerung der Migrationsrouten etwa über Lampedusa (Reckinger 2013) diese Vor- und Rückbewegungen schwieriger geworden sind. Es muss davon ausgegangen werden, dass die Prekarität und die Vulnerabilität der Betroffenen seither nur zugenommen hat.¹⁸

In einer tiefer gehenden empirischen Studie wäre dies mit Fokussierung auf die betroffene Population in Luxemburg zu untersuchen. Dabei wäre die von Medien und Staatsanwaltschaft verbreitete Hypothese zu untersuchen, ob aufgrund der administrativen Dualität, die mit dem Begriffspaar *Victims versus Villians* (siehe Kapitel 2.3.1 zusammengefasst werden kann, und die eine Legalisierung einer Migrationsbewegung nach Europa inzwischen weitgehend nur noch dann möglich macht, wenn die Person der Kategorie *Victim* zugewiesen wird, möglicherweise mehr Jugendliche von erwachsenen Familienmitgliedern nach Europa geschickt werden als zuvor.

Die Möglichkeiten für Minderjährige, legal ohne erwachsene Begleitung insbesondere international zu reisen ist ohnehin beschränkt.¹⁹ Daher migrieren sie tendenziell irregulär und müssen sich für die Reise verschulden, womit ihr Risiko, ausgebeutet oder missbraucht zu werden steigt, insbesondere, wenn sie keine Papiere bekommen (Senovilla Hernández/Touzenis 2010, Mai 2010).

3.2.2 Zur Situation in den Herkunftsländern

Der eurozentrische Blick richtet sich in der Regel auf die Risiken, denen UMF während oder nach der Migration ausgesetzt sind – wobei postmigrantisch orientierte jüngere Arbeiten zu Recht darauf hinweisen, dass diese Kausalität und Linearität in der Bewegung von Menschen konstruiert ist, es also zumeist nicht den *einen* gesetzten Start- bzw. Endpunkt gibt, sondern vielmehr eine Dynamik von Vor-, Rück- und Seitwärtsbewegungen.

Dabei wird übersehen, dass Kinder und Jugendliche aus Entwicklungs- und Schwellenländern bereits schweren Risiken in ihren Herkunftskontexten ausgesetzt sind – auch wenn sie nicht migrieren. Je nach sozio-ökonomischem Hintergrund können diese Risiken unterschiedlich sein und sich auch in ihrer Ausprägung unterscheiden. Diese Risiken und die Fähigkeit der Familien,

¹⁸ Zur Kritik am Viktimisierungsparadigma, siehe Kapitel 3.2.3.

¹⁹ Einer der wenigen sicheren und teuersten Wege für Minderjährige, zu migrieren, ist, in den Pässen anderer legaler Migrant_innen als deren Kind verzeichnet zu sein (Vacchiano 2010).

sie zu beschützen, sind Teil des komplexen Prozesses, der bestimmt, welche Kinder migrieren, wie sie reisen, und welches Ausmaß an Unterstützung über verwandtschaftliche und andere Netzwerke sie dabei und in Europa erfahren. Um zu verstehen, ob und inwieweit Migration die Risiken für Kinder erhöht, reduziert oder verändert, muss das Kontrafaktische untersucht werden: die Risiken, denen die Kinder ausgesetzt sind, wenn sie nicht migrieren. Während Migration neue Risiken hervorbringen kann, können existierende Risiken im Herkunftskontext Migration generieren (Yaqub 2010).

In der Tat hat die Sichtweise, dass die Migrationsrisiken von Kindern sich überwiegend an den Ankunftsorten artikulieren die starke Vorannahme befördert, dass Kinder, die migrieren, immer Menschenhandel oder -schmuggel ausgesetzt oder Asylsuchende seien. Die Inbezugnahme von Daten aus den Herkunftsländern ergibt ein komplexeres Bild. Wenn sie gegen ihren Willen migrieren und in der Folge ausgebeutet werden, wurden sie möglicherweise Opfer von Menschenhandel. Wenn sie jedoch freiwillig migrieren, jedoch wenige Möglichkeiten dazu haben, nimmt die Wahrscheinlichkeit für unsichere Formen der Migration zu, die schwer von Menschenhandel und -schmuggel zu unterscheiden sind, wenn man nur die Ankunftsorte berücksichtigt (Yaqub 2010, siehe auch Kapitel 2.3.1).

Die Risiken können sich unterwegs verstärken. Auch gut geplante Migrationspläne können scheitern, die Kinder können unterwegs stranden (Liberti 2008, Gatti 2010), und ihre Situation in den Ankunftsländern kann für sie gefährlich sein, auch wenn die Familien Vorsorgemaßnahmen zu treffen versuchen – etwa indem sie sie zu Verwandten schicken. Kinder aus ärmeren, marginalisierten Herkunftskontexten haben weniger materielle und soziale Ressourcen für die Migration, was Reiseplanungen, Wohnmöglichkeiten und Betreuung am Ankunftsort und den Kontakt mit der zurück gebliebenen Familie in Frage stellen kann. Auch die Möglichkeit, bei Problemen zurück zu kehren, besteht oft nicht (Yaqub 2010).

Dass es nach wie vor nur wenige multi-lokale Migrationsforschung zu migrierenden Kindern gibt liegt daran, dass sie schwierig, zeitintensiv und kostspielig ist. Sie ist aber unabdingbar, um die räumlichen Verbindungen in Bezug auf den Schutz von Kindern zu verstehen. Denn auch während Akteur_innen, die mit migrierenden Kindern arbeiten, ein Bewusstsein für ihre unterschiedlichen Bedingungen und Realitäten haben, ist das Bemühen um ein Verständnis der Hintergründe für diese Unterschiede zu wenig ausgeprägt. Eine der bedeutendsten Konsequenzen daraus ist eine Überfokussierung auf die Bewegung als Grund für Gefährdungen, auf Kosten einer Analyse der darunterliegenden sozio-ökonomischen Benachteiligungen (Yaqub 2010).

In einer handlungsorientierten Perspektive fordert Yaqub neben Präventionsarbeit in den Ankunftsländern auch Interventionen in den Herkunftsländern mit dem Ziel, Kinder zu identifizieren, die potentiell migrieren könnten und die Familien und das Umfeld mit

Präventionsmaßnahmen zu stärken (Yaqub 2010). Auch Péraldi et al. (2013) sehen nur dann eine Chance bei Präventionsmaßnahmen, wenn dies über eine Zusammenarbeit mit lokal in den Herkunftskontexten bestehenden, gut implementierten Institutionen erfolgt, die jedoch oft fehlen (auch Antonelli 2013). Dies mag grundsätzlich sinnvoll sein, jedoch ist davor zu warnen, dass solche Kooperationen *nolens volens* Teil des verlängerten Arms des externalisierten europäischen Grenzregimes werden können (Reckinger 2018). In postkolonialer Perspektive ist die dabei drohende westliche Dominanz problematisch, die vor Ort nicht ganz zu Unrecht als bevormundend und unehrlich – weil letztlich vom Interesse geleitet, die Menschen von Europa fernzuhalten – empfunden werden kann. Darüber hinaus besteht Grund zum Zweifel an der durchgängigen Machbarkeit, wenn die Kinder gerade vor familiären Gewaltverhältnissen fliehen oder bereits lange Vorgeschichten unabhängigen Lebens etwa auf der Straße aufweisen.

Yaqub (2010) zeigt verdienstvoll auf, dass soziale Ungleichheiten zwischen migrierenden Kindern und Jugendlichen besser in den Blick genommen werden sollten, weil Klassenphänomene zu einer Verstärkung der Risiken führen. Problematisch bleibt aber seine unhinterfragte Reproduktion des Dualismus Herkunftsland versus Ankunftsland, der sich empirisch kaum halten lässt (Péraldi 2013, siehe auch Reckinger 2013, Reckinger 2018, Chase 2020).

Was aus postkolonialer Perspektive und hegemoniekritischer Perspektive darüber hinaus in den Blick genommen werden muss, sind die Auswirkungen der imperialen Lebensweise (Brand/Wissen 2017) der westlichen Länder auf die Länder des globalen Südens, aber auch die (neo)kolonialen Kontinuitäten, die nicht nur zu verringerten Perspektiven für einen Großteil der dortigen Bevölkerung führen, sondern eine Verfestigung benachteiligter Verhältnisse implizieren und die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort hemmen oder im Falle der Länder der CFA-Franc-Zone sogar torpedieren (Pigeaud/Sylla 2018, Dembele/Cardoso 2015, Nubukpo et al. 2016).

3.2.3 UMF im Spannungsfeld zwischen Migrationspolitiken und Kinderschutz

Die UMF befinden sich am Kreuzungspunkt und im Spannungsfeld zwischen restriktiven Migrationspolitiken bzw. Migrationsrecht und Politiken des Kinderschutzes. Dieses juristische Spannungsfeld, das sich im zugewiesenen Grad der Verantwortung oder der Verwundbarkeit artikuliert, muss in direktem Zusammenhang gesehen werden zu den Vorstellungen, die über die Zielgruppe existieren: schützenswerte Minderjährige versus zurückzudrängende irreguläre Migrant_innen (Thomas 2021). In der Tat scheint seit einigen Jahren die Kinderrechtskonvention von 1989 nicht mehr maßgeblich für die Aufnahme von minderjährigen Migrant_innen zu sein, wonach Nationalität, Herkunft und Meldestatus keine Rolle zu spielen haben. Vielmehr hat sich zunehmend der Mythos „falscher“ Minderjähriger durchgesetzt, die das System ausnutzen wollten

oder die aufgrund ihrer migrantischen Laufbahn ausreichend reif seien, um sich selbst durchzuschlagen (Masson-Diez/Gerbier-Aublanc 2021):

„La frontière ténue entre enfance en danger et contrôle migratoire, et les glissements récurrents entre ces deux pôles juridiques soulignent combien ces jeunes restent pensés comme des étrangers avant d’être considérés comme des enfants à protéger.“ (Masson-Diez/Gerbier-Aublanc 2021, 10)

Es sind zwei stereotype, entgegengesetzte Figuren, die hier diskursiv konstruiert werden: Einerseits der Minderjährige als Bedrohung der öffentlichen Ordnung, ein umherziehender Abenteurer²⁰, ein gefährlicher „Illegaler“. Andererseits der Minderjährige als hilfloses Opfer, ein passives Subjekt, ein Objekt der Praxen und Diskurse anderer (Vacchiano 2010, auch Haverkamp 2017).

Dieser Widerspruch zwischen den europäischen nationalen Rechtssprechungen in Bezug auf UMF und der mehr oder weniger repressiven Durchsetzung ihres Migrations-/und Asylrechts sowie der mehrdeutigen Interpretation internationaler und nationaler legaler Instrumente, die zum Schutz von Kindern und Jugendlichen geschaffen wurden, wird in der Literatur breit und seit langem kritisiert (u.a. Senovilla Hernández/Touzenis 2010, Lems/Oester/Strasser 2020, Sanchez 2021).

Die politische Gewalt (Masson-Diez/Gerbier-Aublanc 2021) und die institutionelle Gewalt (Senovilla Hernández 2021), die sich hier artikuliert, verstellt den Blick auf die zahlreichen, von Zwischentönen – Verwundbarkeiten und Traumata, aber auch Handlungsfähigkeit und Hoffnung – geprägten Zwischenräume, die die Realität zwischen diesen Polen ausmachen. Thomas et al. (2018) weisen darauf hin, dass sich die Wahrnehmung der UMF verändert,

„wenn wir aus der Perspektive des Alltagslebens auf die Jugendlichen schauen. Hier treten die Jugendlichen vor allem hinsichtlich der aktiven Bewältigung und Gestaltung der Herausforderungen einer eigenständigen Lebensführung in Erscheinung. Als Subjekte ihres Alltagslebens sind sie nicht länger der Situation von Flucht und Migration ausgeliefert.“ (Thomas et al. 2018, 32)

Nicola Mai dekonstruiert bereits 2010 das hegemoniale Viktimisierungsparadigma sowie das Menschenhandelsparadigma und fordert, die Existenz unterschiedlicher Grade von Handlungsfähigkeit jugendlicher Migrant_innen anzuerkennen. Seine empirischen Forschungen fokussieren auf die Komplexität der Bedürfnisse und Prioritäten der Jugendlichen (Mai 2010). Auch Griffiths (2015) räumt ein, dass Migrant_innen unter

²⁰ Hierbei handelt es sich um einen Topos, der bereits im 19. Jh. in Bezug auf umherziehende Gruppen von Jugendlichen aus der Unterschicht, den sogenannten *wandering tribes* in englischen Industriestädten auftauchte und insbesondere die Abweichung von der bürgerlichen Norm problematisierte (Lindner 2008) – und seither mit großer Regelmäßigkeit wiederkehrt, sei es in Bezug auf US-amerikanische Straßengangs in den 1920er Jahren, in Bezug auf Hippies, Punks etc.

„compounded vulnerabilities“ leiden. Jedoch würden Opferzuschreibungen (oder Kriminalitätszuschreibungen) die meisten Teenager und jungen Männer in dieser Situation nur unzureichend beschreiben: „Their lives are inevitably more complex than these models suggest(.)“ (Griffiths 2015, 479, siehe auch Lems/Oester/Strasser 2020) Vielmehr oszillieren – nicht nur die jugendlichen – Migrant_innen im Verlauf ihrer *trajectoires* zwischen Positionen als Akteur_innen und *agents*,²¹ zwischen Entscheidungsfreiheit und dem Sich-Unterwerfen unter äußere Zwänge, zwischen Individuum und Kollektiv (Thomas 2021).

Die aktuellen rechtlichen und soziologischen Kategorien, die zum Einsatz kommen, um die unabhängige Migration von Minderjährigen und jungen Erwachsenen zu verstehen und auf dem Gebiet Handlungen zu setzen versagen darin, das Phänomen in seiner ganzen Komplexität zu adressieren. Damit verstärken sie im Endeffekt die Ausgangslage sozialer und kultureller Verwundbarkeit der jungen Migrant_innen (Mai 2010).

Utas (2005, 408, zit. in Lems/Oester/Strasser 2020, 326) prägte in diesem Zusammenhang den Begriff „victimcy“, um die binäre Opposition zwischen *agency* und *victimhood* zusammen zu denken: “Victimcy is a particular form of self-representation ‘by which agency may be effectively exercised under trying, uncertain, and disempowering circumstances’.” (Lems/Oester/Strasser 2020, 326) Dabei gilt es also, die Autonomie der Jugendlichen nicht zu überhöhen: im bourdieuschen Sinn ist ein Kind, das Normproduktion hervorbringt *agent*.

3.2.4 Die schwierige und gewaltvolle Frage des Alters

Ein zentrales Problem europäischer Kategorien sozialer Interventionen mit Blick auf migrantische Jugendliche ist ihr Eurozentrismus:

„The condition of potential vulnerability characterizing migrant children and young people is exacerbated by the contrast between different cultural constructions of adolescence in relation to different socio-economic and cultural backgrounds. Whereas in the West adolescents are seen primarily as bearers of rights, in many other contexts (including the poor strata of EU societies) they are seen primarily as bearers of duties.” (Mai 2010, 76)

Es ist daher für die Sozialwissenschaften unabdingbar, die Notwendigkeit, die *best interests*²² der Kinder zu schützen, einer kritischen Untersuchung zu unterziehen. Denn einerseits hat das Prinzip des *best interest* bereits lange vor dem Auftreten der „Krisenfigur“ UMF in Europa zu starken Debatten zwischen der juristischen Forschung und Praktiker_innen geführt. Die Forscher_innen kritisierten die Art und Weise, wie zahlreiche Nationalstaaten dieses Prinzip ambivalent

²¹ Pierre Bourdieu begreift den agent als „un individu pris dans la pratique et immergé dans l'action, agissant par nécessité.“ (Bourdieu 1997b, 67)

²² Für eine Reflexion zur Problematik der deutschen Übersetzung „Kindeswohl“, siehe Liebel (2018).

interpretierten um damit strenge Maßnahmen gegen UMF zu rechtfertigen, während sie die eigene Wahrnehmung der Jugendlichen zu ihren *best interests* ignorierten (Lems/Oester/Strasser 2020, 319). Andererseits verlängern diese Schutzbemühungen oftmals historische Muster kolonialen Paternalismus, mittels dessen westliche Staaten moralisch unfähigen und infantilisierten Bevölkerungen des globalen Südens zu Hilfe eilen (Pupavac 2001, 103, zit. in Lems/Oester/Strasser 2020, 325).

Insbesondere die europäischen Vorstellungen von Alter/Minderjährigkeit/Volljährigkeit, die die Stoßrichtung der institutionellen Verwaltung und der juristischen und sozialarbeiterischen Adressierung der jugendlichen Migrant_innen vorgeben, erweisen sich als widersprüchlich und kontraproduktiv.

Die Teenager_innen haben oft alleine weite, belastende Reisen zurückgelegt und haben aufgrund dieser Reise, aber auch aufgrund der Bedingungen in ihren Herkunftskontexten und ihren Erfahrungen mit den europäischen Einwanderungssystemen einen Reifungsprozess durchgemacht, der insbesondere im Vergleich zu den ansässigen Gleichaltrigen kaum vorstellbar ist. Zugleich ist nach der Migration oftmals eine Regression zu beobachten, die aus dem Unbekannten und den Unsicherheiten des „Projekts“ erwächst (Reca zit. in Thomas 2021). Somit passen die jugendlichen Migrant_innen nicht in hegemoniale europäische Modelle von Kindheit als Phase von Unschuld und Zerbrechlichkeit. Auch wenn der Impetus, UMF als besonders verwundbar schützen zu wollen verständlich ist, muss darauf hingewiesen werden, dass die unkritische Reproduktion universeller Ideen von Kindheit, die dem Kinderrechts- bzw. Kinderrettungsdiskurs zugrunde liegen, nicht automatisch zu ihrem Wohl sind (Lems/Oester/Strasser 2020). Die Fixierung auf die biologischen Dimensionen der Kindheit verstellt den Blick darauf, dass die Art und Weise, wie Kindheiten gelebt werden können, vor allem eine soziale Frage ist.

UMF sind gefangen zwischen Kindsein und Erwachsensein, wobei ihr Alter – aber auch ihr Geschlecht – widersprüchliche und komplexe Implikationen für ihre wahrgenommene Verwundbarkeit und Handlungsfähigkeit hervorruft (Griffiths 2015).

Die konstruierte Trennlinie der Volljährigkeit und der damit einhergehende Verlust der spezifischen Kinderrechte gefährdet die längerfristige Stabilität und Sicherheit der Schutzbefohlenen. Von einem Tag auf den anderen wird aus einem legal aufhältigen Kind ein/e irreguläre/r Migrant_in, der/die potentiell abgeschoben werden kann. Die Betroffenen sehen sich dadurch oftmals gezwungen, die Institutionen und Programme zu verlassen bzw. ihre Schul- oder Ausbildung abzubrechen und unterzutauchen. Oft bedeutet das, auf der Straße zu leben. Paradoxerweise sind die Straße und die *errance* die einzigen sozialen Interaktionsräume, die ihnen erlauben, „to express their contradictory aspirations to a late modern lifestyle of fun and self-

realization (freedom) and the necessity to provide for their families at home (money).” (Mai 2010, 77) Sämtliche Integrationsleistungen werden damit unterminiert (Hammarberg 2010).

Das bedeutendste Paradoxon ist jedoch, dass in den meisten EU-Ländern migrantische Minderjährige und junge Erwachsene nicht arbeiten dürfen, um einerseits ihre Rechte als „Kinder“ zu wahren, und andererseits, weil sie als unrechtmäßig anwesend angesehen werden. Sobald sie 18 sind, werden sie als Erwachsene gelabelt.

„The most dramatic consequence of this situation is that in many cases European welfare systems, after having misread the needs of errant young people and having invested economically and socially in them according to a Eurocentric interpretation of these needs, do not capitalize on these investments; instead, they release into social marginality and irregularity young people who could make a positive economic and social contribution to the world they inhabit.” (Mai 2010, 77)

Der Leidensweg der Jugendlichen hört mit ihrem 18. Geburtstag also nicht auf – im Gegenteil. Der Tag erneuert die Unsicherheit ihrer Regularisierung: „[P]our nombre d’entre eux, grandir revient donc à (re)devenir hors la loi.“ (Masson-Diez/Gerbier-Aublanc 2021, 11)

In Luxemburg besteht diesbezüglich inzwischen eine paradoxe Situation. Es wurde erreicht, dass Jugendliche, die in Ausbildung sind, während der Ausbildung nicht mehr abgeschoben werden. Dies gilt jedoch nicht für die Schulbildung, so dass manche UMF, die gute und vielversprechende schulische Laufbahnen begonnen haben, diese zugunsten einer Ausbildung unterbrechen, nur um nicht abgeschoben zu werden. (Interview mit einer Mitarbeiterin eines Luxemburger Vereins im Bereich Asylwesen, 10.9.2021)

Paté (2021) zeigt mit ihrer empirischen Forschung in Frankreich auf, dass der Evaluationsrahmen, innerhalb dessen Altersdeterminierungen vorgenommen werden, stark von stereotypierten und essentialisierenden Vorstellungen geprägt ist, die sich stark auf das Ergebnis auswirken können. Problematisch daran ist, dass diese Vorstellungen ihre Wirkmächtigkeit als implizite Kategorien entwickeln. Damit geht eine Moralisierung der Altersbestimmung einher: der/die Jugendliche muss sich als leicht integrierbar „et donc méritant“ (Paté 2021, 42, in Bezugnahme auf Castel 1995) präsentieren. Die (angenommene) Nationalität und das Ausmaß des schulischen Kapitals erweisen sich dabei als wichtige Determinanten. Vor allem letzteres ist wirkmächtig bei der Altersdeterminierung: je mehr Beschulung glaubhaft gemacht werden kann, desto kohärenter glauben die Evaluator_innen, eine Zugehörigkeit zu einer bestimmten Alterskohorte bestimmen zu können, was im Umkehrschluss bedeutet, dass wenig Beschulung häufig zu einer Zurückweisung führt, ebenso wie Jugendliche, die eine Koranschule besucht haben häufiger als falsch Minderjährige eingeordnet werden. Insgesamt spielt die „légitimité narrative“ (Paté 2021, 44) eine große Rolle für die „impression d’authenticité ressentie par l’évaluateur“ (Paté 2021, 45).

Wenn der/die Jugendliche also eine Kohärenz im Bild seiner/ihrer Selbst aufrecht erhalten kann, wird er/sie als ehrlich und glaubwürdig bewertet; andernfalls nehmen Anschuldigungen die Überhand. Dabei sind Begriffe wie „spontan“, „natürlich“, „ungeschminkt“, „unvorbereitet“ Ideale, nach denen bemessen wird. Solche Kriterien setzen freilich voraus, dass das Französischniveau der Kandidat_innen relativ gut sein muss. Sind sie es nicht, stehen die Chancen schlecht, zumal der Rückgriff auf (meist Laien-)Dolmetscher_innen oft unter Missachtung spezifischer sozialer Dominanzfaktoren oder der sozialen Einordnung von Brückensprachen erfolgt. Paté weist überzeugend nach, dass implizit gesetzte bürgerliche Normen determinierend sind für den Erfolg: Freundlichkeit, eine „gute“ Körperhaltung einnehmen, nicht laut werden, die Autorität anerkennen und respektieren, guten Willen bei der Beantwortung der Fragen demonstrieren etc. Was dabei wie naturgegebene Kompetenzen dargestellt wird,

„est une idéologie qui ne fait que dissimuler les inégalités sociales et les inégalités d'accès à une scolarité dans le pays d'origine qui deviennent, dans le pays d'accueil, un critère de sélection sociale. Par conséquent, à l'image de l'école selon Bourdieu, le dispositif d'évaluation participe à la légitimation de la reproduction sociale.“ (Paté 2021, 46)

Wenn diese Kriterien auch neutral erscheinen, haben sie einen nachteiligen Effekt für einige minorisierte Gruppen wie etwa jene, die aus den dominiertesten sozialen Klassen stammen, was zu einer „situation d'inégalités cumulatives“ (Paté 2021, 46) führt. Paté beruft sich auf Serge Paugam, wenn sie herausstellt: „[L]es catégories et définitions utilisées au sein des services d'aide sociale produisent la „fragilité“ des populations qu'ils sont supposés d'assister.“ (Paté 2021, 46) Im Ergebnis zeigt sich :

„bien que nous vivions dans un Etat dans lequel le racisme est socialement condamné et dans lequel l'idéologie méritocratique est encore vivace, la discrimination directe et indirecte existe toujours, sous des formes dissimulées, voilées.“ (Paté 2021, 46)

Gerade auch die Vernachlässigung häufig vorliegender Gedächtnisstörungen und anderer psychisch-traumatischer Effekte insbesondere im Asylverfahren – man könnte ergänzen, und in Straf- bzw. Gerichtsverfahren – kann zu Fehlurteilen aufgrund unterstellter Unglaubwürdigkeit führen, die inkompatibel mit den Gewalt- und in Teilen Foltererfahrungen der Betroffenen ist (Cote 2021).

Dabei müsste eine intellektuell informierte Verwaltung auch dann, wenn sich nicht alle von Betroffenen berichteten Ereignisse genau so zugetragen haben sollten wie berichtet, diese als Gleichnisse lesen, die ernst zu nehmen sind, weil sie Aufschluss geben über die Unsagbarkeiten eines beschädigten Lebens und die multiplen Traumatisierungen und Gewaltausbrüche, denen die Menschen ausgesetzt waren. Und zwar gerade auch in Europa (siehe Kapitel 6).

In Zusammenspiel mit oftmals überforderten, nicht neutralen oder sprachlich/kulturell unpassenden (Laien-)Dolmetscher_innen²³ verstärken sich spezifische Schamgefühle und Verwundbarkeiten bei den Jugendlichen in einem Verfahren, das auf Verdächtigungen basiert und das darauf abzielt, Lügen zu entlarven, während doch tatsächlich in dieser Prozedur niemals alles wird bewiesen werden können: „[L]es tortionnaires ne laissent pas de certificat... [.]“ (Cote 2021, 83)

Für Cote (2021) bedeutet einer Person, die Verfolgungen erlebt hat die Aufnahme, eine medizinische und psychologische Unterstützung oder Asyl zu verweigern, seine Erlebnisse zu negieren, und mehr noch:

„[C]’est donner raison aux tortionnaires qui ont voulu le faire taire, c’est une manière de faire prolonger l’impunité dont les MNA ont été victimes. Mais c’est surtout raviver ses traumatismes, c’est-à-dire une forme de cruauté. Pour finir au fond, de les mettre au ban de la société.“ (Cote 2021, 83, siehe auch Bigo 2007)

Auch Griffiths weist auf die unausweichlich subjektiven Bewertungen von Vertrauenswürdigkeit hin, die auf kulturspezifischen *common sense* Bewertungen basieren und durch Geschlecht, Ethnizität, Auftreten, Strafregister und administrative Kategorisierung des Bewerbers/der Bewerberin verzerrt werden. Sie unterstreicht mit Blick auf männliche Asylwerber, dass ihre negative Stereotypisierung als Abenteurer, Lügner oder illegale Kriminelle nicht nur ihre Identitäten reduziert, sondern signifikanten Einfluss auf die Entscheidungen in ihrem Asylverfahren nehmen kann (Griffiths 2015).

Diejenigen, die Schutz bekommen, dürfen, wie oben geschrieben, in der Regel bis zu ihrem 18. Lebensjahr nicht in den regulären Arbeitsmarkt eintreten, was sie starken sozialen Exklusionsprozessen aussetzt und ihr Risiko erhöht, ihr ökonomisches Überleben durch Drogenschmuggel, Diebstahl oder Sexarbeit²⁴ zu sichern. Hinzu kommt, dass ihnen oft das kulturelle Kapital und die Lebenserfahrung fehlt, um die komplexen Widersprüche der westlichen kapitalistischen Gesellschaften zu verstehen, was zu einem hochgradig utopischen Migrationsprojekt mit einer Idealisierung des Westens als Ort, an dem alles möglich sei, führen kann. Die starken Gefühle der Enttäuschung, die entstehen, wenn sie scheitern, kann eine Hinwendung zu Sexarbeit, Diebstahl oder Drogenschmuggel als einzigen Weg, ihre utopischen Vorstellungen noch zu realisieren, begünstigen (Mai 2010).

²³ Zur Problematik des Dolmetschens im Kontext von Flucht und Migration, siehe Treiber/Kazzazi 2021, darin insbesondere Reckinger 2021b.

²⁴ Sozialwissenschaftliche Forschungsergebnisse zeigen eine verbreitete Präsenz von Minderjährigen in der Sexarbeit in Europa. In diesem Bereich wird ihre *agency* von Regierungsprogrammen weitgehend negiert. Empirische Forschungen zeigen hingegen, dass das Verkaufen von Sex für junge Männer oftmals einen Ort sozialer Interaktion eröffnet, in dem sie sich wertgeschätzt und von begehrt fühlen können, im Gegensatz zu sozialen Settings, in denen sie abgewertet und als unerwünscht adressiert werden (Mai 2010).

Die politischen Kategorien der Klassifizierung sind unterkomplex und reduktionistisch. 8-jährige und 16-jährige Minderjährige haben unterschiedliche Bedürfnisse. Die Politiken der Infantilisierung unterschätzen die Handlungsfähigkeit der Jugendlichen. Dieser Effekt verstärkt sich, wenn die adressierten Jugendlichen aus Ländern kommen, die sich in dramatischen sozio-ökonomischen und kulturellen Veränderungsprozessen befinden, weil hier eine Tendenz früherer Erwachsenwerdung als in europäischen Kontexten zu beobachten ist (Mai 2010, auch Péraldi 2013).

Zu versuchen, diese Zusammenhänge zu verstehen könnte zur Entwicklung zielgenauerer und ausgewogenerer Politiken führen, mit dem Ziel, Kinder besser vor den Risiken der Migration zu schützen, während ihre Teilhabe, ihre Handlungsfähigkeit und ihre Resilienz berücksichtigt würde. Dabei ist es zentral, die Variabilität der Risiken durch den physischen Raum, v.a. aber über die sozio-ökonomischen Felder zu verstehen (Yaquib 2010):

„Marginalized young and minor migrants would have the best chances of seeing their best interests guaranteed if they had access to an integrated and flexible system of initiatives and projects able to respond to the complexity of their needs and desires on a ‘case-by-case’ basis, rather than having to cope with ‘one for all’, infantilizing and under-resourced solutions.”
(Mai 2010, 86-87)

Es ist zentral, neben den Verwundbarkeiten auch die Potentiale zu erkennen, darunter etwa, wie man das Selbstbild der Jugendlichen als künftige Erwachsene fördern kann, wenn sie sich nicht in ihre familiären Bindungen einschreiben können, die sie aufgrund des restriktiven Aufnahmeregimes häufig verschweigen müssen. Dabei kann das Anerkennen der Autonomie der Jugendlichen und ihrer Kompetenzen durchaus das professionelle Selbstverständnis der Professionellen erschüttern, die mit ihnen zu tun haben (Thomas 2021).

3.2.5 Ausblick: Luxemburg

Insgesamt sind die betroffenen Jugendlichen einem *continuum of violence* ausgesetzt. Tatsächlich haben zahlreiche Forschungen der letzten Jahre weltweit (insbesondere sexuelle und vergeschlechtlichte) Gewalt in Konflikt- und Fluchtsituationen untersucht. Dabei wurden die Erfahrungen von Gewalt zumeist als getrennt voneinander analysiert. Neuere Studien weisen darauf hin, dass die Gewalterfahrungen in Zusammenhang mit Konflikten, Flucht und Vertreibung vielmehr als Kontinuum gesehen werden müssen (Krause 2015). Dabei ist auch und insbesondere die in Europa erfahrene politische, institutionelle und prozedurale Gewalt zu berücksichtigen (auch Reckinger 2021), aber auch die jeweils spezifische, wenn auch determinierte Handlungsfähigkeit.

Nach derzeitigem empirischen Kenntnisstand des Autors, der überwiegend auf drei Expert_inneninterviews sowie drei verstehende Interviews gestützt ist, scheinen die hier vorgestellten Ergebnisse aus der Forschungsliteratur an mehreren Stellen Überschneidungen mit den Realitäten in Luxemburg aufzuweisen.

Eine detaillierte Aufarbeitung der empirischen Daten aus Luxemburg kann allerdings erst nach vertiefender Untersuchung und weiteren empirisch-ethnographischen Forschungen geleistet werden.

4 Kriminelle Jugendliche aus dem Ausland in Luxemburg: Zur medialen Konstruktion eines Problems

4.1 Gesellschaftliche Diskurse und die Medien

Gesellschaftlichen Diskursen wohnt enorme Macht inne, weil sie Realitäten konstruieren und festschreiben. Entsprechend dem soziologischen Thomas-Theorem, dass „real“ definierte Situationen auch reale Auswirkungen nach sich ziehen, werden sie gesellschaftlich produktiv und können einen starken Impact auf die Betroffenen haben (Reiners/Malli/Reckinger 2006).

Während die Diskurse medial befeuert werden, bleiben die Menschen, die Ziel der Skandalisierung sind, auffallend ausgeblendet. Sie kommen nicht zu Wort. Anstatt die Komplexität und Vielschichtigkeit der Biografien, Flugbahnen und sozialen Realitäten adäquat zu erheben und darzustellen, werden populistische Dualismen verfestigt und die Zeichnung der Welt in schwarz-weiß-Gegensätzen vorangetrieben, die in der Konsequenz eine differenzierte Auseinandersetzung sowohl in der Öffentlichkeit als auch im politischen und administrativen Feld zunehmend erschwert.

Die mediale Berichterstattung nicht nur in Luxemburg produziert und transportiert diese vielfältigen Diskurse bewusst und unbewusst mit. Durch ihre öffentliche Reichweite kommt den Medien jedoch eine besondere Rolle in der Konstruktion und Zuspitzung des Themas zu. Es gehört zum Wesen des Journalismus, dass vorwiegend dann berichtet wird, wenn „Probleme“ auftauchen (Reiners/Malli/Reckinger 2006). Die Gründe dafür werden meistens vor Ort gesucht und gefunden, auch wenn sie mitten im Zentrum des Staates liegen (Bourdieu 1997a). Eine reflexive Auseinandersetzung mit den strukturellen Entstehungsbedingungen der ausgemachten Problemlagen ist dann ebenso erschwert wie die Überprüfung, ob die Aufregung den Verhältnissen angemessen ist.

Es soll hier nicht darum gehen, die Medien pauschal zu kritisieren²⁵, zumal die Medienlandschaft in Luxemburg sich – wohl auch aufgrund der kurzen Wege und der engen Kontakte untereinander sowie privilegierten Zugängen zu Informationen und Schlüsselpersonen, aber auch aufgrund besserer materieller Bedingungen – zum Teil deutlich von den Realitäten des medialen Feldes in anderen Ländern unterscheidet. Vielmehr soll es darum gehen, sich zu vergegenwärtigen, dass das journalistische Feld – ebenso wie alle anderen sozialen Felder – bestimmten Regeln und Logiken

²⁵ Wir erleben ohnehin seit einigen Jahren global einen Rückzug einer steigenden Zahl von Menschen aus dem Konsum von Fernseh- und Zeitungsnachrichten, die ursächlich sind für die Empfänglichkeit von *Fake News* und der daraus resultierenden Radikalisierung. Dieser Rückzug steht durchaus auch in Zusammenhang mit der uns hier beschäftigenden Thematik einer angeblich gesteigerten Zahl von Gewaltdelikten jugendlicher migrantischer Straftäter_innen.

unterworfen ist²⁶ (Bourdieu 1998a), die auf die Art und Weise zurückwirken, wie berichtet wird (und worüber berichtet wird). Die Ökonomisierung auch dieses Feldes, die Unterwerfung unter die Regeln des Marktes ist dabei der Kern des Problems: die Jagd nach Scoops, der Kampf um Aufmerksamkeit, das Primat der Einschaltquoten und Klicks, aber auch die Konkurrenz innerhalb des Feldes und die extremen Gehalts- und Statusunterschiede zwischen etablierten und prekären Journalist_innen haben dazu geführt, dass in den Medien – oft aus Zeitmangel – eine aus disparaten Momentaufnahmen zusammengesetzte Repräsentation der Welt vermittelt wird (Bourdieu 1998a), die zum Teil wie in einem geschlossenen System zirkulieren. (...) Damit gelingt es vielfach nicht, die Ereignisse, über die berichtet wird, in den Kontext zu stellen, aus dem sie erwachsen. Das wiederum trägt dazu bei, dass Politiker_innen und andere Entscheidungsträger_innen ebenfalls darin bestärkt werden, sich auf kurzfristige Unternehmungen mit dem entsprechenden „Ankündigungseffekt“ zu konzentrieren, wie Pierre Bourdieu (1998a) schreibt. Viele engagierte, seriöse Journalist_innen leiden unter diesen Mechanismen und arbeiten sich an deren Widersprüchen ab. Sie tun sich jedoch schwer, denn proportional sind die lauten Stimmen überrepräsentiert (Reckinger 2014).

Der Schlagzeilenjournalismus, der sich ausgehend von Boulevardblättern und Gratiszeitungen längst in redaktionell seriös arbeitenden Medien ausgebreitet hat, findet sein radikalisiertes, weitgehend unkontrollierbares Pendant in den sozialen Medien. Hier zählen in Ermangelung von Redaktionen keinerlei journalistische Standards wie Quellenüberprüfung, Ausgewogenheit und faktenbasierte Streitkultur, sondern Emotion, Lautstärke, Wiederholung und Verstärkung – unterstützt durch maschinelle Algorithmen, die jeweils nur das auf den Bildschirm der Benutzer_innen spielen, das deren Meinung verstärkt und sie zugleich immer tiefer in ihre Echokammern und den einseitigen Konsum von Meinungsmache hineinzieht.

Das Bild, das so von der Welt vermittelt wird, spiegelt eine enthistorisierte und enthistorisierende, atomisierte und atomisierende Sichtweise. Die strukturelle Aufmerksamkeit für das Spektakuläre führt zur Zeichnung einer Welt voller Gewalt und Notstände, denen man allenfalls begegnen, auf die man nur reagieren kann. Die einzelnen Bürger_innen erscheinen darin überhaupt nicht mehr handlungsfähig, allenfalls „Profis“, Politiker_innen, wird Handlungsfähigkeit dann noch zugeschrieben. Der fatalistische Rückzug, der daraus resultiert, spielt wiederum den etablierten Mächten in die Hände (Bourdieu 1998a). Gerade auch im Hinblick auf das Schreckgespenst migrantischer Jugenddelinquenz lässt sich deutlich nachvollziehen, dass wirkmächtige politische Entscheidungen oftmals stärker über Meinungen und Bilder getroffen werden, als aufgrund einer umfassenden Sachkenntnis oder eines tieferen Verständnisses (Bourdieu 1998a, Reckinger 2014).

²⁶ Darüber hinaus sind sie Bürger_innen der Gesellschaft, aus der, in der, über die und für die sie schreiben. (Siehe Kapitel 2)

Fast immer, wenn über das Themenkonglomerat Kriminalität – Jugend – Migration gesprochen wird, wird gleichzeitig ein Krisendiskurs geführt (s.u.). Dabei geht es um eine Ökonomie der Aufmerksamkeit. Die Politiken in Europa sind inzwischen in beunruhigendem Ausmaß über diese medialen Konjunkturen gesteuert.

Es ist eine wichtige Strategie, diesem Alarmismus – dem Terror der Notstandsdiskurse – entgegenzutreten und einen anderen, langsamen, sorgfältigen Blick auf die verschiedenen Ebenen, aus denen die Realität zusammengesetzt ist zu werfen. Es ist die Aufgabe und das Potenzial der Sozial- und Geisteswissenschaften, diese Zusammenhänge zu dekonstruieren und, wie Bourdieu sagt, aufzuzeigen, dass dem Zirkulieren von Gedanken unterschwellig eine Zirkulation von Macht zugrunde liegt (Bourdieu 1998a).

Das sind freilich Bedingungen, die uns Wissenschaftler_innen die Möglichkeit, über unsere Arbeit in Massenmedien zu sprechen, oftmals skeptisch sehen lässt. Doch ich sehe eine der Aufgaben der reflexiven Sozial- und Kulturwissenschaften darin, an diesem gesellschaftspolitisch höchst relevanten Punkt die ihnen eigenen Instrumente der Analyse zur Verfügung zu stellen, um den gegenwärtigen Politiken scheinbarer Sachzwänge eine reflexive Perspektive entgegen zu setzen. Dies kann dazu beitragen, ein möglichst breites Verständnis für die Komplexität, Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit der sozialen Welt zu schaffen. Durch differenziertes Wissen über die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen (Ernst Bloch) wird jenen zerstörerischen Kräften die Grundlage entzogen, die sich die Komplexität unserer Gegenwart zunutze machen, um mit einfachen, schnellen Urteilen und Lösungen Ängste zu schüren (Reckinger 2014).

4.2 Minderjährige Unbegleitete in den Medien

Bei der Konstruktion des *imaginaire* einer „massiven Immigration von unbegleiteten Minderjährigen“ spielen die Medien aufgrund ihrer Reichweite eine maßgebliche Rolle, ebenso wie bei der Definitionsmacht darüber, mit welchem Blick eine Kategorie betrachtet wird. Indem unbegleitete minderjährige Flüchtlinge als besonders zahlreich und schwer zu fassen beschrieben werden, tragen die Medien zur Wahrnehmung ihrer Präsenz als öffentliches Problem bei. Auf diese Weise befördern sie Stigmatisierungsprozesse, die in einem Amalgam aus der Figur des/der jungen Migranten/in und des bedrohlichen Fremden kumulieren, die ihrerseits Stigmata und Ängste kombinieren (Créoff 2021).

Insbesondere seit 2015, als europaweit Bürger_innen ganz selbstverständlich die Aufnahme hunderttausender Geflüchteter (mit-)organisierten, waren es Journalist_innen und politische Kommentator_innen, die den kurzfristigen Zusammenbruch der lang etablierten europäischen Grenzabschottungsmaßnahmen als „Krise“ labelten. Dieses Narrativ suggerierte, dass die „Krise“

nicht die Flüchtenden betraf, die ihre Länder aufgrund von Gewalt, Krieg oder chronischer Unsicherheit verlassen mussten, sondern die europäischen Länder, die die Bewegung von Geflüchteten nicht länger abwehren konnte (Lems/Oester/Strasser 2020).

Im Zuge dieser Diskurse geriet die Figur des „Kinderflüchtlings“ ins Zentrum der Aufmerksamkeit (Lems/Oester/Strasser 2020). Kurzfristig änderte die Regenbogenpresse, die bis dahin eine wichtige Rolle in der Verschärfung des Anti-Einwanderungsdiskurses gespielt hatte, europaweit ihren Tonfall (McLaughlin 2017; Smith/Waite 2018, zit. in Lems/Oester/Strasser 2020, 316). Sie stellte die Minderjährigen als traumatisierte, hoch verwundbare und hilfsbedürftige Gruppe dar, als passive Opfer der Verbrechen einer Welt, die von verdorbenen Erwachsenen kontrolliert würde, gegen die sie mittels dringender sozialmedizinischer Intervention geschützt werden müssten (Lems/Oester/Strasser 2020). Die außergewöhnliche humanitäre Kategorie, die damit in den Diskursen auftauchte – die Figur des UMF als „reinstes“ Opfer der Flucht – stand in krassem Gegensatz zum (männlich imaginierten) erwachsenen Asylsuchenden, der als potentiell vom politischen und gesellschaftlichen Chaos seines Herkunftsländer kontaminiert gesehen wurde (Lems/Oester/Strasser 2020).

Innerhalb weniger Monate drehte die Stimmung ins extreme Gegenteil, indem sogenannte „imposter children“ (Silverman 2016 zit. in (Lems/Oester/Strasser 2020, 316) skandalisiert wurden, die ihr Alter und ihre Identität fälschen würden um Zugang zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen zu bekommen. Vermischt wurden diese Diskurse mit Narrativen über migrantische Jugendkriminalität und der Angst vor Horden junger männlicher Asylsuchender, die Europas moralische und soziale Ordnung bedrohen würden (Pruitt/Berents/Munro 2018, zit. in Lems/Oester/Strasser 2020, 316). Diese Narrative tauchten quer durch Europa zeitgleich und in ähnlicher Form auf. Obwohl diese simplistischen „Krisen-Narrative“ am stärksten in der Regenbogenpresse hervortraten, kann ihre Wirkmächtigkeit nicht ausschließlich auf das diskursive Feld der Medien reduziert werden (Lems/Oester/Strasser 2020).

Denn „Krisen“ entstehen und existieren nicht von sich allein, sondern werden in unterschiedlichen sozialen Sphären aktiv produziert – in Medien, Politik und Alltagsräumen (siehe Kapitel 2). Einmal als Krisen ausgerufen, entwickeln sie ihre eigene Zeit- und Erfahrungslogik und setzen ein selbstreferentielles Repertoire an Ängsten in Bewegung. Dieses wiederum zieht oftmals widersprüchliche Politiken und Praxen nach sich (Lems/Oester/Strasser 2020): “[T]he incessant talk about a ‘crisis’ enabled a movement from ‘crisis as the cause of forced migration to the construction of crisis as an effect of human mobility’.” (Carastathis et al. 2018, 5, zit. in Lems/Oester/Strasser 2020, 322) Diese Verdrehung hatte erhebliche politische Konsequenzen, weil es einerseits die Verantwortung den Geflüchteten zusprach, während andererseits das

Abschieberegime ausgeweitet wurde (De Genova/Garelli/Tazzioli 2018, 246, zit. in Lems/Oester/Strasser 2020, 322).

4.3 Der Beitrag der Luxemburger Medien zur aktuellen Aufregung um Migration/Jugend/Kriminalität

Die mediale Produktion in Luxemburg zur diskursiven Verschränkung von *Migration – Gewalt – Kriminalität – Stadtraum* in den letzten Monaten ist beachtlich. Dabei werden allerdings oftmals unterschiedliche Ebenen miteinander vermischt, die nicht unmittelbar miteinander zu tun haben, bzw. sie werden in falsch evidenter, additiver Art und Weise aufeinander bezogen.²⁷ Einige dieser Kategorien sind UMF, das Bahnhofsviertel, Prostitution, Drogen, Schlägereien, Überfälle, Jugend. Die Liste ließe sich fortsetzen. Dabei muss unterstrichen werden, dass die Art und Weise, was und wie berichtet wird, in Luxemburg einen anderen Impact auf gesellschaftliche Diskurse und auf politische Prozesse entwickelt als in anderen Ländern, weil hier einerseits eine viel weniger diversifizierte Medienlandschaft besteht als in größeren Ländern, und weil andererseits die Politik und die Verwaltung diese Medien relativ direkt rezipiert. Der Begriff der vierten Macht im Staat bekommt in Luxemburg also besonderes Gewicht.

Die folgenden Analysen sollen dabei natürlich keineswegs die Existenz von Straftaten leugnen oder das Leid der Opfer minimieren. Angesichts der Emotionalität der Diskussionen ist es jedoch notwendig, zu einer Rationalisierung der Debatte zu kommen.

Da die Medien die Mitteilungen über Straftaten regelmäßig von der Staatsanwaltschaft zugespielt bekommen, ist die Frage zu stellen, ob es seitens der Staatsanwaltschaft ein Interesse daran gibt, die öffentliche Meinung dahingehend zu beeinflussen, dass eine Zuspitzung des Problems bestünde. Solch eine Zuspitzung wurde jedoch insbesondere von polizeilicher Seite in den letzten Monaten mehrfach relativiert. In einer weiteren Studie wird daher im Detail der Frage nachzugehen sein, wer mit welchen Interessen welche Informationen an die Medien spielt, und warum in mehreren Medienhäusern offenbar eine große Bereitschaft besteht, dies auch zu Lasten einer differenzierten Berichterstattung zu tun.²⁸

In dieser Vorstudie können die jeweiligen Medienberichte nicht erschöpfend untersucht werden. Es wird daher nur auf einige emblematische Beiträge eingegangen, die das Feld kenntlich machen, auf dem die Debatten aktuell geführt werden.

²⁷ Dies ist im Übrigen nicht nur in Luxemburg so (siehe auch Kapitel 3.1.2).

²⁸ Auch die Rolle der Luxemburger Polizei, die in ihrer demographischen Zusammensetzung diverser ist als viele andere europäische Polizeikörper, wird in den Blick zu nehmen sein.

Auffallend ist, dass insbesondere RTL und das Luxemburger Wort sich des Themas angenommen zu haben scheinen. In Kurzmeldungen, Zeugenaufrufen, Leitartikeln und Kommentaren taucht das Thema mit verlässlicher Regelmäßigkeit auf.

Dass das Luxemburger Wort in der folgenden Analyse stark repräsentiert sein muss, hat mehrere Gründe. Erstens hat es die größte Reichweite. Zweitens hat es zum hier behandelten Themenfeld zahlreiche Beiträge publiziert und sich dabei z.T. politisch deutlich positioniert – wenn auch nicht immer allzu offensichtlich, so wie es dem lange geltenden Konsens der Luxemburger Medienlandschaft entspricht. Drittens jedoch versucht sich das Luxemburger Wort wie keine andere Tageszeitung Luxemburgs, als Qualitätsmedium von internationalem Format zu positionieren. Und viertens scheint das Thema Sicherheit im Luxemburger Wort auch als Möglichkeit gesehen zu werden, neue Leser_innen zu gewinnen.²⁹

Doch auch andere Medien wie die Woxx, der Lëtzeburger Journal oder das Tageblatt berichten regelmäßig, die Artikel fallen in der Regel jedoch differenzierter aus. So kommen etwa im Tageblatt-Artikel vom 8. Juni 2021 (Autor: Eric Hamus) unter einer zwar reißerischen Schlagzeile – „Jugendkriminalität /Nach Unisec-Vorfall: Verein fordert mehr Mittel für Prävention und Betreuung“ – auch differenziertere Positionen zu Wort:

„So soll in erster Linie die Frage erlaubt sein, ob die Jugendkriminalität tatsächlich ausufere oder nur eine Annahme sei, die auf populistischen Äußerungen vor allem in den sozialen Medien basiere. „Man sollte nämlich darauf achten, dass dramatische und stark mediatisierte Fälle – wie etwa der tödliche Messerangriff in Bonneweg im Januar – die Wirklichkeit nicht verschleiern“, heißt es weiter. Dies verhindere nämlich eine realistische Bestandsaufnahme des Problems.“ (Tageblatt, 8.6.2021)

Eine Durchsicht von Leser_innen-Kommentaren unter den jeweiligen Artikeln und Berichten auf den Online-Portalen Luxemburger Medien zeigt einerseits eine erhöhte Kommentierungsbereitschaft im Verhältnis zu anderen Artikeln und andererseits eine deutlich negative Einstellung der meisten Kommentierenden. Einige renommierte internationale Zeitungen haben diese Funktion mit differenzierten und überzeugenden Argumenten inzwischen eingestellt, beschränkt oder haben eigene Abteilungen gegründet, um zu moderieren, zu kommentieren, zu korrigieren und die Einhaltung minimaler Regeln durchzusetzen. In der Tat wirken solche Beiträge in mehrere Richtungen. Erstens be- und verstärken sie, ähnlich wie in sozialen Netzwerken, festgefahrene Meinungen und verhindern Reflexion und Reflexionsbereitschaft ebenso wie eine demokratische Diskussionskultur. Zweitens befördern sie undifferenzierte Meinungen, die mit den

²⁹ Am 11.10.2021 entdeckte der Autor an einer städtischen Bushaltestelle eine große Werbung für die Zeitung. Der Text „Die Themen. Die Fakten. Die Story. In Ihrem Wort“ erschien im Fettdruck vor dem Schwarz-Weiß gehaltenen Hintergrundfoto einer nächtlichen Aufnahme des städtischen Hauptbahnhofs, in dessen Vordergrund ein Polizeiauto vorbeifährt.

Aussagen des dazugehörigen Artikels oft wenig zu tun haben. Und drittens können sie Journalist_innen darin beeinflussen, wie sie über welche Themen schreiben.

Beispiel 1:

RTL berichtet nicht nur besonders schnell und häufig über allfällige, einschlägige Straftaten, sondern hat auch mehrfach Diskussionsrunden dazu organisiert. So wurde etwa am 10.9.2021 Polizeiminister Henri Kox in die Sendung „Dir hutt d’Wuert“ eingeladen. Während der Minister um Versachlichung der Debatte bemüht war, stellte der Moderator der Sendung, François Aulner, im Sendungsverlauf regelmäßig eingegangene Beiträge von Hörer_innen vor – und erzeugte mit der schieren Menge der redaktionell ausgewählten negativen Zuschriften eine virtuelle Mehrheit für restriktive Maßnahmen, die als legitimer Gegenpart zu den faktenbasierten legislativen Prozessen, datenschutzrechtlichen Erwägungen und anderen Argumenten des Ministers gesetzt wurden.³⁰

Das Problem, das hier hervortritt, ist verwandt mit dem Phänomen, das in den Medienwissenschaften als *false balance* analysiert wird. *False balance* entsteht, wenn Journalist_innen eine Behauptung nur aufgrund der Anzahl der Stimmen, die diese unterstützen, als berichtenswert erachten und nicht aufgrund ihrer inhaltlichen Qualität:

„If one position is supported by an abundance of evidence whilst another is entirely bereft of it, it is profoundly misguided to afford equal airtime and coverage to both positions.”
(Grimes 2019, 1)

In einer Zeit zunehmender Polarisierung ist journalistische Neutralität ein wichtiges Merkmal von Professionalität, um Leser_innen, Zuseher_innen und Zuhörer_innen mit unverzerrten und unbefangenen Informationen zu versorgen:

„In a hyper-partisan world, dedicated and balanced reporting is more vital than ever to cleave sound from fury, to help readers to make sense of conflicting narratives. But as laudable an aspiration as this is, overly rigid application can do more harm than good (...).” (Grimes 2019, 1&4)

Informiertes, faktenbasiertes Berichten ist der wichtigste Schutzschild gegen den Angriff von Unwahrheiten. Dabei kritisiert Grimes:

„There is still a fixation with sensationalism, and a fallacious idea that debate rather than discussion is the arbiter of truth. This is abject nonsense – too frequently, debate rewards

³⁰ Der Moderator verkündete live während der Sendung, dass 95 % der Zuschriften sich negativ zu dem Phänomen und den Plänen des Ministers äußern würden. Möglicherweise war die Formulierung umgangssprachlich gemeint – in dem Falle wäre nur die journalistische Ungenauigkeit zu kritisieren. Doch die statistisch klingende spontansozilogische Einordnung saß – zur davon ausgehenden Gefahr, siehe weiter unten.

those with the most devious rhetorical skills and the greatest propensity to lie.” (Grimes 2019, 4)

Beispiel 2:

Steve Remersch³¹ publizierte im Luxemburger Wort des 27. Juli 2021 einen ganzseitigen Artikel mit dem Titel: „Eskalation in Sekundenbruchteilen. Serie von Raubüberfällen in Luxemburg“. Darunter steht im Fettdruck: „Die jüngste Welle von gewaltsamen Diebstählen hinterlässt mitunter tiefe Spuren. Ein Fallbeispiel.“ Der Artikel ist in seiner Online-Version aufwändig gestaltet, mit animierten Fotos und kurzen Videosequenzen. Im Artikel wird ein gewaltsamer Überfall auf zwei junge Männer beschrieben – ohne explizit benannt zu werden, erscheinen sie den Leser_innen als Luxemburger, in jedem Fall als Identifikationsfiguren. Einer der beiden Männer wird schwer verletzt, zur Illustration wird eine medizinische Aufnahme seines Schädels abgebildet – eine drastische Vorgehensweise, die in der Regenbogenpresse erwartbar ist, in einem Qualitätsmedium aber fragwürdig erscheint. Der Autor beruft sich in der Schilderung des Vorgangs ausschließlich auf die Schilderungen der Opfer. Weder die andere Seite, noch eine polizeiliche, sozialarbeiterische oder Zeug_innenperspektive tauchen auf. Dennoch vermittelt der Text den Eindruck, als würde der Autor über detailliertes Wissen über die Täter_innen verfügen:

„Wenn sie auf Widerstand stoßen, dann werden sie äußerst aggressiv und es kommt mitunter völlig unvermittelt zu unwahrscheinlichen Gewaltexzessen: Die Brutalität jener Täterbanden, die derzeit auch in Luxemburg wegen der Diebstähle von Armbanduhren und Halsketten Schlagzeilen machen, wird zu einem schwerwiegenden Problem. (...) Neu ist das Phänomen nicht. Derartige Wellen gab es in anderen Hauptstädten. Die Täter sind zumeist junge Obdachlose nordafrikanischer Herkunft, undokumentiert, mittellos, oftmals in medizinisch desolatem Zustand. Sie bewegen sich durch Europa, bleiben eine Zeit an einem Ort, übernachten in leer stehenden Häusern und ziehen dann weiter. „En perdition totale“, erklärt ein Jugendschutzspezialist dem „Luxemburger Wort“. (...) Gewaltbereit und aggressiv sind sie auch gegenüber Polizisten. Und sie wissen das System auszuspielen. In drei Worten: Anwalt, Übersetzer und Schadenersatz. Auf Letzteren zielt immer häufiger werdendes, selbstverletzendes Verhalten in polizeilicher Obhut ab, heißt es. (...) Das Problem ist brandaktuell, das macht die Alltäglichkeit der Vorfälle unmissverständlich klar. Die Taten führen aber auch vor, wie sehr es an Lösungen fehlt.“ (Luxemburger Wort, 27.7.2021)

³¹ Die Informationsseite zur Person auf der Webseite des Luxemburger Wort gibt an, er habe sich als Journalist „auf Themenbereiche um Kriminalität, Polizei, Justiz, Strafvollzug und innere Sicherheit“ spezialisiert. [Zugriff 6.10.2021]

Auch hier geht es keinesfalls darum, die Gewalttat zu entschuldigen, zu rechtfertigen, oder das Leid der Opfer zu minimieren. Im Gegenteil: jedes Opfer ist eines zu viel, und ihr legitimes Leiden und ihre Wut mag sich über solche Artikel kanalisieren können. Aber eine Lösung der Problematiken kann auf diese Weise nicht erreicht werden.

Was ist nun an dieser journalistischen Darstellung problematisch?

1. Im Titel wird von einer Verbrechenstserie gesprochen, gleich darunter aber ein Fallbeispiel in Aussicht gestellt. Neben dem effekthascherischen Titel zieht sich diese Ambivalenz durch den ganzen Artikel. Anhand des Leidens zweier Opfer – wovon nur eines verletzt worden zu sein scheint – werden generalisierend Gewaltbereitschaft einer als nordafrikanisch gelabelten Tätergruppe bzw. eines Täterprofils als für Luxemburg zunehmend bedrohliches Problem dargestellt.
2. Dem identifikationsfähigen Antlitz des breit zu Wort kommenden Opfers, der mit dem (geänderten) Vornamen „Tom“ immer wieder zu Wort kommt, steht ein verallgemeinerndes „sie“ entgegen, ein sie, das in „Wellen“ auftauchen und beim geringsten Widerstand äußerst aggressiv würde, und damit Bilder marodierender Horden wachruft. Die Aura der Gefährlichkeit wird verstärkt durch die Anonymität eines „Jugendschutzspezialisten“, der die ins Visier genommene Zielgruppe pauschal als unrettbar darstellt. Insgesamt ist die Fokussierung auf ihre Bestialität bei gleichzeitig ausbleibenden Bemühungen, sie sichtbar zu machen geeignet, die Verdächtigen zu entmenslichen (siehe Kapitel 2.3.1 und 3.2.4). Dabei sollte die starke Bewertung des ominösen Experten – *en perdition totale* – hellhörig machen, deutet sie doch auf ein großes Problem hin, wie die fatalistische Formulierung nahelegt.
3. Der Artikel endet damit, dass es an Lösungen fehle. Die Leser_innen müssen die Konsequenzen aus dem Artikel selbst ziehen. Aufgrund der Drastik und der verwendeten Kontrastierungs- und Montagetechnik drängt sich der Ruf nach noch mehr *Law and Order* auf. Der eigene Beitrag des Autors zur Emotionalisierung und zur Eskalation der Debatte bleibt dabei gänzlich unreflektiert.

„Fairness und Rechtsstaatlichkeit des Strafverfahrens werden in der Medienöffentlichkeit mehr und mehr als Untätigkeit oder Unfähigkeit der Justiz im Umgang mit „gefährlichen“ Tätern interpretiert. Dies hat auch Auswirkungen (...) auf die Kriminalpolitik, in der der Ruf nach „Härte und Nulltoleranz“ wieder Konjunktur hat.“ (Hunecke 2011, 91) Gerade Boulevardmedien wollen sich mit ihrer Rolle als vierte Gewalt im Staat nicht mehr zufrieden geben und schicken sich an, vermehrt auch Aufgaben der zweiten und dritten Gewalt für sich zu übernehmen: „Wenn die Polizei nicht öffentlich nach einem Verdächtigen fahndet, fahndet *Bild*. Wenn von Gerichten kein schnelles Urteil zu erwarten ist, richtet *Bild*.“ (Schönauer/Tschermak 2021, 153) Auch Loïc

Wacquant (2010) diagnostiziert – empirisch stets mit Blick auf die USA, aber auch auf das dem Großherzogtum Luxemburg sozial, politisch und kulturell näher stehende Frankreich – seit den 1980er Jahren eine zunehmende Theatralisierung der Strafe, die vom Staat zu den Massenmedien migriert ist. Für das gesellschaftliche Klima und den Erhalt der Demokratie ist das so geschürte Misstrauen gegen die Justiz „in hohem Maße schädlich.“ (Hoven 2018, 286) Westeuropäische Justizsysteme können im Hinblick auf „die Wahrung rechtsstaatlicher Verfahrensvorgaben und die Unbestechlichkeit seiner Akteur_innen im internationalen Vergleich als vorbildlich angesehen werden.“ (Hoven 2018, 286) Dennoch wirken vermeintlich zu milde Gerichtsurteile „auf die Bevölkerung stärker als es die beteiligten Richter vielleicht vermuten.“ (Hoven 2018, 286) Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie das Vertrauen der Menschen in Staat und Politik ist es daher „von erheblicher Bedeutung, einer mangelnden Akzeptanz strafgerichtlicher Urteile entgegenzuwirken. (Schönauer/Tschermak 2021, 158)

Beispiel 3:

Auch am 22.9.2021 erscheinen im Luxemburger Wort zwei Artikel: „Ein neuer Plan für mehr Polizeipräsenz“ und „Eine sachliche Debatte ist kaum mehr möglich“, beide aus der Feder von David Thinnes. Der Journalist kritisiert in seinem Bericht über eine Aussprache im städtischen Gemeinderat zwar, dass die privaten Sicherheitsdienste, die zuletzt wegen eines außer Kontrolle geratenen Schutzhundes in der Kritik standen, „in dem politischen Spiel um die Angst der Bürger nur ein Mittel zum Zweck sind.“ (Luxemburger Wort, 22.9.2021) Er stellt dem seit neun Monaten im Bahnhofsviertel aktiven Mediationsdienst A vos côtés ein gutes Zeugnis aus und steht einer Aufstockung dieses Dienstes positiv gegenüber. Dennoch schleichen sich in die beiden Artikel auch unreflektierte, dramatisierende Formulierungen ein, wenn etwa die Lage des Büros von A vos côtés in der rue de Strasbourg als „mittendrin zwischen Drogenhandel, -kriminalität und Prostitution“ (Luxemburger Wort, 22.9.2021) beschrieben wird.

Der Titel des zweiten Artikels jedoch diagnostiziert bzw. insinuiert, dass eine sachliche Problembearbeitung zunehmend unmöglich würde. Die Gemeinderätin Héloïse Bock (DP) wird als „Einwohnerin des Hauptstadtviertels“ vorgestellt, die der Opposition vorwerfe, das Thema erst jetzt entdeckt zu haben. Der Journalist zitiert sie: „Die Bürger haben Angst. Und man muss aufhören, die Sorgen dieser Menschen zu minimieren. Das ist sehr schlimm und respektlos gegenüber diesen Personen.“ (Luxemburger Wort, 22.9.2021) Das Autoritätsargument, das hier ins Feld geführt wird, indem an die Menschlichkeit appelliert und um Sensibilität gegenüber und Verständnis für „diese Menschen“ geworben wird, ist problematisch, weil es die bei der Diskussion Anwesenden, bzw. in der Folge die Zeitungsleser_innen dazu aufgefordert, die Innensicht einer der beteiligten Konfliktparteien zu übernehmen. Dabei fällt unter den Tisch, dass die Leser_innen

mit der gleichen Berechtigung auch dazu aufgefordert werden könnten, sich in jemanden hineinzufühlen, der/die die Nacht in einem Hauseingang verbringen muss. Zur hier anklingenden Problematik der Viktimisierung der Mehrheitsgesellschaft s.u. und Kapitel 3.2.3.

Beispiel 4:

In der Online-Ausgabe des Luxemburger Wort erscheint regelmäßig die Rubrik "Frage des Tages". Sie lädt die Leser_innen dazu ein, mit einem Klick auf eine von drei von der Redaktion vorgegebenen Antworten zu einer tagesaktuellen Frage Stellung zu nehmen. Das Angebot wird gut angenommen. Womöglich geschaffen, um der Konkurrenz interaktiverer und spielerischer Formen der Aufbereitung von Nachrichten und anderen journalistischen Inhalten auf anderen Seiten (Boulevardblätter, Soziale Netzwerke) etwas entgegen zu setzen und User_innen länger auf der eigenen Webseite zu halten, stellen solche Abstimmungen mit vorgegebenen, oftmals wohl bewusst flapsig-"volksnah" daherkommenden Antwortvorschlägen in Zeiten von *Fake News* und „alternativen Fakten“ jedoch ein erhebliches demokratiepolitisches Problem dar.

Die Einladung, mit einem schnellen Klick zu einem in der Regel kaum relevanten statistischen Ergebnis beizutragen bestärkt möglicherweise auch die Leser_innenschaft darin, bestimmte populistische, einseitige Sichtweisen oder Stammtischparolen weiterzutragen oder eben als einen gleichberechtigten weiteren Beitrag zum demokratischen Diskurs zu begreifen, was sie in aller Regel nicht sind.³²

Besonders bedenklich ist diese Art der Befragung freilich in komplexen, gesellschaftspolitisch bedeutenden Bereichen wie etwa dem weiten Feld der Fluchtmigration.

³² Anhand eines thematisch außerhalb des Fokus dieser Studie liegenden Beispiels vom 6. November 2019 lässt sich die Fragwürdigkeit der Rubrik mit besonderer Deutlichkeit illustrieren. Die Frage damals lautete:

„Eine neue Studie offenbart besondere Gefahrenstellen in Luxemburgs Straßennetz. Welche Konsequenzen sollte (sic!) Ihrer Meinung nach daraus gezogen werden?

a. Die Polizei sollte an diesen Stellen öfters Kontrollen durchführen.

b. Die gefährlichen Stellen sollten mit technischen Mitteln "entschärft" werden.

c. Keine. Unfälle wird es immer geben wer glaubt denn schon an Studien?“ (sic!)

Abgesehen von einem Schreibfehler in der Frage und einem Interpunktionsfehler in der letzten Antwort verdeutlicht dieses Angebot an Antworten die strukturelle Problematik der Rubrik.

Jeden Tag gibt es mindestens eine Antwortmöglichkeit, die anbietet, eine stumpfsinnige, unreflektierte "Ich bin dagegen, weil ich immer gegen alles bin"-Position zu beziehen. Dabei kann die Rubrik nicht den Anspruch erfüllen – und vermutlich will sie es auch nicht –, eine Meinungsumfrage nach fachlich korrekten Kriterien zu generieren.

Bei der Umfrage des 6.11.2019 jedoch ist die letzte Option schlichtweg gefährlich. Eine Zeitung mit Seriositäts- und Qualitätsanspruch, die der objektiven Wahrheitsfindung verpflichtet ist und um ihre demokratische Kontrollfunktion weiß, schlägt ihrer Leser_innenschaft eine Antwort vor, die die Relevanz wissenschaftlicher Arbeit pauschal in Zweifel zieht, indem sie suggeriert, Studien seien Meinungen, vielleicht sogar gegen den gesunden Alltagsverstand gerichtet.

Es entspricht einem Grundprinzip wissenschaftlicher Arbeit in allen Disziplinen, dass es jeweils aufbauend auf Vorgängerstudien stets aktuellere Forschungen geben muss, um ein Problem adäquat zu beschreiben, zu durchdringen und/oder zu verstehen. Das bedeutet nicht, dass die Ergebnisse der Vorgängerstudien falsch sind. Wissenschaftliche Erkenntnis kann und will immer nur vorläufig sein. Oftmals ergeben sich ohnehin nur in Details divergierende Befunde aus unterschiedlicher Methodologie, anders formulierten Fragestellungen, oder z.B. auch aus einer anderen Datenlage, auf die zu dem Zeitpunkt zurückgegriffen werden kann, etc.

Am 28.9. 2021 lädt das Luxemburger Wort unter der Überschrift „Mehr Polizeipräsenz an Brennpunkten“ seine Leser_innen dazu ein, aus drei Antworten zu vom Minister für innere Sicherheit geplanten kurz- und langfristigen Erhöhung der Polizeipräsenz zu wählen.³³ Bemerkenswert daran ist zuvorderst, dass die nun von der Politik getroffene Entscheidung zu dieser Maßnahme just von diesem und anderen Medien über monatelanges Stimmung-Machen gefordert wurde – was natürlich nicht thematisiert wird. Die möglichen Antworten sind in diesem Sinne aufschlussreich:

„Der Minister für innere Sicherheit will die Polizeipräsenz an Brennpunkten erhöhen – kurzfristig, aber auch langfristig. Was denken Sie?

1. Super. Endlich.
2. Gute Idee. Aber solange es den Personalmangel bei der Polizei gibt, ist das nur Symbolpolitik.
3. „Präsenz erhöhen“ – und dann? Das reicht alleine nicht aus...

Eine nicht auf Repression bzw. auf *Law and Order* setzende Haltung einzunehmen wird gar nicht ermöglicht. Dabei geht es weniger darum, dass diese Gruppe ihre Stimme nicht hörbar machen kann, als darum, dass den anderen Leser_innen vermittelt wird, dass der gesunde Menschenverstand – der mit Bourdieu gedacht der Meister des Verkennens ist – sich nur noch über Detailfragen, wie sie in den drei Antworten aufgeworfen werden, zu verständigen bräuchte. Dass diese brandgefährliche populistische Lobbyarbeit Früchte trägt, zeigt nicht zuletzt das Abstimmungsergebnis. Antwort 1 findet 24%, Antwort 2 findet 36 %, und die gefährlichste, weil suggestiv-manipulative Antwort 3 findet 38% Zustimmung. Der demokratiepolitische Schaden dürfte nicht nur aufgrund der Tatsache, dass nicht jede/r, der/die diese Rubrik liest, auch abstimmt, darüber hinausgehen.

Es ist daher zu fragen, ob es sich die Presse gerade in der Gegenwart leisten kann, ihre journalistischen Werte und Deontologie sowie ihre freiheitlich-liberale Haltung zugunsten eines populistischen, ignoranten Zeitgeistes zu verwässern. Es sind diese Echoräume, die ein Gefühl von geteilter Sicht auf die Welt erschaffen, die dadurch mehrheitsfähig zu sein scheint.

Beispiel 5 und 6:

Dem gegenüber stehen Artikel etwa im Tageblatt und – mit großer Regelmäßigkeit – im Lëtzeburger Land, die dieser Aufgeregtheit differenzierte Analysen entgegen stellen.

So kritisiert Chris Schleimer am 10.9.2021 im Tageblatt unter dem Titel „Politischer Mut statt populistischer Diskurse“ die *Law and Order* Politik und fordert bei Anerkennung eines nicht näher

³³ Auf den reißerischen Begriff „Brennpunkt“ sei an dieser Stelle nur in aller Kürze hingewiesen.

spezifizierten „Kriminalitätsproblem[s]“ insbesondere im Bahnhofsviertel in Luxemburg einen ganzheitlichen Ansatz. Er verweist auf die liberale Drogenpolitik in Portugal, wo Drogenkonsum seit 2001 entkriminalisiert wurde – und in der Konsequenz zu weniger Konsum und weniger Beschaffungskriminalität geführt hat. Das Luxemburger Beharren auf Repression werde die Sicherheitsdebatte immer wieder aufflammen lassen, „lediglich der Hotspot könnte sich verlagern.“ (Tageblatt, 10.9.2021)

Unter dem Titel „*Insécurité*“ thematisiert Pierre Sorlut die vielfältigen Sicherheitsdiskurse und hinterfragt die Aussage der Bürgermeisterin der Stadt Luxemburg „que l’insécurité est un fait et non un sentiment.“ (Lëtzeburger Land, 10.9.2021) Stattdessen stellt er die Produktivität von Unsicherheitsgefühlen heraus, die zu einem „soutien quasi-unanime (pour ne pas dire aveugle) à toute initiative répondant à ce sentiment d’insécurité“ (Lëtzeburger Land, 10.9.2021) führen. Wenn ein Hundebiss als gerechtfertigte Antwort auf angenommene vorausgegangene Provokationen des Gebissenen gesehen wird, „[o]n revient sur les fondements même de l’état de droit. C’est assez effrayant.“ (Lëtzeburger Land, 10.9.2021)

Diese pertinenten journalistischen Analysen unterstreichen die gesellschaftlichen Gefahren, die mit Sicherheitsdiskursen einhergehen.

4.4 Sicherheitsdiskurse

Vor 15 Jahren habe ich mit Kolleginnen eine Forschung zu als deviant markierten Jugendlichen in der Stadt Graz publiziert (Reiners/Malli/Reckinger 2006), aus der ich im Folgenden zitieren möchte, weil die Analyse zu Ordnungs- und Sicherheitsdiskursen nichts an Aktualität verloren hat und sich gut auf die gegenwärtig in Luxemburg geführten Debatten übertragen lässt.

Letztlich geht es um die hartnäckige Gegenwart von Menschen, die „nicht dazupassen“, die „fehl am Platz“ sind, die das Bild stören – oder das ästhetisch befriedigende und moralisch beruhigende Harmoniegefühl anderweitig beeinträchtigen (Bauman 1999).

Die Gefährdung steht aber wesentlich in Zusammenhang mit dem Bedürfnis nach Ordnung. Ordnungsbedürfnisse scheinen mit der Erschütterung traditioneller Orientierungen und weitreichender Verunsicherung zu wachsen.

(...)

Mit dem Diskurs einer Gefährdung der Ordnung geht auch der Diskurs einer diffusen, jedoch wachsenden Gefährdung der Sicherheit einher. (...) Wenn eigene Verhaltensgewohnheiten und traditionelle, Vertrauen und Verlässlichkeit schaffende Ordnungskonzepte brüchig werden, wachsen auf dem Hintergrund von vielfältig verursachter Kriminalitätsfurcht Schutzbedürfnisse

und individuelle wie kollektive Selbstverteidigungs-, Selbstjustiz- und Wehrbereitschaft (Hitzler 1997).

Ein auf einfache Kausalzusammenhänge reduziertes Erklärungsmuster argumentiert, dass Unsicherheit aus Gefährdung resultiere, Gefährdung aus Bedrohung und Bedrohung schließlich aus Kriminalität.

„Eine strukturell so geartete Situationsdefinition erzeugt somit Reaktionen, die im Hinblick auf das zivilisatorische Miteinander selber wiederum riskant sind bzw. riskant sein können, denn je mehr dieser emanzipierte Bürger vor dem Hintergrund des skizzierten Verunsicherungs-Szenarios „gewissen“, ihm suspekt erscheinenden Leuten unterstellt, davon zu leben, durch den Verfolg ihrer Interessen ihm das Leben schwer zu machen, um so mehr wird ihm die Sehnsucht nach Ruhe, Ordnung, Sicherheit zum nicht mehr nur privaten Anliegen, sondern zur öffentlich vorgetragenen, zur politischen Forderung“ (Hitzler 1997, 185).

Menschen, die ihre soziale Existenz bzw. ihre Lebensgewohnheiten gefährdet sehen, sehen sich bereit, sich (wie auch immer) gegenüber anderen, von denen sie sich alltäglich bedroht wähnen, zur Wehr zu setzen. Dies geht mit einer diskursiven Forderung nach der Restauration kleinbürgerlicher Lebenswerte (wie z. B. des Anspruchs auf Wohlstand, Ordnung, Sauberkeit, Ruhe) und einem zunehmend geforderten Regelungs-, Norm- und Vollzugsbedarf seitens des Staates einher. Im Wesentlichen wird dabei das gefordert und zunehmend praktiziert, was Hitzler als „präventiv-repressive“ Formen der Bewältigung allgemeiner Verunsicherung bezeichnet. Bei ihnen steht nicht die Frage nach Ursachen im Vordergrund, sondern die Frage nach effizienten und schnellen Mitteln zur Beseitigung oder zumindest zur Eindämmung und Zurückdrängung eines als problematisch definierten Tatbestandes. Hierbei werden abstrakte Umstände und strukturelle Bedingungen als gegebene Problemstellungen angenommen, auf deren Basis bestimmte Handlungskonzepte zu entwickeln und umzusetzen sind. Insgesamt geht es dabei vor allem darum, sozial unerwünschtes Verhalten anderer Personen mittels demonstrierter Sanktionsbereitschaft zu verhindern oder zu unterbinden. Dieses Bewältigungsprinzip beginnt z. B. in Form von Forderungen nach Beseitigung von Gefahren- bzw. Belästigungsquellen oder als Ruf nach mehr bzw. besserer Polizei sowie nach schärferen bzw. effektiveren Gesetzen.

Als Gegenstück zu präventiv-repressiven Bewältigungsstrategien stehen analytisch-therapeutische Reaktionsweisen, die etwa dem Zugang sozialer Arbeit entsprechen. Diese „zielen darauf ab, die als die „eentlichen“ deklarierten (sozialen, wirtschaftlichen, psychischen) Ursachen von gesellschaftlich oder teilgesellschaftlich als „problematisch“ etikettierten Verhaltensweisen von Personen aufzudecken und zu beseitigen – in der Annahme, damit würde auch das verschwinden, was (lediglich) als Symptom anzusehen sei“ (Hitzler 1997, 185f.).

(...)

Dabei besteht das Risiko der Viktimisierung der Gesellschaft darin, aus den Augen zu verlieren, dass die scheinbar gefährlichen Milieus im Gegenteil *gefährdete* Milieus sind, die von den Auswirkungen struktureller Gewalt und Deprivation gezeichnet sind. Die Dämonisierung führt in der Folge dazu, dass den betroffenen, als Täter_innen gekennzeichneten Menschen notwendige Unterstützung nur mehr erschwert in einer nicht-straftenden Art und Weise zukommen kann. Der „Sicherheitsdiskurs“ ist also zugleich als ein „Ausgrenzungsdiskurs“ zu interpretieren (Krebs 2001). Der Diskurs um die Gewaltbereitschaft und abweichendes Verhalten kriminalisiert und stigmatisiert Jugendliche, ohne die strukturellen Bedingungen zu berücksichtigen, unter denen dieses Verhalten entsteht (Wacquant 2002). Die Ironie eines devianten Lebenslaufes scheint darin zu bestehen, dass Widerstand gegen Autorität immer massivere Dosen von Autorität nach sich zieht (Zilian 1998). Die Spirale der Marginalisierung wird so vorangetrieben, weil Ausgrenzung und Stigmatisierung als legitime Folge von Normverstößen und abweichendem Verhalten erscheinen, nicht aber als deren Bedingung (Reiners/Malli/Reckinger 2006, 51-60).

Wenn es darum geht, „Arme anstatt Armut“ zu bekämpfen (Robe 1999, siehe auch Kapitel 1), wird die Entfremdung der Städte von ihrem eigentlichen Zweck der Integrationsfähigkeit (Feldtkeller 1994) deutlich, die ein Symptom der fortschreitenden gesellschaftlichen Desintegration ist (Reiners/Malli/Reckinger 2006, 124). Oder, wie es der Leiter des Vereins Inter-Actions, Roger Faber, auf den Punkt bringt: „Aujourd’hui, la ville est beaucoup plus excluante qu’il y a 40 ans.“ (Faber o.J., 27)

Bei der Analyse der medialen Diskurse um den Themenkomplex Sicherheit geht es also keinesfalls darum, zu relativieren, sondern vielmehr um eine Einordnung in die gesamtgesellschaftlichen Dynamiken, in die Medienschaffende ebenso verstrickt sind wie alle anderen gesellschaftlichen Akteur_innen (siehe Kapitel 2). Es geht darum, sich bewusst zu werden, dass es mit fortschreitender sozialer Ungleichheit in neoliberalen Zeiten zu einer Vergrößerung und Ausweitung von Zonen des Elends im Stadtraum kommt. Luxemburg ist von diesen makrosozialen Prozessen nicht ausgenommen. Die seit Jahren konstant ansteigenden wirtschaftlichen Wachstumszahlen bei gleichzeitiger Prekarisierung jener Menschen, die in den unteren Dienstleistungssektoren arbeiten (auch Reckinger 2010), die nicht gelöste Frage der Preissteigerungen am Wohnungsmarkt etc., v.a. aber die europaweite Illegalisierung eines großen Teils der anwesenden Migrant_innen werden und bleiben sichtbar, denn

„Zwischen neuartigen Privilegierungen von „supra-citizens“ („bona fide travellers“, „Globalmanager_innen“), ihrer Befreiung von Einschränkungen durch nationale Instanzen und der Zurücksetzung Anderer auf das „nackte Leben“ (Agamben) – d. h. auf ein Leben ohne jeglichen Anspruch auf Bürger_innenrechte, an welchem Ort immer –, besteht ein innerer Zusammenhang.“ (Fuchs et al. 2016, 107)

5 Methodische Herausforderungen

Die empirische Forschung mit jugendlichen Migrant_innen ist mit großen methodischen und ethischen Herausforderung konfrontiert. Die Gesprächspartner_innen sind von den Abgründen der Migration gezeichnet und daher besonders sensibel. Ihre Erfahrungen liegen oftmals im Bereich des Unausprechlichen – und das Aussprechen kann Retraumatisierungen triggern (Senovilla Hernández 2021, siehe auch Kapitel 6).

Auf diesem politisch hoch aufgeladenen, sensiblen Terrain gestaltet sich der empirische Feldzugang schwierig und langwierig. Im Angesicht von Kriminalisierung, Illegalisierung, Traumatisierungen und anderen Erkrankungen wie etwa Drogenabhängigkeit der Gesprächspartner_innen, aber auch sprachlichen Defiziten des Forschers (Reckinger 2021b) zeigen sich erhebliche methodische und forschungsethische Probleme. Ein Feldzugang über Institutionen, die mit der Zielgruppe in Kontakt sind, ist strukturell kaum möglich – das Misstrauen von Seiten der Jugendlichen etwa beim Einstieg über Institutionen des Strafvollzugs bzw. unterschiedlicher Erziehungsanstalten droht immer einen *bias* von Unsagbarkeiten zu transportieren, während zugleich die Gefahr besteht, dass der laufende sozialarbeiterische Prozess durch die Anwesenheit eines Ethnologen gestört wird.

In dieser Vorstudie basierte ich mich daher auf das mehrfach bewährte ethnographisch-praxeologische Methodeninstrumentarium, das ich u.a. basierend auf Bourdieu (1995) und Katschnig-Fasch (2003) in den letzten 20 Jahren (weiter)entwickelt habe. Es sei an dieser Stelle zu meiner methodischen Theorisierung exemplarisch verwiesen auf Reckinger (2010), zur analytisch-empirischen Anwendung auf Reckinger (2013) und Reckinger (2018). In einer langzeitlicher angelegten Folgestudie wäre die Forschungsmethode den in der Vorstudie bereits aufgetauchten Spezifika entsprechend zu erweitern. Der Heterogenität der Lebenswelten von Minderjährigen entsprechend kann keine feste, präkonstruierte Methodologie zur Anwendung kommen. Sie muss flexibel adaptiert werden, wobei Kontext, Umfeld, Logistik der Forschung (Mittel, Zeitraum), die sozialen Bedingungen der Jugendlichen und das System der Altersklassen und dem Verhältnis zum Lebensalter im studierten Milieu zu berücksichtigen sind (Senovilla Hernández 2021).

In der vorliegenden Studie näherte ich mich in ethnographischer Manier, die von Vorsicht, Respekt und dem Bewusstsein geleitet ist, dass insbesondere die empirisch-qualitative Forschung mit hochgradig prekarierten Jugendlichen einen langen Vertrauensbildungsprozess, einen Feldeinstieg über die „richtigen“ Türen und großer Sensibilität bedarf, dem Feld in konzentrischen Kreisen.

Der empirische Korpus der vorliegenden explorativen Vorstudie setzt sich zusammen aus vier Expert_inneninterviews (einer Mitarbeiterin eines Vereins im Bereich Asylwesen, einem Streetworker im städtischen Bahnhofsviertel und in Bonnevoie, dem Leiter der Unisec, dem Leiter eines Heimes für Geflüchtete, vier verstehenden Tiefeninterviews mit fünf Jugendlichen (2 junge

Männer aus Afghanistan bzw. dem Sudan, 3 junge Frauen aus Syrien, Portugal und Luxemburg), mehreren informellen Gesprächen im öffentlichen Raum in Luxemburg und Esch/Alzette, sowie teilnehmender Beobachtung in diesen beiden Städten.

Es wurden also bis dato Gespräche geführt mit jungen Menschen, die

- Obdachlosigkeitserfahrungen haben
- Migrationserfahrungen und Fluchtmigrationserfahrungen haben oder die Luxemburger Staatsangehörigkeit besitzen
- in Luxemburg ein Asylverfahren durchlaufen haben oder auch nicht
- und von denen nur ein Teil in geringem Ausmaß kriminelle Handlungen gesetzt haben.

Insgesamt befinden sich diese jugendlichen Gesprächspartner_innen alle in akut schwierigen, psychisch belastenden Lebenssituationen und es zeigt sich, dass sie einem *continuum of violence* (Krause 2015) ausgesetzt sind (siehe Kapitel 3.2.5).

Es tritt bereits in diesem ersten empirischen Sample zu Tage, dass die in der Verwaltungs- und Forschungsliteratur beschriebenen Kategorien weit überschritten werden (siehe Kapitel 3), während sich der mediale, politische, administrative und juristische Blick vor allem auf unbegleitete minderjährige und kriminalisierte Flüchtlinge konzentriert.

Es braucht daher einen weiter gerichteten Blick auf die Lebenslagen von extrem prekarierten Jugendlichen, die zum Teil auf der Straße leben und die teil- und phasenweise delinquente Handlungen setzen, der über diese Fokussierung auf UMF hinausgeht. Diese Vorgehensweise soll nicht dazu führen, dass die Lebenslagen von unbegleiteten migrantischen Jugendlichen und ihre besonderen Verletzlichkeiten nivelliert oder relativiert werden, sondern zur Erkenntnis beitragen, dass das Abgleiten in delinquentes Verhalten im Falle nicht wohnhafter Migrant_innen vor allem damit zu tun hat, dass jenen anderen jugendlichen Straftäter_innen, die in Luxemburg legale Aufenthaltspapiere haben, mehr Präventions- und Therapiemaßnahmen offen stehen. Die Auseinandersetzung mit dem Diskurspaar UMF und Delinquenz kann daher nur vor dem Hintergrund des aktuellen Grenzregimes gedacht werden. Eine ethnisierende Thematisierung führt hingegen nicht zum Kern des Problems. Eine zweite empirische Studie muss also diesen spezifischen Zusammenhang jenseits medialer und politischer Aufmerksamkeitsökonomien näher erforschen.

Die hier anschließende Fallanalyse ist geeignet, die traumatisierenden Erfahrungen nicht nur einer Fluchtmigration eines Minderjährigen, sondern vor allem mit der vom europäischen Asylsystem ausgehenden Gewalt verstehbar zu machen. Sie steht exemplarisch, aber nicht erschöpfend für die Realitäten jener medial kriminalisierten oder viktimisierten jungen Menschen, deren Flugbahnen und Lebenswelten in einer weiteren Arbeit erforscht werden sollen.

Die weiteren bereits geführten Interviews können in die aktuelle Studie aus Zeitgründen noch nicht einbezogen werden, sind aber zur Einbindung in eine Folgestudie vorgesehen und bereits transkribiert.

6 “One month I’m happy, two months I’m fucked up.” Fallanalyse Rohullah³⁴

Rohullah ist ein junger Mann aus Afghanistan. Er wohnt bei einer engagierten Privatperson, in deren Unternehmen er auch beschäftigt ist.

Hier findet auch unser Gespräch statt, anderthalb Stunden vor seinem Dienstbeginn.

Rohullah begrüßt mich mit einem Lächeln und bittet gleich um Entschuldigung, dass er sich lieber auf Englisch unterhalten möchte. Französisch und Luxemburgisch lerne er gerade erst.³⁵

Er trägt einen beigen Adidas-Pullover, den er bereits nach wenigen Minuten auszieht, weil ihm vom Erzählen offenbar heiß wird. Wie angespannt seine Lage ist, zeigt sich während der Dauer des Gesprächs immer wieder daran, dass er an seiner Kleidung wühlt, knüllt und zupft.

Sein Gesicht hat noch kindliche Züge – kaum Bartwuchs und etwas unreine Haut. Insgesamt ist er von zierlicher Gestalt. Die Haare trägt er kurz rasiert. Im Verlauf des Gesprächs, das voller traumatischer Ereignisse, Unsicherheiten, physischer, psychischer und institutioneller bzw. prozeduraler Gewalterfahrungen und multiplen Brüchen ist, wird zusätzlich in seiner Mimik und Gestik deutlich, dass er in psychisch schwieriger Verfassung ist. Doch die Hilfe, die er braucht, ist nicht in Sicht.

Je länger Rohullah spricht, desto genauer berichtet er. Er scheint entschlossen, seine ganze Geschichte in diesem einen Treffen zu erzählen. Das Gespräch dauert zweieinhalb Stunden.

Als wir nach dem Gespräch den abgetrennten Raum verlassen, in dem wir zusammen gesessen sind, kommt sein Arbeitgeber sofort aus seinem daneben gelegenen Büroraum: „*Oh no, he made you cry,*“ sagt er und nimmt ihn in den Arm, „*lots of memories, hm?*“ Er sagt ihm, er müsse jetzt nicht sofort mit der Arbeit beginnen und er könne ruhig noch ein bisschen an der frischen Luft spazieren gehen, was er gerne annimmt. Wir verabschieden uns vor dem Haus und ich sehe ihm nach, wie er gesenkten Hauptes weggeht. Schweren Schrittes gehe ich zu meinem Auto.

Am Tag darauf erfahre ich, dass er seit unserem Gespräch nicht mehr aufhören kann, zu weinen. Zudem klagt er über starke Bauchschmerzen. Sein Arzt schreibt ihn für drei Tage krank. Wieder

³⁴ Die transkribierten Interviews sind integraler Bestandteil einer verstehenden Fallanalyse und werden in der Regel im Anschluss an einen Rahmentext wie den hier stehenden abgedruckt. Das hier zugrunde liegende Interview wurde von einer Praktikantin transkribiert, die damit noch keinerlei Erfahrung hatte. Die notwendige Überarbeitung der Transkription nach wissenschaftlichen Standards hätte die fristgerechte Abgabe dieser Studie verunmöglicht. Der Autor bittet um Verständnis, dass die komplette Version mit Transkription daher erst in einer Folgestudie zur Verfügung gestellt werden kann.

³⁵ „L’intime dit dans la langue étrangère devient extime.“ (Cottet 2007) Doch eine neue Sprache zu lernen kann auch positive therapeutische Effekte haben. Über die Sprache können sehr lange zurückliegende Erinnerungen wieder hochkommen, während eine neue Sprache frei von jeglicher emotionalen Belastung ist und auf keine vergangene Erinnerung verweist (Cote 2020). Im übrigen hat Rohullah Englisch in Schweden als Drittsprache gelernt, es wäre daher wünschenswert gewesen, dass der Interviewer zumindest Schwedisch beherrscht hätte, das Rohullah näher liegt. Zur Bedeutung von Brückensprachen und Praktiken des *translanguaging*, siehe Reckinger (2021b).

ein paar Tage später erkundige ich mich noch einmal nach seinem Wohlergehen. Jetzt erst geht es ihm etwas besser.

Rohullahs Flucht aus Afghanistan beginnt nach dem Tod seines Vaters im Jahr 2015 als 12-jähriger noch mit seiner Mutter und seinen zwei jüngeren Brüdern. Doch bereits an der iranisch-türkischen Grenze wird er von seiner Familie getrennt. Die Gruppe besteht aus etwa hundert Geflüchteten. Gemeinsam mit den anderen Menschen werden Rohullahs Mutter und Geschwister von Grenzpolizisten zurückgehalten und geschlagen, egal, ob es sich um Babys handelt, um Kinder oder Erwachsene, Frauen oder Männer. Rohullah beschreibt, die Beamten hätten sie wie Tiere behandelt und angeschrien, warum sie in ihr Land kämen. Aber sie hätten sich nicht dafür interessiert, warum sie ihr Land verlassen müssten. Niemand würde das freiwillig tun. Rohullahs Mutter ruft ihm zu, wegzulaufen. Gemeinsam mit sieben anderen Personen, die er nicht kennt, gelingt ihm unter Gewehrbeschuss die Flucht in den Iran.

Als sie im Grenzland zwischen dem Iran und der Türkei unterwegs sind, wird er Zeuge, wie ein Mann stirbt, und wie sich niemand um ihn kümmert. Nach zwei Tagen ununterbrochenen Gehens durch die Berge werden sie mitten in der Nacht von der türkischen Polizei aufgegriffen. Sie sind eine Gruppe von mindestens 100 Menschen, die Polizei schießt, ein paar Personen scheinen getroffen zu werden. Die Person, der er anvertraut ist, läuft mit ihm weg, sie stürzen ab. Er hat überall blaue Flecken und ist drei Stunden damit beschäftigt, die kleinen Steinchen, die sich in seine Haut gebohrt haben zu entfernen.

In Istanbul ist er auf sich allein gestellt. Er schafft es, seine Mutter zu kontaktieren und um Geld zu bitten, damit er weiter reisen kann. Sie verkauft ihren Schuck und lässt ihm über informelle Netzwerke das Geld zukommen. Mit drei anderen Personen gelingt es ihm, eine Überfahrt nach Griechenland zu organisieren, doch die griechische Polizei bringt ihr Boot zum Kentern, Kinder fallen ins Wasser, alle schreien und weinen, es waren 30 Leute an Bord. Die griechische Polizei übergibt sie im Zuge dieser illegalen *Pushback*-Aktion der türkischen Polizei.

Rohullah wird nach Ankara gebracht und verbringt eine Nacht in Gefangenschaft. Anschließend schlägt er sich wieder nach Istanbul durch. Er ist verzweifelt und weint. Ein erwachsener Flüchtender aus Afghanistan findet ihn in diesem Zustand und bietet ihm an, ihn mit seiner Familie bis nach Deutschland mitzunehmen, wo er mit dieser hin möchte. Rohullahs Mutter hat ihm gesagt, er solle weiter nach Schweden reisen. In Berlin wird er am Bahnhof von einem Landsmann betrogen und verliert sein ganzes Geld. Ein Deutscher zahlt ihm schlussendlich das Bahnticket, so dass er weiter reisen kann.

Am Endbahnhof Malmö stehen Menschen von Hilfsorganisationen bereit, die ihn und ca. 50 weitere Geflüchtete in Empfang nehmen. Sie bringen ihn und ein weiteres Mädchen mit dem Flugzeug nach Stockholm. Dort wird er gefragt, ob er in ein Heim möchte oder zu einer

Pflegefamilie. Da er gehört hat, dass es in den Heimen oft Konflikte geben soll, bittet er darum, zu einer Pflegefamilie zu kommen. Er wird zu einer afghanischen Familie geschickt, bei der er ein Jahr lang bleibt. Es dauert neun Monate, bis er beginnen kann, zur Schule zu gehen. In dieser Wartezeit verlässt er das Haus nur wenige Male und wird depressiv, weil er ständig an seine Familie denken muss.

Nach einem Jahr wird er einer neuen Pflegefamilie zugewiesen, damit er leichter Schwedisch lernen kann. Er wird zu einer schwedischen Familie mit türkischem Hintergrund gebracht. Er ruft sofort seine Sozialarbeiterin an, denn er möchte nicht bleiben, weil niemand mit ihm spricht und er sich einsam fühlt. Vermutlich aufgrund einer Panikattacke wird er ins Krankenhaus gebracht. Nach etwa einer Woche kommt er zu einer neuen schwedischen Familie. Nach und nach beginnt er, das Haus zu verlassen, findet Freunde und beginnt zur Schule zu gehen. Langsam beginnt es ihm besser zu gehen.

Nach etwa vier Monaten wird er wieder depressiv, weil er niemanden hat, der mit ihm zum Elternsprechtag gehen kann und entwickelt Suizidgedanken. Er beschreibt seine emotionale Achterbahnfahrt und seine Einsamkeit eindringlich.

Es kommt immer wieder zu Konflikten mit der Pflegefamilie, zu verbaler, rassistischer und körperlicher Gewalt. Nach einem Konflikt – er hatte mit dem Okay seiner Sozialarbeiterin die Geburtstagsparty seiner ersten Pflegemutter besucht – wirft der Pflegevater sein Handy zum Fenster hinaus und verbietet ihm während fünf Tagen, das Haus zu verlassen. Als er mit dem Handy eines Mitbewohners seine Sozialarbeiterin anruft, kommt es erneut zum Eklat mit seinem Pflegevater. Durch das Fenster läuft er davon und fährt ohne Fahrkarte mit dem Bus zum Bahnhof. Dort sucht er eine Streetworkerin auf, die seine Sozialarbeiterin, seinen Vormund und die Polizei kontaktiert.

Er verzichtet auf eine Klage aus Angst, aufgrund seines Status als Lügner dargestellt und daraufhin abgeschoben zu werden. Er kommt stattdessen zu einer neuen Familie, bei der es ihm besser geht. Aus diesem Setting heraus bekommt er seine erste Vorladung für sein Interview. In dieser Zeit geht er wöchentlich zur Sprechtherapie. Er ist sich nicht bewusst, was für ihn auf dem Spiel steht, und sein Umfeld erklärt ihm, er würde aufgrund seines Alters wohl ohne weiteres Papiere bekommen. Der Empfehlung eines entfernten Bekannten nach ändert er jedoch seine Geschichte. Nach fünf oder sechs Monaten bekommt er einen negativen Asylbescheid und fällt erneut in Depression. Im Berufungsverfahren hält er dem Druck des Richters nicht Stand und widerruft die falsche Geschichte nicht, aus Angst, man würde ihm wieder nicht glauben. Er erhält einen zweiten Negativbescheid.

In diesem Zeitraum macht seine Mutter ihn nach Jahren ohne Kontakt – Rohullah hatte ihre Nummer im Zuge der Flucht verloren – mit der Hilfe von Dritten im Iran, wo sie lebt, über

Facebook ausfindig. Er ist überglücklich, als sie ihn über Facebook anruft, aber er erzählt ihr nicht die Wahrheit darüber, wie es ihm geht, damit sie sich keine Sorgen macht.

Nach dem dritten negativen Bescheid bemüht sich ein Verein um seinen Aufenthaltstitel. Rohullah erzählt, dass die Autoritäten als Beweis, dass seine Familie im Iran lebt, lediglich ein paar Fotos aus dem Iran einfordern, was er bereitwillig organisiert. Sie misstrauen ihm weiter, fordern diesmal ein Video aus dem Iran, deren Echtheit sie ebenfalls in Zweifel ziehen. Rohullah bittet darum, dass seine Mutter in der Botschaft im Iran befragt werden soll, doch die Behörden sagen ihm, das sei nicht möglich. Als er in Schweden den vierten Negativbescheid bekommt, ist er wieder sehr deprimiert. In dieser Zeit beginnt er zu rauchen, denn wenn er raucht, geht es ihm etwas besser. Mehrmals versucht er, damit aufzuhören, doch jedes Mal erreicht ihn wieder eine schlechte Nachricht. Dabei habe er sich in Schweden so wohl gefühlt, sei so glücklich gewesen wie noch nie in seinem Leben. Rohullah deutet später im Gesprächsverlauf an, dass er in seiner Zeit in den Luxemburger „Camps“ Drogen konsumiert hat: „I was not the person that I am now.“ In Schweden hat er mit Klassenkamerad_innen Drogen ausprobiert, vermutlich Marihuana. Als er erzählt, wie er aufgrund seiner Probleme mit dem Rauchen angefangen hat, beginnt er aus Scham zu weinen. Er kann bis zum Ende des Gesprächs nicht mehr aufhören zu weinen, und er weint anschließend drei Tage lang weiter. Er leidet darunter, dass er nicht mit dem Rauchen aufhören kann, obwohl er kaum mehr als vier bis fünf Zigaretten am Tag raucht.

Als ich ihn frage, ob es ihm heute etwas besser geht, sagt er:

„No, today, I feel better. I feel nice, I feel... but I think I'm not that person I was in the past. Because I fell down too much. I fell down too much. I tried too many times... I tried to stand up again... I... I did. (sniffs) But some time when you fall down too much... after... it is *mal* for you to stand up again...“

Zur Scham von jungen Geflüchteten schreibt Cote: „[La honte] a un impact direct sur la parole, elle la coupe, et le sujet, honteux, n'ose pas demander de l'aide car il se sent regardé et jugé.“ (Cote 2020, 79) Diese Scham verstärkt dann zusätzlich die Einsamkeit (Cote 2020), eine Einsamkeit, die bleiern auf Rohullah lastet.

Als Rohullah siebzehn wird, informieren ihn die schwedischen Behörden, dass er nach Afghanistan abgeschoben werden soll, sobald er achtzehn ist. Seine Sozialarbeiterin bemüht sich weiter und bietet ihm nach Ausschöpfung aller Mittel an, ihn nach Frankreich oder in ein anderes europäisches Land zu begleiten.

Wieder geht es ihm schlecht, so dass er nicht zur Schule gehen kann. Von Bekannten hört er, dass Frankreich den meisten Afghan_innen Papiere zugestehe. Mit finanzieller Unterstützung seiner Familie, aber auch seiner Sozialarbeiterin und seines Vormunds reist er mit zwei anderen Afghanen über Malmö nach Kopenhagen. Sie fahren mit dem Zug weiter nach Deutschland. Von dort

nehmen sie ein Taxi, weil sie befürchten, an der Grenze erwischt zu werden und ihre Fingerabdrücke abgeben zu müssen, was sie in Schwierigkeiten bringen würde.

In Paris verbringt er zwei Tage in einem Hotel, das seine Sozialarbeiterin für ihn gebucht hat. Er möchte das Asylverfahren in Frankreich erneut beginnen, doch als er die vielen obdachlosen Flüchtlinge sieht, muss er weinen: „I said okay, how was my life in Sweden... (sniffs) Everybody, everybody everyday will be better, but every day, every day I will be (sniffs) going down... “ Er möchte nicht so leben müssen wie die anderen Geflüchteten, die er dort sieht – auf der Straße und nur auf die nächste Mahlzeit hoffend – sondern eine Zukunft finden. Ein Mann aus Afghanistan empfiehlt ihm, nach Luxemburg zu gehen, das sei besser. Er kauft sich ein Zugticket und fährt in dieses ihm unbekannte Land.

Als er auf den Bahnhofsvorplatz tritt, denkt er, er sei in irgend einer kleinen Stadt in Luxemburg gelandet. Am Bahnhof telefoniert er mit seiner Mutter. Ein Mann aus Afghanistan hört ihn, spricht ihn an und empfiehlt ihm, den Luxemburger Behörden ein niedrigeres Alter anzugeben. Rohullah will nach seinen schlechten Erfahrungen in Schweden auf solch eine Empfehlung eigentlich nicht mehr hören, tut es dann aber doch.

Zwei Tage lang ist er in einer Struktur des Office National de l'Accueil (ONA), er fühlt sich dort nicht sicher. In der Befragung durch die Autoritäten gibt er an, 16 zu sein und zuvor in Schweden gewesen zu sein. Er zeigt ihnen seinen schwedischen Ausweis und sein wahres Alter. Er wird zur Altersfeststellung in ein Krankenhaus geschickt.

Der Prozess dauert länger als ein Jahr, in dieser Zeit wohnt er weiterhin in dieser Struktur des ONA. Die Altersfeststellung kommt zum falschen Ergebnis, er sei über 18, somit wird er in ein Abschiebezentrum verlegt³⁶. Von dort soll er nach wenigen Wochen nach Schweden zurück geschickt werden. Rohullah fühlt sich an diesem Ort sehr schlecht, „die anderen Menschen dort könnten alle meine Väter sein!“

Er kann kaum essen, und sein Vertrauen in die Demokratie in Europa ist erschüttert: “In Europe they talk about *démocratie*, they say: ‘We care about everybody’. I said: ‘I don’t believe anything about this...’, because I said: I have this, I have everything...” [er meint seine traumatischen Erfahrungen mit den Einwanderungsbehörden in Europa]. Zu den schädlichen Auswirkungen solch negativer Erfahrungen mit staatlichen Institutionen siehe Kapitel 2.3.

Rohullah schildert, wie man ihn unter Druck setzte, zu unterschreiben, dass sein wahres Alter 18 sei. Er bereut es bitter, nach Luxemburg gekommen zu sein, weil die Beamtin, die ihn befragt, ihn anschreit und ihm Angst macht, indem sie ihm mit der Polizei und der Abschiebung droht.

³⁶ Das Akronym dieser Structure d’hébergement d’urgence au Kirchberg – SHUK – entspricht dem hebräischen Wort für Markt und ist zumindest als problematisch zu bezeichnen. Weitere Analysen zur Genese dieses Akronyms drängen sich auf.

Rohullah beschreibt, dass er am Anfang, als er nach Luxemburg gekommen war und die Beamtin ihn so aggressiv verdächtigte, dachte, alle Luxemburger_innen seien so wie sie. Er sei damals noch klein gewesen, da könne man so etwas noch nicht einordnen wie als Erwachsener, wo man klar sagen könne, es sei eine einzelne Person gewesen, die einem Unrecht getan hat, und nicht ein ganzes Land. Umgekehrt beschreibt er auch das Problem, dass alle Flüchtlinge kriminalisiert werden, sobald am Bahnhof in Luxemburg etwas passiert. Wenn er die Nachrichten anschaut, kann er nicht verstehen, wieso Menschen Kindern Abschiebungen bzw. Ausweisungen antun. Wenn man „kicked out“ werde, tue es im Herzen weh, und dann könne es passieren, dass die jungen Menschen Dinge tun, die nicht legal sind.

Adelaïde (2021) weist darauf hin, dass die Haltung der Institutionen, mit denen die Kinder erstmals in Luxemburg in Kontakt kommen, dringend so gestaltet werden muss, dass das Kind sich sicher fühlt, um keine Verteidigungsmechanismen auszulösen, die kontraproduktiv sind für eine angemessene Betreuung. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass diese Kinder institutionelle Gewalt kennen gelernt haben, nicht nur in ihren Herkunfts- und Transitländern, sondern insbesondere auch auf dem Gebiet der Europäischen Union. Um zu vermeiden, dass das Kind in eine defensive Haltung geht, die dazu führen kann, dass es das angibt, was es denkt, dass von ihm erwartet wird, könnte ein Ziel darin bestehen, es ein Gefühl der Verlässlichkeit des Gegenübers spüren zu lassen, womit eine Übernahme in Betreuung schon sehr früh beginnen würde.

Rohullah bittet die Luxemburger Beamtin, in Schweden nachzufragen, denn seine Identitätskarte sei echt und sein Alter auch, doch sie sagt, hier habe man anders entschieden und das habe er zu akzeptieren. Im Abschiebezentrum geht es ihm immer schlechter, was sich durch die kollektive Realität verstärkt, dass „everybody loses his hope there.“ Er entwickelt ernsthafte Suizidgedanken angesichts der Perspektive, dass ihm nach der im Raum stehenden Abschiebung aus Luxemburg auch aus Schweden die Abschiebung nach Afghanistan droht: „I hated my life! Because I had too many problems.“ In seinem Alter solle man zur Schule gehen, Zukunftspläne entwickeln, und nicht „one month I’m happy, two months I’m fucked up.“

Über Umwege lernt er seinen aktuellen Arbeitgeber kennen. Dieser lädt ihn ein, sich mit ihm zu unterhalten. Mit seiner Unterstützung, aber auch der Unterstützung seiner Sozialarbeiterin aus Schweden erkennt das Ministerium zuletzt doch sein wahres Alter an. Sein zukünftiger Arbeitgeber bietet ihm an, bei ihm zu wohnen.

Er schlägt ihm vor, einen Anwalt einzuschalten. Rohullah bekommt auch in Luxemburg einen Negativbescheid. Die Behörden verlangen die Vorlage einer afghanischen Identitäts-Karte. Er kommt der Forderung nach, doch das Dokument wird als gefälscht abgewiesen.

Nach ungefähr neun Monaten in Luxemburg reist er, um seiner Abschiebung nach Schweden zu entgehen, ohne Perspektive nach Bordeaux. Er wird aufgrund anhaltenden Regens in der

Obdachlosigkeit nach nur wenigen Tagen krank. Nach fünf Tagen in Bordeaux ruft sein heutiger Arbeitgeber ihn an, dass er abgeklärt habe, dass Rohullah nach Luxemburg kommen könne, wenn er einen Arbeitsvertrag habe. Er beschäftigt ihn in seinem Unternehmen, zuvor muss Rohullah noch bei der afghanischen Botschaft einen Pass beantragen, der diesmal anstandslos anerkannt wird.

Kurz vor Ausbruch der Corona-Pandemie kommt Rohullah zurück nach Luxemburg. Er kann aufgrund der Pandemie nicht gleich zu arbeiten beginnen, was eine erneute psychische Belastung für ihn darstellt. Seine Aufenthaltsgenehmigung als *travailleur salarié* gilt für ein Jahr, sie läuft wenige Tage nach unserem Gespräch ab. Er hofft, dass es eine Verlängerung geben wird, er habe ja Steuern gezahlt.

Er möchte neben der Arbeit zur Schule gehen, aber das ist nicht möglich, denn er ist in Luxemburg nur als Arbeitnehmer toleriert: „Because in this age, I don’t... Of course I want to work. (sniffs) I (...) want to be somebody in the future, you know like, I want to help people, because... they helped me so much too. Like, I want to...: Europe, they help all the refugees from the world, from Afghanistan, from Syria, from this, this, this... And I think, we refugees... we really should help, we should help them back.“ Er wünscht sich, Arzt oder Krankenpfleger zu werden, denn er möchte Menschen helfen. Er erinnert daran, dass er, hätte er in Schweden bleiben können, jetzt zur Universität gehen könnte. Dort träumte er immer davon, später einmal Polizist zu werden.

Wenn er schläft, denkt er manchmal darüber nach, was ihm alles widerfahren ist, und dass es nicht gerecht ist, dass er diese Dinge in so jungen Jahren erleben musste: darüber nachzudenken, in welches Land er gehen könnte, und nicht zu wissen, was passieren wird. Er spricht mich direct an: „Do you know how you feel, when you, when you go, when I go to France or Bordeaux... when I come to Luxembourg? You know you come alone... at that age, small age... You come, to one country you see everybody: They are living, they are happy, they’re nice... you... you’re alone there. You don’t have anybody, you don’t have a mum, you don’t have your father... You know... it’s... of course it’s difficult. (sniffs)“

Die ständigen Zurückweisungen in Schweden und Luxemburg haben sein Selbstwertgefühl erheblich beeinträchtigt, und ihm ein starkes Gefühl der Ohnmacht eingepflanzt. Heute sei er erwachsen und könne im Falle einer erneuten Ausweisung überlegen, was er tut, aber als Kind sei er vollkommen ausgeliefert gewesen. Wenn er an dieses Gefühl der Ohnmacht denkt, muss er immer noch weinen.

Das Gespräch dreht sich zunehmend um seine traumatischen Erfahrungen, seine Suizidgedanken, die er nur wegen seiner Mutter nicht in die Tat umsetzte. Wenn sie keine Unterstützung mehr von ihm bekäme, müsste sie mit ihren beiden jüngeren Söhnen wiederum flüchten, und dann würden

sie sich in der gleichen ausweglosen Situation wiederfinden wie er. „They will have my story again. (...) I don't want that... in that age they will be like this... I want them to go to school...”

Seine Brüder leben mit ihrer Mutter ohne Papiere im Iran und gehen dort zur Schule, doch es kommt immer wieder vor, dass sie aufgrund ihrer Illegalisierung aus der Schule geworfen werden: „You see, when you are small, when you want to be somebody in the future, when you go to school, when they put you out because you're Afghani or a refugee, at that time you feel bad because you're small...”

Wenn sein Luxemburger Arbeitgeber nicht gewesen wäre, wäre er vielleicht nicht mehr am Leben: „Because I really was tired... I said: “Okay, I will... stand up again, if I fall down...” But how long, how many times? One time, two, three, four...? You will be tired one day.“

Rohullah sorgt sich seit der Machtübernahme der Taliban noch mehr, dass seine Mutter mit seinen Brüdern nach Afghanistan abgeschoben werden könnte, denn solche Abschiebungen kommen immer wieder vor. Seine Mutter arbeitet ohne Arbeitsvertrag als Pflegerin einer alten Frau im Iran. Hinter der behördlich oft vorschnell attestierten Reife verbergen sich verletzte Jugendliche, auf denen schwere Anforderungen lasten (siehe Kapitel 3.2). Die meisten haben meist unter mehr oder weniger gewaltvollen Bedingungen ein oder mehrere Familienmitglieder verloren. Zu Trauer und Schuldgefühlen kommt dann oftmals eine massive Idealisierung der Eltern, die eine Strategie für die Jugendlichen ist, am Leben zu bleiben. Die Therapie wäre der Raum, in dem sie des Verlusts gewahr werden und Unterstützung finden könnten, die ihnen erlaubt, die Trauer und die Einsamkeit auszuhalten (Cote 2020). Doch in Luxemburg hat Rohullah keinen Zugang zu einer psychologischen Behandlung. Die Gegenwart des Traumas ist eine Vergangenheit, die nicht vergeht (Cote 2020).

In der Freizeit macht Rohullah Sport und geht mit seinen Freunden in den Stadtpark. Er hat seit Kurzem eine Freundin, mit der er sich trifft. Er lernt zu Hause Französisch und Luxemburgisch, denn er hofft, nach drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung oder die Staatsbürgerschaft erhalten zu können. Dann will er weiter zur Schule gehen. In der näheren Zukunft will er beginnen, sich auf die Führerscheinprüfung vorzubereiten. Er fasst seine Freizeitaktivitäten zusammen mit: „I try to forget my problems.“

In Schweden hatte er viele Freunde, aber hier hat er nicht so viele Freunde. Als seine Firma im Sommer zwei Wochen geschlossen war, flog er nach Schweden, um seine alten Freunde, seine ehemalige Gastfamilie und seine ehemalige Sozialarbeiterin zu besuchen. Er ließ sich gemeinsam mit seiner besten Freundin in Schweden ein Tattoo stechen, eine Friedenstaube, die sie nun miteinander verbindet: „I feel, you know... When you break a glass, maybe you can make it [whole, G.R.] again, but you are never gonna make it [like before, G.R.]... (...) But it will...never be like before... like the first time... I, I feel like this.“

Rohullah ist eines jener gefährdeten Kinder, die unterwegs zu Jugendlichen geworden sind (Cote 2020). Sein Beispiel zeigt, wie sehr unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zugleich Mitgefühl und Misstrauen wecken, wobei nicht nur in seinem Fall das Misstrauen sowohl der schwedischen als auch der Luxemburger Behörden allzu deutlich überwiegt. Die widersprüchlichen Prozeduren halten ihn gefangen in einer „*errance administrative*.“ (Cote 2020) Er bleibt damit im lacanschen Sinne gefangen zwischen zwei Diskursen, gefangen im Dazwischen (Cote 2020, 80).

In diesem Kontext institutioneller Misshandlung hatte Rohullah in Luxemburg zuletzt das Glück, in eines jener in den letzten Jahren in Europa zunehmend entstehenden mehr oder weniger informellen Netzwerke der Aufnahme bzw. Gastfreundschaft aufgenommen zu werden, die sich aus Bürger_innen oder Vereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Kollektiven zusammensetzen (Senovilla Hernández 2021), weil die staatlichen Abwehrhandlungen retraumatisieren und marginalisieren, anstatt Schutz und Teilhabe zu gewährleisten.

Conclusio

Schon in dieser ersten explorativen Feldforschungsphase in Luxemburg treten derart diverse Lebenswelten hervor, dass augenfällig wird, wie wenig das Phänomen mit den unterkomplexen Kategorien, in denen diese Themenfelder aktuell verhandelt werden, erfasst werden kann.

In der Fachliteratur besteht Einigkeit, dass es notwendig ist, im Themenfeld Minderjährige – Kriminalität – Kriminalisierung an die lange Tradition qualitativer Jugendforschung anzuschließen. Eine ethnographisch inspirierte Fokussierung in einer Folgestudie kann in der Tat mehr Erkenntnisse dahingehend generieren, wie Jugendliche aktiv mit der ambivalenten sozialen Realität umgehen, mit der sie konfrontiert sind. Zugleich würde damit die aktuell dominierende Fokussierung auf das psychosoziale Wohlbefinden, rechte- und politikbasierte Antworten und sozialarbeiterische Praxen produktiv erweitert zugunsten einer Inblicknahme der aktiven Rolle von Kindern und Jugendlichen in Migrationsprozessen (Lems/Oester/Strasser 2020).

Dazu ist es notwendig, generationale Kategorien wie „Kindheit“ und Jugend, oder Labels wie „Flüchtling“ oder „Migrant_in“ nicht als naturgegeben anzusehen, sondern mittels ethnographischer Forschungsmethoden die sozialen Prozesse, die diese Klassifizierungen umgeben, herauszuarbeiten. Denn ethnographische Forschungszugänge sind geeignet, die subjektiven Erfahrungswelten der Jugendlichen mit den äußeren Kräften und Machtverhältnissen, die sich auf ihre Bewegung auswirkt, in ihren Zusammenhängen verstehbar zu machen (Lems/Oester/Strasser 2020).

Die gegenwärtige Konzeption von minderjährigen Migrant_innen, die Vulnerabilität zunehmend mit Bedrohung verwechselt, lässt sich mit der europaweiten Tendenz erklären, Bedrohlichkeit diskursiv als von außen kommend darzustellen, d.h. zu externalisieren, und damit zugleich den nationalen Raum als unschuldig und rein zu imaginieren (Messerschmidt 2016). Damit tritt ein neues Schreckgespenst hervor: „[T]he foreign national offender.“ (Griffiths 2015, 473)

Der restriktive Umgang mit den so titulierten jungen Menschen vermittelt der allgemeinen Bevölkerung implizit, dass die Betroffenen zu gefährlich seien, um in unserer Gesellschaft zu leben (Griffiths 2015). Damit verstärkt der Justiz- und Verwaltungsapparat die gesellschaftliche Aufregung, anstatt auf eine umfassend informierte, nachhaltige und konstruktive Lösung hinzuarbeiten. Denn der Ankunftscontext bietet aktuell zumeist nur eine inkohärente Antwort auf die Überlebensstrategien der Jugendlichen in dieser Lebensphase des Übergangs und kann nur selten ihr Bedürfnis befriedigen nach affektiver, erzieherischer und ökonomischer Unterstützung (Mai 2010).

Um sich hingegen überhaupt in die Lage zu versetzen, mit sozialarbeiterischen, erzieherischen und kriminologischen Zugängen an umfassenden und wirksamen Präventions- und ggf.

Nachsorgeprogrammen bzw. *Exit Strategies* arbeiten zu können, braucht es eine Perspektivumkehr (Loreti 2013).

Minderjährige und Jugendliche, die ihr Land verlassen, sollten als soziale Innovator_innen gesehen werden, die sich für internationale Mobilität als Weg, Zugang zu sozialer Aufwärtsmobilität zu bekommen, entscheiden (Mai 2010): „Europe cannot afford to fail our young newcomers: their fate is ours and they have much to contribute – if given a chance.” (Hammarberg 2010, 178)

Bereits in dieser Vorstudie wird ersichtlich, dass die aktuellen Praxen der Luxemburger Justiz und Politik den betroffenen Jugendlichen nicht nur kaum Chancen eröffnen, sondern sogar weitgehend kontraproduktiv sind, weil sie weitere Traumatisierungen begünstigen und Kriminalisierung perpetuieren.

Dieser Befund mag im Einklang sein mit europaweiten Tendenzen und Politiken. Er steht jedoch in eklatantem Gegensatz zur Geschichte Luxemburgs, dessen wirtschaftliches, soziales und kulturelles Erfolgsmodell seit dem 19. Jahrhundert kontinuierlich die Aufnahme von Migrant_innen war.

Literaturverzeichnis

Adelaïde, Cassie (2021): Conference Paper, Summer Seminar: Children's Rights in Luxembourg, Luxembourg.

Agier, Michel (2010): Couloirs d'exil. Un paysage global de camps, *Métropolitiques*, 1.12.2010, online: www.metropolitiques.eu/Couloirs-d-exil-Un-paysage-global.html [30.11.2016].

Agier, Michel (2014): *Un monde de camps*, Paris.

Albrecht, Hans-Jörg (2002): Polizei, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit in multi-ethnischen Gesellschaften, In: Donatsch, Andreas/Forster, Marc/Schwarzenegger, Christian (Hg.): *Strafrecht, Strafprozessrecht und Menschenrechte. Festschrift für Stefan Trechsel zum 65. Geburtstag*, Zürich – Genf, 327-354.

Antonelli, Fulvia (2013): Du Maroc vers l'Italie, In: Péraldi, Michel (Hg.): *Les mineurs migrants non accompagnés. Un défi pour les pays européens*, Paris, 248-325.

Bauböck, Rainer (2001): Grenzziehungen. Zur Konstruktion des Volks durch den österreichischen Nationalpopulismus, In: Appelt, Erna (Hg.): *Demokratie und das Fremde. Multikulturelle Gesellschaften als demokratische Herausforderung des 21. Jahrhunderts*, Innsbruck – Wien – München, 76–92.

Bauman, Zygmunt (1999): *Unbehagen in der Postmoderne*, Hamburg.

Benhabib, Seyla (2008): *Die Rechte der Anderen. Ausländer, Migranten, Bürger*, Frankfurt.

Bessler, Cornelia/Stiefel, Dorothea/Barra, Steffen/Plattner, Belinda/Aebi, Marcel (2019): Psychische Störungen und kriminelle Rückfälle bei männlichen jugendlichen Gefängnisinsassen, DOI: 10.1024/1422-4917/a000612.

Bigo, Didier (2006): Protection. Security, Territory and Population, In: Huysmans, Jef/Dobson, Andrew/Prokhovnik, Raia: *The Politics of Protection. Sites of Insecurity and Political Agency*, 84–100. London.

Bigo, Didier (2007): Exception et ban. A propos de l'état d'exception, In: *Erytheis*, 2, online: idt.uab.es/erytheis/bigo_fr.htm [14.3.2017].

Bourdieu, Pierre (1984): La „jeunesse“ n'est qu'un mot, In: Ders.: *Questions de sociologie*, Paris, 143-154.

Bourdieu, Pierre (1993): Esprits d'Etat. Genèse et structure du champ bureaucratique, In : *Actes de la recherche en sciences sociales*, 49-62.

Bourdieu, Pierre et al. (1997a): *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, Konstanz.

Bourdieu, Pierre (1997b): *Méditations pascaliennes*, Paris.

Bourdieu, Pierre (1998a): *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*, Konstanz.

- Bourdieu, Pierre (1998b): Familiensinn, In: *Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns*, Frankfurt/Main, 126-136.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): *Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus*, München.
- Carrega, France (2013): Errances à Marseille, In: Péraldi, Michel (2013) (Hg.): *Les mineurs migrants non accompagnés. Un défi pour les pays européens*, Paris, 111-142.
- Castel, Robert (1995): *Les métamorphoses de la question sociale. Une chronique du salariat*, Paris.
- Castel, Robert (2003): *L'insécurité sociale. Qu'est-ce qu'être protégé?*, Paris.
- Chamboredon, Jean-Claude (1971): La délinquance juvénile, Essai de construction d'objet, In: *Revue française de sociologie*, 12, 335-377.
- Chase, Elaine (2020): Transitions, Capabilities and Wellbeing. How Afghan Unaccompanied Young People Experience Becoming 'Adult' in the UK and Beyond, In: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 46, 2, 439-456, DOI:10.1080/1369183X.2019.1584704.
- Chomsky, Noam (2000): *Profit over people. Neoliberalismus und globale Weltordnung*, Hamburg – Wien.
- Cohen, Stanley (1972): *Folk Devils and Moral Panics. The Creation of Mods and Rockers*, London.
- Cote, Amando (2021): L'exil et les adolescents, *Hommes & migrations*, 1333, 77-83, DOI: <https://doi.org/10.4000/hommesmigrations.12604>.
- Cottet, Serge (2007): Éloge de l'analyse en langue étrangère, In: *L'information psychiatrique*, 83, 9, 759-764.
- Créoff, Chloé (2021): La figure du mineur migrant sans représentant légal au regard de la terminologie, In: *Hommes & migrations*, 1333, 13-18, DOI: <https://doi.org/10.4000/hommesmigrations.12538>.
- Dahlstedt, Magnus/Lozic, Vanja (2017): Managing Urban Unrest. Problematising Juvenile Delinquency in Multi-Ethnic Sweden, In: *Critical and Radical Social Work. An International Journal*, 5, 2, 207-222. <https://doi.org/10.1332/204986017X14933953111175>.
- De Jonge, Léonie (2021): *The Success and Failure of Right-Wing Populist Parties in the Benelux Countries*, London.
- De Massol de Rebetz, Roxane (2020): How Useful is the Concept of Transit Migration in an Intra-Schengen Mobility Context? Diving Into the Migrant Smuggling and Human Trafficking Nexus in Search for Answers, In: *European Journal on Criminal Policy and Research*, 27, 41–63, <https://doi.org/10.1007/s10610-020-09467-y>.
- Dembele, Demba Moussa/ Cardoso, Carlos (2015): *Wither the Franc Zone in Africa?*, Wakefield.
- Eisner, Manuel (1998): Konflikte und Integrationsprobleme, In: *Neue Kriminalpolitik*, 4, 98, 11–13.

Elias, Norbert/Scotson, John L. (1993): *Etablierte und Außenseiter*, Frankfurt/Main.

Erdheim, Mario (1998): Adoleszentenkrise und institutionelle Systeme. Kulturtheoretische Überlegungen, In: Apsel, Roland (Hg.): *Jugend und Kulturwandel*, Frankfurt/Main (=Ethnopschoanalyse 5), 9-30.

European Migration Network (2021): *Children in Migration. Report on the State of Implementation in 2019 of the 2017 Communication on the Protection of Children in Migration*, Brüssel.

Faber, Roger [o.J.]: *Aujourd'hui, la ville est beaucoup plus excluante qu'il y a 40 ans*, In: *Inter-Actions* (Hg.): *40 ans. Le début de la suite...*, Luxembourg, 27.

Fassin, Didier (2001): *The Biopolitics of Otherness: Undocumented Foreigners and Racial Discrimination in French Public Debate*, In: *Anthropology Today*, 17, 3–7.

Fassin, Didier (2005): *Compassion and Repression. The Moral Economy of Immigration Policies in France*, In: *Cultural Anthropology*, 20, 3, 362-387.

Feldtkeller, Andreas (1994): *Die zweckentfremdete Stadt. Wider die Zerstörung des öffentlichen Raumes*, Frankfurt/Main – New York.

Fuchs, Walter/ Kremmel, Katrin/Kretschmann, Andrea/ Pilgram, Arno (2016): *Migration, Legalität und Kriminalität. Rechtssoziologische Wissensdefizite im Schatten administrativen Wissens*, In: *Österreichische Zeitschrift Für Soziologie*, 41, S2, 103-123, DOI:10.1007/s11614-016-0231-9.

Gatti, Fabrizio (2010): *Bilal. Als Illegaler auf dem Weg nach Europa*, München.

Griffiths, Melanie (2015): 'Here, Man Is Nothing!' Gender and Policy in an Asylum Context, In: *Men and Masculinities*, 18, 4, 468-488, DOI: 10.1177/1097184X15575111.

Grimes, David Robert (2019): *A Dangerous Balancing Act. On Matters of Science, a Well-Meaning Desire to Present all Views Equally Can Be an Trojan Horse for Damaging Falsehoods*, In: *EMBO Reports* 20: e48706, DOI: 10.15252/embr.201948706.

Guenatri, Oulaya/Lafer, Farida/Moussaoui, Fatima Nabila/Hafdallah, Rafika/Khaled, Nouredine/Oussaad, Aziza/Péraldi, Michel (2013): *S'arracher. La harraga des mineurs en Algérie*, In: Péraldi, Michel (2013) (Hg.): *Les mineurs migrants non accompagnés. Un défi pour les pays européens*, Paris, 143-176.

Hammarberg, Thomas (2010): *Unaccompanied and Separated Migrant Children in Europe: Legal Perspectives and Policy Challenges*, In: Kanics, Jyothi/Senovilla Hernández, Daniel/Touzenis, Kristina (Hg.): *Migrating Alone. Unaccompanied and Separated Children's Migration to Europe*, Paris, 173-178.

Haverkamp, Rita (2017): *Kriminalität und Zuwanderung. Straftaten von, gegen und unter Geflüchteten*, In: *Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie*, 11, 4, 284-295, DOI:10.1007/s11757-017-0450-3.

Hess, Sabine/Kasperek, Bernd (2010) (Hg.): *Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*, Hamburg.

Hess, Sabine/Kasperek, Bernd/Kron, Stefanie/Rodatz, Mathias/Schwertl, Maria/Sontowski, Simon (Hg.) (2015): Der lange Sommer der Migration. Grenzregime III, Hamburg.

Hirtenlehner, Helmut (2009): Kriminalitätsangst – Klar abgrenzbare Furcht vor Straftaten oder Projektionsfläche sozialer Unsicherheitslagen? Ein Überblick über den Forschungsstand von Kriminologie und Soziologie zur Natur kriminalitätsbezogener Unsicherheitsgefühle der Bürger, In: Journal Für Rechtspolitik, 17, 1, 13-22, DOI:10.1007/s00730-009-0249-4.

Hitzler, Ronald (1997): Der unberechenbare Bürger. Über einige Konsequenzen der Emanzipation der Untertanen, In: Beck, Ulrich (Hg.): Kinder der Freiheit, Frankfurt /Main.

Hoven, Elisa (2018): Die öffentliche Wahrnehmung von Strafzumessungsentscheidungen. Anlass für Reformen?, In: Kriminalpolitische Zeitschrift, 5, 276-290.

Hunecke, Ina (2011): Cui bono? Gerichtsberichterstattung und ihre Auswirkungen. Litigation PR und Schlagzeilenjournalismus als Gefahr für den Rechtsstaat?, In: Neue Kriminalpolitik, 3, 85-99.

Ille, R./Lahousen, T./ Rous, F./Hofmann, P./Kapfhammer, H.P. (2005): Persönlichkeitsprofile und psychische Abweichungen bei psychiatrisch-forensisch begutachteten Straftätern, In: Nervenarzt, 76, 1, 52-60, DOI:10.1007/s00115-004-1761-0.

Kanics, Jyothi/Senovilla Hernández, Daniel/Touzenis, Kristina (Hg.) (2010): Migrating Alone. Unaccompanied and Separated Children's Migration to Europe, Paris.

Kasperek, Bernd (2010): Laboratorium, Think Tank, Doing Border: Die Grenzschutzagentur Frontex, In: Hess, Sabine/Kasperek, Bernd (Hg.): Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa, 111-126.

Kasperek, Bernd/Tsianos, Vassilis S. (2014): Whatever Works! Kontinuität und Krise des Schengener Systems. In: Hess, Sabine/Heimeshoff, Lisa-Marie/Kron, Stefanie/Schwenken, Helen/Trzeciak, Miriam (Hg.): Grenzregime II. Migration, Kontrolle, Wissen. Transnationale Perspektiven, Berlin/Hamburg, 40 – 57.

Katschnig-Fasch, Elisabeth (Hg.) (2003): Das ganz alltägliche Elend. Begegnungen im Schatten des Neoliberalismus, Wien.

Kazzazi, Kerstin/Treiber, Angela/Jaciuk, Marina (Hg.) (2021): Erkenntnisräume des Dolmetschens und Übersetzens, Wiesbaden.

Kilchmann, Lara/ Bessler, Cornelia/ Aebi, Marcel (2015): Psychosoziale Belastungen und psychische Auffälligkeiten von jugendlichen Straftätern mit und ohne Migrationshintergrund, In: Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie, 9, 1, 47-56, DOI:10.1007/s11757-014-0305-0.

Kohli, Martin (1985): Die Institutionalisierung des Lebenslaufs, In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 37, 1-29.

Krause, Ulrike (2015): A Continuum of Violence? Linking Sexual and Gender-based Violence During Conflict, Flight, and Encampment, In: Refugee Survey Quarterly, 34, 4, 1–19, DOI: <https://doi.org/10.1093/rsq/hdv014>.

- Krebs, Thomas (2001): Platzverweis. Städte im Kampf gegen Außenseiter, Tübingen.
- Kreutzer, Elena Enda (2016): Migration in den Medien. Eine vergleichende Studie zur europäischen Grenzregion SaarLorLux, Bielefeld.
- Lems, Annika/Oester, Kathrin/Strasser, Sabine (2020): Children of the Crisis. Ethnographic Perspectives on Unaccompanied Refugee Youth in and en Route to Europe, In: Journal of Ethnic and Migration Studies, 46, 2, 315-335, DOI: 10.1080/1369183X.2019.1584697.
- Liberti, Stefano (2008) : A sud di Lampedusa. Cinque anni di viaggi sulle rotte dei migranti, Rom.
- Liebel, Manfred (2018): In the Children's Best Interests? Kinderinteressen und Kinderrechte, In: Kleeberg-Niepage, Andrea/Rademacher, Sandra (Hg.): Kindheits- und Jugendforschung in der Kritik. (Inter-)Disziplinäre Perspektiven auf zentrale Begriffe und Konzepte, Wiesbaden, 195-224.
- Lindner, Rolf (2008): „Unterschicht.“ Eine Gespensterdebatte, In: Lindner, Rolf/Musner, Lutz (Hg.): Unterschicht. Kulturwissenschaftliche Erkundungen der „Armen“ in Geschichte und Gegenwart, Freiburg – Berlin – Wien, 9-18.
- Long, Julien (2021): Grandir en exil. Expériences juvéniles au cœur des trajectoires migratoires des mineurs non accompagnés venus d'Algérie et du Mali, In: Hommes & migrations, 1333, 51-57, DOI : 10.4000/hommesmigrations.12580.
- Loreti, Elmar (2013): Conclusion, In: Péraldi, Michel (2013) (Hg.): Les mineurs migrants non accompagnés. Un défi pour les pays européens, Paris, 343-349.
- Lüders, Michael (2021): Die scheinheilige Supermacht. Warum wir aus dem Schatten der USA heraustreten müssen, München.
- Lukas, Tim (2011): Kriminalisierung als Diskriminierung. Schichtbezogene und ethnische Ungleichheit im Prozess der strafrechtlichen Sozialkontrolle, In: Sozial Extra, 35, 11, 43-47, DOI:10.1007/s12054-011-0413-4.
- Lutz, Helma (2009): Gender Mobil? Geschlecht und Migration in transnationalen Räumen, Münster.
- Mai, Nicola (2010): Marginalized Young (Male) Migrants in the European Union. Caught Between the Desire for Autonomy and the Priorities of Social Protection, In: Kanics, Jyothi/Senovilla Hernández, Daniel/Touzenis, Kristina (Hg.): Migrating Alone. Unaccompanied and Separated Children's Migration to Europe, Paris, 69-89.
- Masson-Diez, Évangeline/Gerbier-Aublanc, Marjorie (2021): Jeunes en exil, In: Hommes & migrations, 1333, 9-11, DOI: 10.4000/hommesmigrations.12525.
- Mauger, Gérard (2006): L'émeute de 2005. Une révolte protopolitique, Héricy.
- Messerschmidt, Astrid (2016): Nach Köln – sprechen über Sexismus und Rassismus, In: Überblick. Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung in NRW, 1/2016, 7-10.
- Messner, Steven F./Rosenfeld, Richard (1994): Crime and the American Dream, Belmont, 19-66. (=The Wadsworth Series in Criminological Theory).

Nowak, Manfred (2019): UN Global Study on Children Deprived of Liberty, online: <https://omnibook.com/global-study-2019/liberty/page-001.html> [12.10.2021].

Nubukpo, Kako/ Belinga, Martial Ze/ Tinel, Bruno/ Dembele, Demba Moussa (Hg.) (2016): *Sortir l'Afrique de la servitude monétaire. A qui profite le franc CFA ?*, Paris.

Ombudsman/Ombudsman fir Kanner a Jugendlecher (2021) : L'unité de sécurité du CSEE. Rapport spécial, Luxemburg [nicht publiziert].

Paté, Noémie (2021): Les processus discriminatoires au cœur des pratiques d'évaluation de la minorité et de l'isolement des mineurs non accompagnés“, In : *Hommes & migrations*, 1333, 39-46, DOI : <https://doi.org/10.4000/hommesmigrations.12563>.

Péraldi, Michel (2013) (Hg.): *Les mineurs migrants non accompagnés. Un défi pour les pays européens*, Paris.

Pigeaud, Fanny/ Sylla, Ndongo Samba (2018): *L'arme invisible de la Françafrique. Une histoire du franc CFA*, Paris.

Ratfisch, Philipp/Scheel, Stephan (2010): Migrationskontrolle durch Flüchtlingsschutz? Die Rolle des UNHCR im Kontext der Externalisierung des EU-Migrationsregimes, In: Hess, Sabine/Kasperek, Bernd (Hg.): *Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*, Berlin – Hamburg, 89-110.

Reckinger, Gilles (2010): Perspektive Prekarität. Wege benachteiligter Jugendlicher in den transformierten Arbeitsmarkt, Konstanz.

Reckinger, Gilles (2013): *Lampedusa. Begegnungen am Rande Europas*, Wuppertal.

Reckinger, Gilles (2014): Jenseits des Alarmismus. Lampedusa und die Notwendigkeit eingreifender Wissenschaft, *ÖZV LXVIII/117*, 1+2, 203-225.

Reckinger, Gilles (2017): Zur Externalisierung der europäischen Migrationsabwehr, In: *FLUCHTpunkt-Info*, 15/06 2017, Innsbruck.

Reckinger, Gilles (2018a): *Bittere Orangen. Ein neues Gesicht der Sklaverei in Europa*, Wuppertal.

Reckinger, Gilles (2018b): Der Mittelmeerraum. Migration und Mobilität, In: Reckinger, Gilles/Neuner-Schatz, Nadja (Hg.): *Von der Odyssee zum europäischen Grenzregime. Kulturelle Begegnungen im Mittelmeerraum*, Würzburg, 7-12 (=Cultural Encounters and Transfers 5).

Reckinger, Gilles (2019): Migration im 21. Jahrhundert: Sonderfall oder Naturgesetz?, In: Rollinger, Robert/Stadler, Harald (Hg.): *7 Millionen Jahre Migrationsgeschichte. Annäherungen zwischen Archäologie, Geschichte und Philologie*, Innsbruck, 293-301.

Reckinger, Gilles (2021a): How Are Sub-Saharan Trans-Migrants Originally Based in Italy Affected by the Covid-19 Pandemic, and What Implications for Ethnographic Research?, In: *Cartografie Sociali*, V-VI, 10-11, 133-141.

Reckinger, Gilles (2021b): Die sprachlichen Spuren der Migration. Translingualität in der ethnografischen Forschung mit Geflüchteten, In: Kazzazi, Kerstin/Treiber, Angela/Jaciuk, Marina (Hg.): Erkenntnisräume des Dolmetschens und Übersetzens, Wiesbaden, 13-22.

Reckinger, Gilles/Bauer, Christian (2018): Einblicke in die rechte Szene. Eine Seminauswertung im ethnologisch-theologischen Dialog, In: Lebendige Seelsorge. Zeitschrift für praktisch-theologisches Handeln 69/6, 439-442.

Reckinger, Gilles/Reiners, Diana (2014): Zwischen Anpassung und Konflikt. Prekaritätserfahrungen Jugendlicher und die paradoxe Rolle biografischer Verarbeitungsversuche, In: Seifert, Manfred (Hg.): Die mentale Seite der Ökonomie. Gefühl und Empathie im Arbeitsleben, Dresden, 235-249.

Reiners, Diana/Malli, Gerlinde/Reckinger, Gilles (2006): Bürgerschreck Punk. Lebenswelten einer unerwünschten Randgruppe, Wien.

Ritaine, Evelyne (2015): Blessures de frontière en Méditerranée, Cultures & Conflits, 99-100, automne/hiver 2015, online: <http://conflits.revues.org/19067> [27.7.2019].

Robe, Conni (1999): „... und raus bist du!“ Wie soziale Probleme in der Berliner Innenstadt ausgeblendet werden, In: Knecht, Michi (Hg.): Die andere Seite der Stadt. Armut und Ausgrenzung in Berlin, Köln – Weimar – Wien, 30-41.

Rollinger, Robert/Stadler, Harald (Hg.) (2019): 7 Millionen Jahre Migrationsgeschichte. Annäherungen zwischen Archäologie, Geschichte und Philologie, Innsbruck.

Rolshoven, Johanna (2004): Volkskunde/ Europäische Ethnologie als kritische Kulturwissenschaft. Methodologisch-epistemologische Beiträge zur Fachidentität, unv. Exposé für Habilitation, Universität Zürich.

Sanchez, Gabriella (2021): To Other and Vilify: Manufacturing Migration as Crime, In: European Journal on Criminal Policy and Research, 27, 1-4, DOI: <https://doi.org/10.1007/s10610-021-09484-5>.

Schönauer, Mats/Tschermak, Moritz (2021): Ohne Rücksicht auf Verluste. Wie BILD mit Angst und Hass die Gesellschaft spaltet, Köln.

Schönberger, Klaus (2007): Widerständigkeit der Biografie. Zu den Grenzen der Entgrenzung neuer Konzepte alltäglicher Lebensführung im Übergang vom fordistischen zum postfordistischen Arbeitsparadigma, In: Seifert, Manfred/Götz, Irene/Huber, Birgit (Hg.): Flexible Biografien? Horizonte und Brüche im Arbeitsleben der Gegenwart, Frankfurt/Main.

Schultheis, Franz/Frauenfelder, Arnaud/Delay, Christophe (2007): Maltraitance. Contribution à une sociologie de l'intolérable, Paris.

Senovilla Hernández, Daniel/Touzenis, Kristina (2010): Introduction, In: Kanics, Jyothi/Senovilla Hernández, Daniel/Touzenis, Kristina (Hg.): Migrating Alone. Unaccompanied and Separated Children's Migration to Europe, Paris, xiii-xvii.

Senovilla Hernández, Daniel (2021): Légitimité et enjeux méthodologiques lors du travail de recherche auprès des mineurs et jeunes migrants non accompagnés, In: Hommes & migrations, 1333, 21-29, DOI : 10.4000/hommesmigrations.12545.

- Thomas, Stefan/Sauer, Madeleine/Zalewski, Ingmar (2018): Unbegleitete minderjährige Geflüchtete. Ihre Lebenssituationen und Perspektiven in Deutschland, Bielefeld.
- Thomas, Amélie (2021): Les mineurs non accompagnés. Tantôt acteurs, tantôt agents, In : Hommes & migrations, 1333, 31-37, DOI: 10.4000/hommesmigrations.12525.
- Ticktin, Miriam (2008): Where Ethics and Politics Meet. The Violence of the Humanitarianism in France, In: American Ethnologist, 33, 1, 33-49.
- Transit Migration (2007) (Hg.): Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas, Bielefeld.
- Vacchiano, Francesco (2010): Bash n'ataq l-walidin ('to save my parents'): Personal and Social Challenges of Moroccan Unaccompanied Children in Italy, In: Kanics, Jyothi/Senovilla Hernández, Daniel/Touzenis, Kristina (Hg.): Migrating Alone. Unaccompanied and Separated Children's Migration to Europe, Paris, 107-127.
- Van Gennep, Arnold (2005) [1908]: Übergangsriten [Les rites de passage], Frankfurt/Main.
- Vökl-Kernstock, Sabine/Karnik, Niranjana/Mitterer-Asadi, Michaela/Granditsch, Elisabeth/Steiner, Hans/Friedrich, Max H./Huemer, Julia (2014): Responses to Conflict, Family Loss and Flight: Posttraumatic Stress Disorder Among Unaccompanied Refugee Minors from Africa, In: Neuropsychiatr. 28, 6-11, DOI: 10.1007/s40211-013-0094-2.
- Wacquant, Loïc (2002): Scrutinizing the street: Poverty, morality, and the pitfalls of urban ethnography, in: American Journal of Sociology, 107, 6, ABI/INFORM Global, 1468-1532.
- Wacquant, Loïc (2010): La fabrique de l'État néolibéral. «Workfare», «Prisonfare» et insécurité sociale, In : Civilisations. Revue internationale d'anthropologie et de sciences humaines, 59, 1, 151-173.
- Walburg, Christian (2007): Jung, fremd und gefährlich? Migration und Jugendkriminalität, In: Neue Kriminalpolitik, 19, 4, 142-147, <http://www.jstor.org/stable/43262886> [14.10.2021].
- Walters, William (2002): Mapping Schengenland. Denaturalizing the Border, In: Environment & Planning D: Society & Space, 20, 5, 561-580.
- Weiler, Florian (2016): Lobbygruppen im politischen Wettbewerb. Die Auswirkungen des Konkurrenzkampfes unter Interessengruppen auf deren Lobbyverhalten, In: Swiss Political Science Review, 22, 3, 321-352, DOI:10.1111/spsr.12209.
- Weiss Karin/ Enderlein Oggi (2002): Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und Sozialarbeit, In: Treichler Andreas (Hg.): Wohlfahrtsstaat, Einwanderung und ethnische Minderheiten, Wiesbaden, 233-241, DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-663-11875-6_14.
- Yaqub, Shahin (2010): Assessing the Risks in Children's Independent Migration: Back to the Origins, In: Kanics, Jyothi/Senovilla Hernández, Daniel/Touzenis, Kristina (Hg.): Migrating Alone. Unaccompanied and Separated Children's Migration to Europe, Paris, 155-171.
- Zilian, Hans Georg (1998): Satanische Masken. Jugend und Rechtsorientierung in der österreichischen Provinz, Frankfurt/Main.

Zinnecker, Jürgen (1991): Jugend als Bildungsmoratorium. Zur Theorie des Wandels der Jugendphase in west- und osteuropäischen Gesellschaften, In: Melzer, Wolfgang (Hg.): Osteuropäische Jugend im Wandel. Weinheim, 9-25.

Zinnecker, Rainer/Silbereisen Rainer K. (1996): Kindheit in Deutschland, Weinheim.